



Parlament
Österreich

Bundesrat



Tätigkeitsbericht 2025/2026

Steiermark | Tirol







Das Bundesratspräsidium und die Fraktionsvorsitzenden des Bundesrates im 2. Halbjahr 2025 (v. li. u. im Uhrzeigersinn): ÖVP-Fraktionsvorsitzender Harald Himmer, SPÖ-Fraktionsvorsitzender Christian Fischer, Bundesratsvizepräsident Günther Ruprecht, Bundesratspräsident Peter Samt, Bundesratsvizepräsident Michael Wanner, FPÖ-Fraktionsvorsitzender Andreas Arthur Spanring, Bundesratsdirektorin Susanne Bachmann

Inhalt

Vorwort Bundesratspräsident Peter Samt	6
Vorwort Bundesratspräsident Markus Stotter	8
Vorworte der Fraktionsvorsitzenden	11
Steirische Präsidentschaft 2. Halbjahr 2025	
Steirischer Vorsitz: Traditionen pflegen, Gemeinschaft erleben	16
Antrittsrede	20
Landeshauptmann Mario Kunasek in der Länderkammer	24
IPU-Weltkonferenz in Genf mit Fokus auf Multilateralismus	26
Gedenktag für die Opfer des NS-Völkermords an Roma und Sinti	30
Rundgang durch das Hohe Haus: Tag der offenen Tür 2025	32
Enquete zu Umweltschutz, Bodenverbrauch und Energiegewinnung	34
80 Jahre Länderkonferenz mit Festsitzung des Bundesrates	44
Traditionelle Weihnachtsbaumübergabe in der Säulenhalle	48
Anerkennung des Ehrenamts	49
Gelebtes Brauchtum	50
Austausch über die Ländergrenzen hinweg: Der vernetzte Bundesrat	52
Delegationsreise des Bundesrates nach Japan	56
Bundesratspräsident Peter Samt in Ungarn	58
Austausch über Demokratiebildung mit Schweizer Ständeratspräsident	59
Abschiedsrede und Vorsitzübergabe an Tirol	60

Tiroler Präsidentschaft | 1. Halbjahr 2026

Tiroler Vorsitz: Zukunftsfähige, digital vernetzte Regionen	64
Antrittsrede	66
Tiroler Landeshauptmann Anton Mattle in der Länderkammer	70
Jugend im Fokus: Buchpräsentation „Ben und die Demokratie“	74
Welt ohne Barrieren: Zero Project Conference 2026	78
Solidaritätsveranstaltung am Familienfasttag	80
Gedenkdienst als tragende Säule der Erinnerungskultur	82
Enquete zum Thema starke Regionen	86
Expertinnen- und Expertenforum: Digitale Gemeinde 2035	94
Austausch über die Ländergrenzen hinweg: Der vernetzte Bundesrat	98
Delegation der Länderkammer zu Besuch in Irland	102
Bundesrat im Bundesland: Besuch in Osttirol	104
EP-Präsidentin Roberta Metsola zu Gast im Parlament	106
Austausch über Demokratievermittlung mit Woo Won-shik	107
Abschiedsrede in der Länderkammer	108
Zahlen und Fakten 2. Halbjahr 2025	110
Zahlen und Fakten 1. Halbjahr 2026	113



Peter Samt

Präsident des Bundesrates

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser!

Mit dem vorliegenden Halbjahresbericht blicke ich auf eine intensive und erfüllende Zeit als Präsident des Bundesrates zurück. Ein halbes Jahr ist in der parlamentarischen Arbeit kurz, und doch hat sich gezeigt, wie vielfältig und verantwortungsvoll die Aufgaben der Länderkammer sind.

Meine Präsidentschaft stand unter dem Motto „Brauchtum leben, Traditionen bewahren, Generationen verbinden“. Dieses Motto war für mich nicht bloß ein Leitsatz, sondern ein Auftrag. Österreich lebt von seinen Regionen, von gewachsenen Traditionen, kultureller Vielfalt und von den Menschen, die unser Land täglich mitgestalten. Der Bundesrat macht diese Verwurzelung sichtbar und bringt die Interessen der Länder in den Gesetzgebungsprozess ein.

In den vergangenen Monaten durfte ich zahlreiche Termine im In- und Ausland wahrnehmen. Begegnungen mit Botschaftern, Gespräche mit parlamentarischen Vertretern anderer Staaten sowie internationale Konferenzen haben gezeigt, wie wertvoll persönlicher

Steiermark
2. Halbjahr 2025

Austausch über Grenzen hinweg ist. Gerade in Zeiten globaler Herausforderungen braucht es Dialog und verlässliche Kontakte.

Ein Höhepunkt war die Bundesratsreise nach Japan. Die Gespräche mit Vertretern des japanischen Parlaments, der Einblick in Maßnahmen zur Bewahrung immaterieller Kulturgüter und die Begegnungen mit Land und Leuten haben gezeigt, wie sehr Tradition, Moderne und politischer Austausch einander bereichern.

Auch innerhalb Österreichs war dieses Halbjahr geprägt von Begegnungen: von Gedenkveranstaltungen über Termine in den Bundesländern bis hin zu kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen. Wichtig war mir, die Verbindung zwischen Parlament und Bevölkerung zu stärken. Demokratie lebt nicht allein von Debatten im Plenum, sondern auch von Nähe und dem offenen Gespräch.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt war die Enquete „Landschafts-, Natur- und Umweltschutz im Spannungsfeld von Bodennutzung, Bodenverbrauch und Energiegewinnung“. Sie hat gezeigt, wie komplex die Herausforderungen sind. Der Schutz unserer Natur- und Kulturlandschaften, der verantwortungsvolle Umgang mit Boden und die Notwendigkeit sicherer Energieversorgung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es braucht eine sachliche und kontroverse Debatte.

Besonders erfreulich war, dass zum Ende meiner Amtszeit ein gemeinsamer Antrag aller Parteien zum Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungswesen beschlossen wurde. Notfälle kennen keine Grenzen. Wenn Menschenleben auf dem Spiel stehen, zählt jede Minute. Daher ist es ein wichtiges Signal, dass der Bundesrat parteiübergreifend Verantwortung übernommen hat.

Der Föderalismus ist ein Grundpfeiler unserer Republik. Er ist kein Hemmnis, sondern eine Stärke, wenn er ernst genommen und gelebt wird. Der Bundesrat hat die Aufgabe, diese Stärke sichtbar zu machen. Seine Bedeutung hängt davon ab, wie sehr wir unser Mandat als Vertreter der Bundesländer begreifen und ausüben.

Mein Dank gilt allen, die mich begleitet und unterstützt haben: den Mitgliedern des Bundesrates, meinen Vizepräsidenten, der Bundesratsdirektion, dem Bundesratsbüro sowie allen Mitarbeitern, die mit Erfahrung, Verlässlichkeit und Einsatzbereitschaft die Arbeit des Hauses möglich machen.

Es war mir eine Ehre, dem Bundesrat in diesem Halbjahr vorzustehen. Möge dieser Bericht nicht nur dokumentieren, was geschehen ist, sondern auch zeigen, welchen Wert eine starke Länderkammer für Österreich hat.



Ihr Bundesratspräsident
Peter Samt



Markus Stotter

Präsident des Bundesrates

Das 1. Halbjahr 2026 war für mich eine besonders prägende Zeit. Die vielen Begegnungen, die Gespräche, die gemeinsamen Vorhaben und das Vertrauen, das diese Präsidentschaft getragen hat, haben einmal mehr gezeigt: Die Stärke Österreichs liegt in seinen Ländern, Gemeinden und Regionen – und vor allem in den Menschen, die dort Verantwortung übernehmen.

Unter dem Motto „Starke Regionen: digital. engagiert. zukunftsorientiert.“ stand die Frage im Mittelpunkt, wie regionale Lebensräume auch in Zukunft leistungsfähig, lebenswert und widerstandsfähig bleiben können. Denn starke Regionen entstehen nicht zufällig. Sie brauchen gute Infrastruktur, moderne Verwaltung, sichere Rahmenbedingungen, wirtschaftliche Perspektiven, Zusammenhalt und Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Mit der Enquete des Bundesrates wurde dieses Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Dabei wurde deutlich: Die Zukunft unserer Regionen entscheidet sich nicht an einer einzelnen Frage, sondern im Zusammenspiel vieler Bereiche – von Digitalisierung und Bildung über Teilhabe und Standortentwicklung bis hin zu Sicherheit, Resilienz und einer

Tirol
1. Halbjahr 2026

bürgernahen Verwaltung. Gerade Gemeinden und Länder stehen dabei vor der Aufgabe, Veränderungen nicht nur zu bewältigen, sondern aktiv zu gestalten.

Ein besonderer Akzent wurde mit dem Expertinnen- und Expertenforum „Digitale Gemeinde 2035“ gesetzt. Im Zentrum stand dabei nicht Technik um der Technik willen, sondern der konkrete Nutzen für die Menschen. Digitale Lösungen sollen Wege verkürzen, Verfahren vereinfachen, Beteiligung erleichtern und die Lebensqualität verbessern. Entscheidend ist, dass Digitalisierung verständlich, zugänglich und praxistauglich bleibt – für große Städte ebenso wie für kleinere Gemeinden und ländliche Regionen.

Auch der Blick über Österreich hinaus hat gezeigt, wie wichtig dieser Weg ist. Die Reise der Präsidiale nach Irland machte sichtbar, welche Chancen entstehen, wenn digitale Innovation, leistungsfähige öffentliche Services und starke lokale Strukturen zusammenwirken. Die Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Technologie lieferten wertvolle Anregungen für moderne Verwaltungsprozesse, digitale Infrastruktur und die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen.

Besonders greifbar wurde das Motto beim „Bundesrat im Bundesland“ in Tirol. Dort zeigte sich, was den Bundesrat ausmacht: Er verbindet parlamentarische Arbeit mit der Lebensrealität in den Ländern. Wenn Politik vor Ort sichtbar wird, geht es nicht um abstrakte Zuständigkeiten, sondern um konkrete Fragen des Alltags – um Schulen, Gemeinden, Betriebe, Vereine, Familien und die Menschen, die unsere Regionen prägen.

Wenn ich auf diese Monate zurückblicke, sehe ich vor allem eines: Die Stärke unserer Regio-

nen liegt in den Menschen. In Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die Verantwortung übernehmen. In Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die täglich vor Ort arbeiten. In Vereinen, Freiwilligen, Einsatzorganisationen, Unternehmerinnen und Unternehmern, Pflegekräften und vielen anderen, die unser Land tragen.

Politik kann Rahmenbedingungen schaffen. Mit Leben erfüllt werden Regionen aber durch Engagement, Zusammenhalt und Vertrauen. Deshalb danke ich allen, die diese Präsidenschaft begleitet, unterstützt und mitgestaltet haben: den Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Parlamentsdirektion, den Vertreterinnen und Vertretern der Länder und Gemeinden und allen Menschen in den Regionen, die sich Tag für Tag einbringen.

Die Arbeit für starke Regionen geht weiter. Digitalisierung, Engagement und Zukunftsorientierung bleiben zentrale Aufgaben. Sie verlangen Mut, Dialog und den Willen, Brücken zu bauen – zwischen Stadt und Land, zwischen Generationen, zwischen politischer Verantwortung und gesellschaftlichem Engagement.

Digital. Engagiert. Zukunftsorientiert.



Ihr Bundesratspräsident
Markus Stotter

Die Fraktionsvorsitzenden

Harald Himmer

ÖVP



Die Halbjahre 2025 und 2026 standen sowohl national als auch international im Zeichen richtungsweisender politischer Veränderungen. Gerade in herausfordernden Zeiten war und ist es Aufgabe der Politik, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität zu gewährleisten und den Menschen in Österreich Sicherheit und Perspektive zu geben – es braucht Verantwortung und wirtschaftliches Augenmaß anstelle von Populismus und Scheinlösungen.

In einer Zeit zunehmender geopolitischer Spannungen und verstärkter Handelskonflikte stand Österreich nach den Wahlen 2025 vor einer Richtungsentscheidung. Die seitens der Volkspartei dafür eingeschlagenen inhaltlichen Pflöcke: eine konstruktive Rolle Österreichs in der Europäischen Union, die Gewährleistung der Souveränität Österreichs und Unabhängigkeit von Russland, eine ernst gemeinte Landesverteidigung sowie ein wehrhafter Rechtsstaat, der unsere liberale Demokratie schützt und entschlossen gegen jede Form von Extremismus vorgeht.

Gerade in Krisenzeiten, die gesellschaftliche Spaltung befeuern, braucht es Kompromiss-

bereitschaft und den Dialog über Parteigrenzen hinweg. Es braucht mehr als Schlagworte und Angstmake. Wer Verantwortung will, muss auch bereit sein, unpopuläre Lösungen mitzutragen.

Die neue Bundesregierung hat diese Bereitschaft bewiesen. Mit konsequentem Reformwillen wurden seit Beginn Maßnahmen umgesetzt, um Österreichs Zukunft positiv zu gestalten. Aus Sicht der Länderkammer sind vor allem die Einigung auf einen Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die Reformpartnerschaft für eine große Verwaltungsreform sowie umfassende Schritte zum Bürokratieabbau ein wichtiger Schulterschluss und ein klares Bekenntnis zu einer gemeinsamen, verantwortungsvollen Budgetpolitik.

Gerade die nachhaltige Budgetsanierung, umfangreiche Strukturreformen und die Sicherstellung der besten Rahmenbedingungen für neue Chancen und Wachstum sind weiterhin zentrale Punkte, die unser Land für die kommenden Herausforderungen stärken und gleichzeitig unseren Wohlstand und unsere wirtschaftliche Stärke langfristig erhalten werden.



Christian Fischer

SPÖ

Mit der Wahl zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundesratsfraktion durfte ich im vergangenen Halbjahr eine große Verantwortung übernehmen. Dieses Vertrauen der SPÖ-Bundesrätinnen und -Bundesräte ist für mich Ehre und Auftrag zugleich. Gerade in herausfordernden Zeiten gilt es, die Interessen der Bundesländer, der Gemeinden und vor allem der Menschen zu vertreten.

Das erste Jahr unserer Partei in Regierungsverantwortung war geprägt von wichtigen sozialpolitischen Fortschritten und intensiven parlamentarischen Debatten. Gemeinsam ist es gelungen, konkrete Entlastungen für die Bevölkerung auf den Weg zu bringen: mit der Spritpreisbremse, der Mietpreisbremse, dem Anti-Mogelpackungs-Gesetz gegen versteckte Preiserhöhungen sowie der Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Diese Maßnahmen zeigen deutlich, dass Politik dort wirksam werden muss, wo Menschen im Alltag unmittelbar betroffen sind.

Ein persönliches Erfolgserlebnis war die Initiative zur besseren Anerkennung der Arbeit von Pflegekräften. Ein von mir eingebrachter

Antrag, Pflegekräfte in die Schwerarbeiterregelung aufzunehmen, konnte im weiteren parlamentarischen Prozess umgesetzt werden. Damit wird eine langjährige Forderung aus dem Pflegebereich aufgegriffen und ein wichtiger Beitrag zur sozialen Absicherung jener Menschen geleistet, die tagtäglich unter besonders belastenden Bedingungen arbeiten.

Der Bundesrat erwies sich dabei erneut als Ort des politischen Austauschs zwischen den Ländern, als demokratische Kontrollinstanz und als Kammer, in der regionale Anliegen unmittelbar in bundespolitische Entscheidungen einfließen. In zahlreichen Debatten standen Fragen der Leistbarkeit des Lebens, der Pflege, der Zukunft des Wirtschaftsstandortes sowie die Stärkung kommunaler und regionaler Strukturen im Mittelpunkt.

Der Bundesrat hat in dieser Periode einmal mehr gezeigt, dass er unverzichtbarer Teil unserer Demokratie und starke Stimme der Regionen ist. Diesen Weg werden wir als sozialdemokratische Bundesratsfraktion weiterhin entschlossen fortsetzen.

Andreas Arthur Spanring

FPÖ



Wir leben in einem ständigen Spannungsfeld zwischen Pluralismus und Konformität. Hannah Arendt erinnert daran, dass auch Politik von Pluralität lebt. Doch ein Aspekt der repräsentativen Demokratien ist, dass Mehrheiten dazu neigen können, gesellschaftlichen Konformitätsdruck zu erzeugen und Minderheiten zu übergehen. Freiheit entsteht also da, wo Macht durch Macht begrenzt wird. Sie darf niemals vom guten Willen der Regierenden allein abhängig sein. Genau darin liegt die Funktion der Gewaltenteilung – und damit ein Kern moderner Verfassungsstaatlichkeit.

Wenn sich im politischen Tagesgeschehen zusehends aber eine Einheitsfront herauszubilden droht, muss die Opposition als die Garantin der Pluralität ihre Aufgabe mit umso größerer Klarheit wahrnehmen. Sie hat Widerspruch anzumelden, Alternativen aufzuzeigen und die Regierung zu kontrollieren. Diese Aufgabe verliert an Substanz, wenn eine Regierung kaum etwas vorweist, das man kontrollieren, prüfen oder kritisieren kann. Im vergangenen Jahr hatten wir im Bundesrat im Schnitt knapp zehn Tagesordnungspunkte pro Sitzung; ohne die Dezembersitzung wäre diese Zahl sogar deutlich niedriger

gewesen. Viele Punkte betrafen die Umsetzung von EU-Recht, zudem Berichte und Wahlen.

Wir befinden uns wirtschaftlich aber zurzeit nicht in einer Situation, die Untätigkeit oder Zurückhaltung tolerieren würde – im Gegenteil. Österreich braucht mutige Ideen, klare Entscheidungen und eine Politik, die wieder näher bei den Menschen ist. Eine Studie zur Umsetzung von Wahlversprechen hat zuletzt gezeigt, dass vom angekündigten Regierungsprogramm bei den Bürgern bislang wenig angekommen ist. Gerade deshalb braucht es eine starke Opposition und einen Bundesrat, der seine Kontrollfunktion ernst nimmt.

Gestärkt würde diese Kammer nicht nur durch – durchaus sinnvolle – Überlegungen zur Geschäftsordnung, sondern auch dadurch, dass Regierungsmitglieder dem Bundesrat mit der gebotenen Aufmerksamkeit begegnen. Das ist eine Frage des Respekts – gegenüber dem Parlament, den Ländern und auch gegenüber den eigenen Parteifreunden. Vielleicht sollte man daher statt eines Handyverbots für Schüler einmal ein Handyverbot für Minister im Plenum überlegen.



A man in a dark blue suit and striped tie is walking through a crowd of people. He is smiling and looking to his left. The background is slightly blurred, showing other people in formal attire. A dark blue semi-transparent banner is overlaid on the image, containing white text.

Steirische Präsidentschaft 2. Halbjahr 2025

Steirischer Vorsitz: Traditionen pflegen, Gemeinschaft erleben

Am 1. Juli 2025 übernahm die Steiermark den Vorsitz in der Länderkammer für das 2. Halbjahr 2025. Zu Beginn der Bundesratssitzung am 17. Juli 2025 legte der steirische Bundesratspräsident Peter Samt die Schwerpunkte seiner Vorsitzführung dar.

Für seine Präsidentschaft in der Länderkammer wählte Peter Samt das Motto „Brauchtum leben, Traditionen bewahren, Generationen verbinden“. Der Schwerpunkt sei dazu gedacht, „ein Zeichen für das Echte, für das Verbindende und für das, was Österreich ausmacht“, zu setzen, hielt Samt in seiner Antrittsrede fest.

Die österreichischen Bundesländer hätten eine Vielzahl an unterschiedlichen regionalen Bräuchen und Traditionen vorzuweisen, betonte er. Die kulturelle Identität Österreichs sei die Grundlage für die Gestaltung der Zukunft und der Schutz vor gesellschaftlicher Beliebigkeit, so der Bundesratspräsident. Seinen Vorsitz wolle er dafür nutzen, gemeinsam ein Zeichen zu setzen – „für kulturelle und regionale Vielfalt unserer Heimat, für die Einzigartigkeit unserer Regionen – und für ein Österreich, das sich seiner Wurzeln bewusst ist“. In einer Welt, in der sich Wissen und Innovation rasant veränderten, böten Traditionen eine Art kul-

turelles Betriebssystem, das Orientierung und Stabilität ermögliche, zeigte er sich überzeugt.

Brauchtum als lebendige Verbindung

Brauchtum sei jedenfalls keine „verstaubte Erinnerung“, sondern eine lebendige Verbindung zwischen Menschen, Regionen und Generationen, meinte Samt. Demgegenüber beobachte er eine schleichende Spaltung der Gesellschaft und vermisse Solidarität, Zusammenhalt und Gemeinschaftssinn. Hinsichtlich jener, die sich Österreich als neue Heimat ausgesucht hätten, bestehe die Aufgabe, eine Gesellschaft vorzuleben, „in die sie sich gerne integrieren und wertvolle Mitglieder werden wollen“. Das habe viel mit Selbstbewusstsein und Wertebewusstsein zu tun: „Nur wer die eigene Kultur schätzt, kann deren Werte auch leben“, so Samt.

Föderalismus für Nähe und Verständnis vor Ort

„Ich trete für einen starken Föderalismus ein“, hielt Bundesratspräsident Samt außerdem fest. Denn es seien die Länder, Regionen und Gemeinden, in denen Traditionen gepflegt würden und Gemeinschaft erlebbar werde. Nicht alles lasse sich zentral regeln – oft brauche es die Nähe und das Verständnis für die Menschen vor Ort.

Mit der Sichtbarmachung von bislang kaum mehr bekannten Bräuchen und Praktiken

könne ein neues Verständnis für regionale Besonderheiten, funktionierende Gemeinschaften sowie für einen nachhaltigen Umgang mit lokalen Ressourcen und unserer Umwelt entstehen, so Samt. Brauchtum und Tradition würden außerdem die soziale Nachhaltigkeit stärken und als Bindeglied zwischen Alt und Jung wirken, fuhr er fort.





Enquete: Landschafts- und Naturschutz im Fokus

In seiner Antrittsrede kündigte der Bundesratspräsident eine parlamentarische Enquete an, die den Landschafts- und Naturschutz ins Zentrum rücken werde. „Naturschutz geht uns alle an“, sagte Samt. Landschafts-, Natur- und Umweltschutz seien keine Erfindungen der heutigen Zeit, sondern würden seit Jahrhunderten wie selbstverständlich von Bauern und Grundbesitzern wahrgenommen. „Wer die Natur und die Umwelt schützt, der schützt damit auch unsere Heimat“, ergänzte er, und kündigte an, dass die parlamentarische Enquete neue Perspektiven auf diesen „Lebensnerv der Republik“ legen werde.

Steiermark-Abend mit Ansprache von Landtagspräsident Deutschmann

Anlässlich der Vorsitzübernahme durch Bundesratspräsident Samt fand im Parlament ein Steiermark-Abend statt. Gerald Deutschmann, Landtagspräsident der Steiermark, hob in Vertretung des steirischen Landeshauptmanns Mario Kunasek in seiner Ansprache unter anderem die Bedeutung der Regionen hervor.

Die Stimme von Peter Samt stehe für Ausgleich, Zusammenarbeit und gelebte föderale Verantwortung, zeigte sich der steirische Landtagspräsident Deutschmann in seiner Ansprache überzeugt.

„Wer die Natur schützt, der schützt auch unsere Heimat.“

Bundesratspräsident Peter Samt

Es brauche die Stimmen der Regionen, daher sei die Mitsprache der Bundesländer in der kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt Österreichs unverzichtbar. Der Bundesrat stelle dabei eine feste Säule des föderalen Systems der Demokratie dar. Das gewählte Motto und der Gedanke an Traditionen und Brauchtum könne gerade in Zeiten der Veränderungen etwas ganz Besonderes sein, so Deutschmann. Die Steiermark lebe Traditionen und Bräuche etwa auch im Ehrenamt und in der Kultur. Mit der Schwerpunktsetzung des Bundesratspräsidenten könne dies auch über die steirischen Landesgrenzen hinaus sichtbar gemacht und damit vielleicht auch Brücken über die Parteigrenzen hinweg gebaut werden, ergänzte Deutschmann.

Fotos:

(oben, Mitte) Zu Beginn der Veranstaltung wurde die Steiermarkfahne begleitet von musikalischen Klängen am Vorplatz des Parlamentsgebäudes gehisst. Der Vorsitz im Bundesrat wechselt halbjährlich zwischen den Bundesländern in alphabetischer Reihenfolge.

(unten, v. li.) Bundesratspräsident Peter Samt und Landtagspräsident Gerald Deutschmann



Antrittsrede

Bundesratspräsident
Peter Samt

„Unsere Traditionen sind das Fundament, auf dem unser Miteinander ruht. Sie zeigen, woher wir kommen, welchen Weg wir gemeinsam gehen und was uns als Österreicher ausmacht.“

Peter Samt

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat, im Hohen Haus! Geschätzte anwesende Zuseher sowie Zuseher und Zuhörer vor den Bildschirmen zu Hause via Livestream oder Tiktok!

Es ist mir eine große Ehre, diesem Gremium in den kommenden sechs Monaten vorzusitzen und als Präsident dem Bundesrat vorzustehen. Ich bedanke mich beim Bundesland Steiermark, dass ich dazu die Möglichkeit habe, und beim Landtag Steiermark, der mich hierher entsandt hat, für das in mich gesetzte Vertrauen. Und natürlich bedanke ich mich auch bei meiner eigenen Fraktion, obwohl ich bei der Amtsführung – und das ist mir sehr wichtig – selbstverständlich die präsidiale Unparteilichkeit wahren und ausüben werde.

Ich bedanke mich an dieser Stelle auch für die rege Teilnahme am sehr gelungenen Steiermarkfest vergangenen Dienstag, bei dem sehr viele der Anwesenden mit dabei waren. Auch bedanke ich mich hier noch einmal beim Land Steiermark, namentlich bei Landeshauptmann Kunasek, Landtagspräsidenten Deutschmann, der anwesend gewesen ist, bei der Polizeimusik Steiermark, bei allen Gästen und allen, die zum Gelingen dieser großartigen Veranstaltung beigetragen haben.

Auch ich nehme die langjährig gepflegte Tradition des Bundesrates auf, die Präsidenschaft unter ein Motto zu stellen, und dieses Motto wird lauten: „Brauchtum leben, Traditionen bewahren, Generationen verbinden“. In Zeiten der Globalisierung, in Zeiten der ständigen Veränderungen und in Zeiten von oberflächlichen und kurzlebigen Trends ist es mir wichtig, dass wir uns auf die eigene Kultur besinnen und so Halt und Werte vermitteln. Das mag für den einen oder anderen etwas verstaubt oder altmodisch wirken, in Wahrheit ist genau das

Gegenteil der Fall. Unsere kulturellen Wurzeln, unsere Bräuche und unsere gewachsenen Gemeinschaften sind kein Anachronismus – sie sind Zukunft. Sie geben Halt, sie geben Identität, verbinden Generationen und schaffen somit sozialen Zusammenhalt. Genau diesen sozialen Zusammenhalt brauchen wir mehr denn je.

Mit großer Sorge beobachte ich seit geraumer Zeit eine schleichende Spaltung unserer Gesellschaft. Ich vermisse Solidarität, Zusammenhalt und Gemeinschaftssinn. Das beginnt beim Generationenvertrag, der zusehends in Zweifel gezogen wird, und endet bei einer Welt, die egoistischer, beliebiger, austauschbar und somit uninteressant und kälter wird. Was hilft es uns, wenn wir die gleiche Designertasche in Wien, New York oder Bangkok in unpersönlichen Shoppingtempeln kaufen können, aber gleichzeitig lange suchen müssen, bis wir ein originäres Trachtenmodengeschäft in der Steiermark finden? – Da kann ich unserem Bundespräsidenten nur recht geben, der in einem Interview einmal gesagt hat, dass es das Recht der Frau ist, sich so zu kleiden, wie auch immer sie das möchte. Wobei ich ihm allerdings nicht recht geben kann, ist – das hat er auch gesagt –, dass „noch der Tag kommen“ wird, „wo wir alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen. Alle, als Solidarität gegenüber jenen, die es aus religiösen Gründen tun.“ – Das ist meiner Meinung nach der völlig falsche Ansatz. Nicht wir müssen uns jenen Menschen anpassen, die sich Österreich freiwillig oder unfreiwillig als neue Heimat ausgesucht haben. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Menschen eine Gesellschaft vorzuleben, in die sie sich gerne integrieren und in der sie wertvolle Mitglieder werden wollen. Das hat sehr viel mit Selbstbewusstsein und Wertebewusstsein zu tun: Nur wer die eigene Kultur schätzt, kann deren Werte auch leben.

„Es sind unsere Länder, Regionen und Gemeinden, in denen Traditionen gepflegt werden und Gemeinschaft erlebbar wird.“

Bundesratspräsident Peter Sant

Österreich ist mehr als nur ein geografischer Raum. Österreich ist eine gewachsene Kultur mit klaren Werten und Traditionen, die unsere Gesellschaft prägen und die wir selbstbewusst vertreten. Wer Teil dieser Gesellschaft werden möchte, sollte diese Werte verstehen und mittragen. Sie prägen das Gefühl von Heimat in besonderer Weise, sie verbinden Generationen und geben Halt in einer Zeit, die oft von Schnelllebigkeit und Orientierungslosigkeit geprägt ist.

Ob mündlich überlieferte Traditionen, darstellende Künste, gesellschaftliche Feste und Bräuche, Naturwissen oder traditionelle Handwerkskünste: Dieses Kulturerbe ist lebendig und ein Teil von uns. Es wird von menschlichem Wissen und Können getragen und von einer Generation an die nächste weitergegeben. Immaterielles Kulturerbe, das ist der Terminus der Unesco, prägt das gesellschaftliche Zusammenleben und leistet einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer Zukunft und unserer Gesellschaft. Da der Bundesrat die sogenannte Länderkammer ist und unsere neun Bundesländer jede Menge an unterschiedlichsten regionalen Bräuchen und Traditionen haben, ist das von mir ausgesuchte Motto dazu gedacht, ein Zeichen für das Echte, für das Verbindende und für das, was Österreich ausmacht, zu setzen.

Tradition ist nicht das Bewahren der Asche, sondern das Schüren der Flamme. –

Dieses Zitat, das häufig Gustav Mahler zugeschrieben wird, stammt wahrscheinlich vom französischen Politiker und Philosophen Jean Jaurès. Nicht konservieren, sondern leben! Es verdeutlicht, dass Brauchtum keine verstaubte Erinnerung ist, sondern eine lebendige Verbindung zwischen Menschen, Regionen und Generationen. Sei es die Erntedankprozession in Altaussee, der Almbtrieb in Tirol oder das Silvesterblasen in der Steiermark: All das schafft Heimat.

Ich trete für einen starken Föderalismus ein, denn es sind unsere Länder, Regionen und Gemeinden, in denen Traditionen gepflegt werden und Gemeinschaft erlebbar wird. Nicht alles lässt sich zentral regeln. Oft braucht es die Nähe und das Verständnis für die Menschen vor Ort. Ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich all jenen danken und meinen Respekt aussprechen, die durch ihr oft unermüdliches ehrenamtliches Engagement in unseren Vereinen, Trachtengruppen, Schützenkompanien, Musikkapellen, Dorfgemeinschaften einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt unserer Heimat leisten. Diese Menschen haben nicht nur meine persönliche Anerkennung, sondern – davon bin ich überzeugt – auch den Dank des gesamten Bundesrates.

An dieser Stelle möchte ich auch gerne an meine Vorgängerin Andrea Eder-Gitschthaler anschließen, die ihre Präsidentschaft unter das Motto „Miteinander wachsen – Brücken der Generationen bauen“ gestellt hat. Ja, unsere Aufgabe ist es, Brücken zwischen den Erfahrungen der Älteren und den Hoffnungen der Jugend zu bauen, denn nur gemeinsam sichern wir die Zukunft unserer Heimat und ihrer Menschen. Nicht umsonst wurde im Unesco-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes die Bestandsaufnahme sowie die Sichtbarmachung des immateriellen Kultur-

erbes der jeweiligen Staaten hervorgehoben. Mit der Sichtbarmachung von bislang kaum mehr bekannten Bräuchen und Praktiken entsteht ein neues Verständnis für regionale Besonderheiten, funktionierende Gesellschaften sowie einen nachhaltigen Umgang mit lokalen Ressourcen und unserer Umwelt. Brauchtum und Tradition stärken auch die soziale Nachhaltigkeit und wirken als Bindeglied zwischen Jung und Alt.

Unsere Traditionen sind das Fundament, auf dem unser Miteinander ruht. Sie zeigen, woher wir kommen, welchen Weg wir gemeinsam gehen und was uns als Österreicher ausmacht. „Tradition gilt nicht wegen ihrer erwiesenen Richtigkeit, sondern wegen der Unmöglichkeit, ohne sie auszukommen“, so hat es der deutsche Philosoph Hermann Lübbe einmal formuliert. In einer Welt, in der Wissen und Innovation sich rasant verändern, bieten

Traditionen eine Art kulturelles Betriebssystem, das Orientierung und Stabilität ermöglicht. Ich – genauso wie meine Fraktion und meine Partei – bekenne mich zur Verwurzelung in der Geschichte und in den Traditionen Österreichs. Diese kulturelle Identität ist die Grundlage für die Gestaltung der Zukunft und der Schutz vor gesellschaftlicher Beliebigkeit. Lassen Sie uns gemeinsam die kommenden Monate dazu nutzen, um ein Zeichen zu setzen: für kulturelle und regionale Vielfalt unserer Heimat, für die Einzigartigkeit unserer Regionen, für ein Österreich, das sich seiner Wurzeln bewusst ist.

Es ist üblich, dass jeder Präsident auch eine parlamentarische Enquete zu einem bestimmten Thema ausrichtet. Ich habe mich entschieden, den Landschaftsschutz, Naturschutz, Umweltschutz im Spannungsfeld von Bodennutzung, Bodenverbrauch und Energiegewinnung zu beleuchten. Naturschutz geht uns alle an. Die Natur ist die Grundlage unserer Kultur, unseres Staates, unseres blanken Überlebens. Ohne intakte Natur geht gar nichts mehr. Bei diesem Thema will ich auf Besonnenheit und Eigenständigkeit setzen. Landschaftsschutz, Naturschutz und Umweltschutz sind keine Erfindungen der heutigen Zeit, sondern werden seit Jahrhunderten wie selbstverständlich von Bauern, Landwirten und Grundbesitzern wahrgenommen. Wer die Natur und die Umwelt schützt, der schützt damit auch unsere Heimat. Eine parlamentarische Enquete mit Experten sollte abseits ideologisch geprägter Aufgeregtheit neue Perspektiven auf diesen Lebensnerv der Republik legen.

Ich freue mich auf den respektvollen Austausch mit allen Fraktionen, denn Brauchtum, Tradition und Generationenverantwortung sind keine politischen Schlagworte, sie sind Teil unserer gemeinsamen Identität. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Landeshauptmann Mario Kunasek in der Länderkammer

Unter dem Titel „Starke Länder, sichere Zukunft“ gab der steirische Landeshauptmann Mario Kunasek am 9. Oktober 2026 in der Länderkammer seine Erklärung anlässlich des Vorsitzes des Landes Steiermark im Bundesrat und in der Länderkonferenz ab. In seiner Rede plädierte er für eine vertiefte Kooperation zwischen den Bundesländern, auch im Sinne der Reformpartnerschaft.

Landeshauptmann Mario Kunasek nahm seine Erklärung in der Länderkammer zum Anlass, um ein Plädoyer für starke Bundesländer und eine sichere Zukunft Österreichs zu halten. Dabei betonte er, dass Politik auf die „dringenden und drängenden Fragen“ der Menschen nicht nur Antworten geben, sondern auch entsprechende Lösungen finden müsse. Dies könne – auch im Sinne der Reformpartnerschaft – nur gemeinsam geschafft werden. Es brauche die Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Gemeinden und der Europäischen Union. Ein Schulterschluss sei notwendig, das „große Ganze“ dürfe nicht aus den Augen verloren werden und es müsse verhindert werden, dass man sich in Einzelinteressen verzettele.



Plädoyer für Kooperationen mit anderen Bundesländern

In der von Städten, Gemeinden und Regierungsspitze gestarteten Reformpartnerschaft seien bereits Arbeitsbereiche definiert worden, berichtete Kunasek. Als ein zentrales Thema strich er dabei die Bildung hervor. In einem ersten Schritt sei es hier bereits gelungen, eine

übersichtliche Darstellung der Finanzierungsströme in diesem Bereich zu erstellen. Denn es brauche eine gute Datenlage, um „echte Reformen“ angehen zu können, so Kunasek. Ein weiterer „großer Brocken“ sei das Gesundheitswesen. Dieses sei in Österreich „immer noch sehr gut“. Wichtig sei es, über Länder-



grenzen hinwegzusehen, denn nicht jedes Krankenhaus müsse alle Leistungen abdecken. Er sprach sich für Kooperationsvereinbarungen mit anderen Bundesländern aus und verwies auf die Zusammenarbeit seines Bundeslandes mit Oberösterreich und Salzburg.

Neben Verwaltungsvereinfachung sei Deregulierung notwendig. Die Steiermark habe

daher ein erstes Deregulierungsgesetz in Begutachtung geschickt, im kommenden Jahr werde ein zweites folgen, unterstrich Kunasek. Zum Thema Verkehr sagte er, dass es „Straße und Schiene“ brauche. In diesem Zusammenhang bedankte er sich bei Verkehrsminister Peter Hanke für den angekündigten Ausbau der A 9. Die Koralmbahn bezeichnete er als „riesengroße Chancen für den gesamten südlichen Raum“.

In der anschließenden Debatte auf die steirische Reform der Sozialunterstützung angesprochen, sagte Kunasek, dass Österreich ein „sehr gut funktionierender Sozialstaat“ sei. Es müsse aber immer Augenmerk darauf gerichtet werden, wer die Leistungsbeziehenden und die -erbringenden seien. Denn jene, die Wohlstand generieren und finanzieren, dürften nicht das Gefühl bekommen, dass sie „die Dummen“ seien. Leistung müsse sich lohnen und Nichtleistung sanktioniert werden.

Infobox:

Der Begriff „Reformpartnerschaft“ bezeichnet einen seit 2025 laufenden politischen Reformprozess zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden in Österreich. Ihr Ziel ist unter anderem, durch eine effizientere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsame Reformen voranzutreiben.

Foto:

(oben) Steirischer Landeshauptmann Mario Kunasek bei seiner Ansprache

IPU-Weltkonferenz in Genf mit Fokus auf Multilateralismus

Bei der 6. IPU-Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten in Genf war Österreich durch Bundesratspräsidenten Peter Samt und den Zweiten Nationalratspräsidenten Peter Haubner vertreten. Bundesratspräsident Samt hob in seiner Rede die Bedeutung der neutralen Staaten Europas beim Konfliktmanagement und bei der Friedensbildung hervor.



Unter dem Motto „Eine Welt in Aufruhr: Parlamentarische Zusammenarbeit und Multilateralismus für Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle“ stand heuer die 6. IPU-Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten, die von 29. bis 31. Juli 2025 in Genf stattfand. Seit dem Jahr 2000 organisiert die Interparlamentarische Union (IPU) gemeinsam mit den Vereinten Nationen alle fünf Jahre dieses hochrangig besetzte globale Forum, bei dem Österreich dieses Mal durch Bundesratspräsidenten Peter Samt und den Zweiten Nationalratspräsidenten Peter Haubner vertreten war.

Am letzten Tag der Konferenz, an der Delegationen aus über 110 Ländern teilnahmen, wurde eine gemeinsame Deklaration verabschiedet. Darin findet sich ein nachdrückliches Bekenntnis zum multilateralen Engagement, das als effektivster Weg gesehen wird, um Lösungen für die drängendsten Probleme der Zeit zu finden – von nuklearer Abrüstung über Klimawandel, globale Finanzstabilität, Gesundheit, internationalen Handel, künstliche Intelligenz bis hin zu Migration. Begrüßt wird darin auch der Zukunftspakt der Vereinten Nationen vom September 2024, der unter anderem eine stärkere Einbindung der Parlamente in die Arbeit



der Vereinten Nationen, einschließlich ihrer zwischenstaatlichen Prozesse, fordert.

Samt: Internationale Zusammenarbeit muss den Menschen nützen

Kriege und humanitäre Krisen, wirtschaftliche Unsicherheit und soziale Ungleichheit, Klimawandel und Migration würden die internationale Ordnung vor eine ernste Bewährungsprobe stellen, hielt Bundesratspräsident Peter Samt in seiner Rede im Rahmen der Generaldebatte fest. Da die Welt aktuell mit geopolitischer Machtpolitik und protektionistischen

Handelspraktiken konfrontiert sei, brauche es mehr denn je einen starken politischen Diskurs, der den Mehrwert multilateraler Zusammenarbeit betone.

Kein Land, keine Regierung und kein Parlament könne die komplexen Probleme des 21. Jahrhunderts im Alleingang bewältigen, zeigte Samt sich überzeugt, weshalb Orte des Austauschs so wichtig seien. Internationale Zusammenarbeit sei jedoch kein Selbstzweck, sie müsse Ergebnisse liefern und sich durch ihren Nutzen für die Menschen legitimieren.

Insbesondere den Parlamenten komme dabei eine Schlüsselrolle zu, unterstrich Samt. Sie seien nämlich die Bindeglieder, die sicherstellten, dass außenpolitisches Handeln demokratisch kontrolliert und transparent gestaltet werde und den Bedürfnissen der Bevölkerung entspreche. Parlamentarische Diplomatie sei aus seiner Sicht ein einzigartiges und unverzichtbares Instrument, da sie über die klassische Diplomatie hinausgehe. Sie führe die Stimmen der Menschen – vertreten durch ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter – zusammen und bringe sie auf der internationalen Bühne engagiert ein.

Gerade in Wien, wo internationale Organisationen ihren Sitz hätten, werde multilaterale Zusammenarbeit täglich gelebt, merkte der Bundesratspräsident an. In dieser Tradition bringe sich auch das österreichische Parlament aktiv ein, wie etwa als Gastgeber der

5. Weltkonferenz 2021 und der jährlichen Wintertagungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Samt hob generell die Bedeutung der neutralen Staaten in Europa hervor, die eine zentrale Rolle beim Konfliktmanagement und bei der Friedensbildung spielen würden. Gerade in Zeiten, in denen vielerorts das Vertrauen in Institutionen erodiere, sei parlamentarisches Engagement besonders gefragt, um internationale Netzwerke und Institutionen zu stärken, um Brücken des Friedens und des Verständnisses zu erhalten und zu erneuern.

In seinem Redebeitrag im Rahmen eines Panels zum Thema „Innovationen für eine friedvolle Zukunft“ führte Samt überdies ins Treffen, dass der massive Vertrauensverlust der Bevölkerungen in die nationalen und multilateralen Regelsysteme eine große Herausforderung darstelle. Gerade in Zeiten ständiger Veränderungen, die von oberflächlichen und kurzlebigen Trends geprägt seien sowie von schlechten Nachrichten, die vor allem über soziale Medien verbreitet würden, bräuchten Menschen Halt und Orientierung.

Aus diesen Gründen habe er seine Amtszeit als Präsident des österreichischen Bundesrates unter das Motto „Brauchtum leben, Traditionen bewahren, Generationen verbinden“ gestellt, führte Samt an. Die Wahrung der kulturellen Wurzeln, Bräuche und gewachsenen Gemeinschaften sei für ihn nämlich kein Anachronismus, sondern ein Fundament für die Zukunft, zumal sie Generationen verbinden und sozialen Zusammenhalt schaffen würden.

Haubner für Weiterentwicklung des Multilateralismus

Angesichts der immensen globalen Herausforderungen brauche es mehr Zusammenarbeit, mehr Dialog und mehr Mut zur gemeinsamen Gestaltung, betonte auch der Zweite Nationalratspräsident Peter Haubner. Vor allem autoritäre Tendenzen und ein Rückzug in nationale Denkmuster würden die Grundlagen der multilateralen Ordnung infrage stellen. Es sei zu beobachten, dass Prinzipien wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, territoriale Integrität und andere völkerrechtliche Grundsätze zunehmend erodierten.



Gerade in dieser Lage dürfe man sich nicht zurückziehen, appellierte Haubner. Er verwies auf die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Prinzipien des Multilateralismus, die kein bloßes Ideal seien, sondern seit nunmehr 80 Jahren eine Richtschnur für die internationale Zusammenarbeit vorgeben würden. Gefordert seien auch die Parlamente, die als Herzstück der Demokratien und unmittelbare Vertreter der Bevölkerungen eine besondere Verantwortung tragen würden. Sie müssten gegenüber Spaltung, Ausgrenzung und populistischer Abschottung wachsam bleiben. Ihre Aufgabe sei es auch, Vertrauen in nationale wie internationale Institutionen zu stärken und somit die Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Österreich fühle sich dem Multilateralismus traditionell besonders verpflichtet, betonte Haubner. Als einer von vier UN-Amtssitzen weltweit sowie als Sitz der OSZE und weiterer Organisationen verstehe sich Wien als Gastgeber des Dialogs und als Partner bei der Suche nach friedlichen Lösungen. Diese Rolle sei Ausdruck eines aktiven Bekenntnisses zu einer regelbasierten, kooperativen Weltordnung. Mit der Bewerbung für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2027–2028 wolle Österreich auch dieser Verantwortung nachkommen, erklärte er.

Wichtig sei es nun, den Multilateralismus im Hinblick auf Wirksamkeit und Inklusion weiterzuentwickeln und anzupassen, betonte Haubner. Daher solle die Zusammenarbeit nicht nur zwischen Staaten, sondern ebenso mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatsektor forciert werden. Nur so könnten innovative Antworten auf komplexe Fragen gefunden werden, resümierte er.

Austausch mit Amtskolleginnen und Amtskollegen

Am Rande der dreitägigen Konferenz fanden zudem zahlreiche bilaterale Treffen und Gespräche zwischen den beiden Präsidenten und Amtskolleginnen und -kollegen unterschiedlicher Länder sowie ein Austausch mit dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, statt.

Infobox:

Die 1889 gegründete IPU versteht sich als Weltorganisation aller nationalen Parlamente. Sie fördert die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus 182 Staaten und trägt Debatten über Fragen internationaler Bedeutung aus. Dazu werden Resolutionen verabschiedet, die als politische Impulse dienen sollen. Mit den Vereinten Nationen besteht eine enge Zusammenarbeit, deren Ziel es ist, Parlamente aktiv in die Erarbeitung und Erfüllung internationaler Verpflichtungen einzubinden. Nachdem Österreich 2021 als Gastgeber der 5. IPU-Weltkonferenz fungierte, eröffnete die IPU im selben Jahr in Wien auch ein Verbindungsbüro zu den internationalen Organisationen.

Foto:

Gruppenbild der Teilnehmenden an der IPU-Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten vor dem Palais des Nations in Genf

Gedenktag für die Opfer des NS-Völkermords an Roma und Sinti

Mit einer Kranzniederlegung am Heldenplatz beging das Parlament den nationalen Gedenktag für die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ermordeten Roma und Sinti. Bundesratspräsident Peter Samt rief dazu auf, für die Würde des Menschen einzustehen und die Volksgruppen in Österreich aktiv zu unterstützen.

In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau über 4.000 Roma und Sinti ermordet. Während des Zweiten Weltkriegs wurden bis zu 500.000 Angehörige dieser Volksgruppe Opfer des nationalsozialistischen Terrors.

Das Parlament beging den nationalen Gedenktag für die während des Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti am 1. August 2025 mit einer Kranzniederlegung im Weiheraum beim Äußeren Burgtor am Wiener Heldenplatz. Die Parlamentsspitze war durch Bundesratspräsident Peter Samt und den Zweiten Nationalratspräsidenten Peter Haubner vertreten.

Samt: „Nicht gegeneinander, sondern miteinander leben“

„Österreich hat lange gebraucht, um auch der unter dem NS-Regime verfolgten und ermordeten Roma und Sinti zu gedenken. Es ist erst zwei Jahre her, dass vom Parlament einstimmig beschlossen wurde, diesen Gedenktag zu begehen“, erklärte Bundesratspräsident Peter Samt. „Das sollten wir zum Anlass nehmen, Hass keinen Raum zu geben und die Volksgruppen in Österreich aktiv zu unterstützen. Mir ist wichtig, dass die Volksgruppen im Land nicht gegeneinander, nicht nebeneinander, sondern miteinander leben und dass die kulturellen Wurzeln, die Verschiedenartigkeit und das Gemeinsame geschätzt werden“, betonte er. Dieser Gedenktag solle eine Mahnung an alle sein, „stets für unsere Freiheit, unsere Demokratie sowie ganz besonders für die Würde des Menschen einzustehen“.

„Mir ist wichtig, dass die Volksgruppen im Land nicht gegeneinander, nicht nebeneinander, sondern miteinander leben und dass die kulturellen Wurzeln, die Verschiedenartigkeit und das Gemeinsame geschätzt werden.“

Bundesratspräsident Peter Samt



Haubner: „Wir erinnern uns und geloben, niemals zu schweigen“

„Was einst mit Vorurteilen begann, endete in Lagern und Gräbern“, betonte der Zweite Nationalratspräsident Peter Haubner. „Wer heute noch schweigt, wenn Roma und Sinti oder andere Minderheiten angefeindet werden, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Am Gedenktag hören wir hin, erinnern uns und geloben, niemals zu schweigen.“

Nach der Gebetslesung des Weihbischofs Franz Scharl legten die Vertreter des Parlaments gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Volksgruppenbeirats Emmerich Gärtner-Horvath und seinem Stellvertreter Andreas Sarközi Kränze nieder.

Anschließend an die Kranzniederlegung las der Schauspieler Serge Falck eine Kurzbiografie des burgenländischen Holocaustüberlebenden Anton Müller.

Nationalrat stimmte 2023 einhellig für Holocaust-Gedenktag

Der Holocaust-Gedenktag für Roma und Sinti wurde in Österreich das zweite Mal begangen. Am 31. Jänner 2023 hatte der Nationalrat den einstimmigen Entschluss gefasst, den 2. August als nationalen Gedenktag einzuführen. Ein Jahr später folgte der entsprechende Ministerratsbeschluss der Bundesregierung.

Foto:

(v. li.) Stellvertretender Vorsitzender des Volksgruppenbeirates Andreas Sarközi, Vorsitzender des Volksgruppenbeirates Emmerich Gärtner-Horvath, Bundesratspräsident Peter Samt und Zweiter Nationalratspräsident Peter Haubner

Rundgang durch das Hohe Haus: Tag der offenen Tür 2025

Am Tag der offenen Tür, der 2025 wie jedes Jahr anlässlich des Nationalfeiertags am 26. Oktober stattfand, stand das Parlament wieder allen Interessierten offen. Eine 60-minütige Erkundungstour führte die Besucherinnen und Besucher von den Sitzungssälen des National- und Bundesrates bis ins Plenarium unter der Glaskuppel und wieder zurück. Ein besonderer Höhepunkt war die Besichtigung der sonst unzugänglichen Ausschusslokale.

In der Säulenhalle konnten sich die Besucherinnen und Besucher mit dem Nationalratspräsidium, dem Bundesratspräsidenten, Nationalratsabgeordneten und Mitgliedern des Bundesrates austauschen. Der Rundgang endete auf der Rampe des Parlaments, welche sonst nur hohen Staatsgästen vorbehalten ist.

Gemeinsam mit Nationalratspräsident Walter Rosenkranz, dem Zweiten Nationalratspräsidenten Peter Haubner, der Dritten Nationalratspräsidentin Doris Bures und Parlamentsdirektor Harald Dossi empfing Bundesratspräsident Peter Samt die Gäste beim Eintritt ins Parlamentsgebäude.

„Der Nationalfeiertag ist der Tag, an dem wir zeigen, dass das Parlament ein offenes Haus ist“, berichtete eine Demokratiebildnerin des Parlaments, die Interessierte durch das Hohe Haus führte. So beeindruckte auch der Bundesratssaal die zahlreichen Gäste. Am Ende verließ kaum jemand das Parlament, ohne ein Foto gemacht zu haben.





Enquete zu Umweltschutz, Bodenverbrauch und Energiegewinnung

Am 22. Oktober 2025 lud Bundesratspräsident Peter Samt zu einer parlamentarischen Enquete ein, die unter dem Titel „Landschafts-, Natur- und Umweltschutz im Spannungsfeld von Bodennutzung, Bodenverbrauch und Energiegewinnung“ stand. Im Rahmen von vier Panels diskutierten die Mandatarinnen und Mandatare über praxisnahe Lösungen für aktuelle Herausforderungen im Naturschutz.

Expertinnen und Experten hielten Vorträge zu einem breiten Feld von Themen, die von der Forstwirtschaft, der Ernährungssicherheit, den ökologischen und ökonomischen Folgen der Nutzung erneuerbarer Energien, den politischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung bis hin zu Fragen der Raumordnung und -planung reichten. Zu Beginn der Veranstaltung hielt der ehemalige Dritte Nationalratspräsident und jetzige Obmann des burgenländischen FPÖ-Klubs Norbert Hofer eine Keynote, in der er auf die aktuellen Herausforderungen beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger einging.

Samt: Naturschutzpolitik abseits ideologisch geprägter Aufgeregtheit

Die Enquete solle abseits „ideologisch geprägter Aufgeregtheit“ neue Perspektiven aufzeigen und die zentrale Bedeutung einer praxisnahen Naturschutzpolitik im Sinne der heimischen Bevölkerung herausstreichen, betonte Bundesratspräsident Peter Samt in seinen Begrüßungsworten. Statt „weltanschaulicher Zuspitzungen“ und „Bevormundung durch Klimadogmen“ brauche es verantwortungsvolles Handeln im Alltag sowie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit vor Ort. Dazu zählten eine nachhaltige Bewirtschaftung und Schutzgebietsbetreuung sowie die gezielte Unterstützung von Gemeinden in der Landschaftspflege. Wichtig sei dabei immer, auf die wirtschaftliche Verträglichkeit zu achten, machte Samt geltend.

Hofer: Speicherkapazitäten ausbauen, Wasserstofftechnologie forcieren

Für eine nüchterne, faktenbasierte Prüfung der Forschungsergebnisse trat auch Norbert Hofer in seinem Vortrag ein, denn Wissenschaft und Physik seien nicht ideologisch zu betrachten, sagte er. Die Politikerinnen und Politiker dürften dann erst am Ende des Erkenntnisprozesses entscheiden, ob die jeweiligen Resultate umgesetzt werden sollten oder nicht. Vor diesem Hintergrund müssten auch die im neuen Energie- und Klimaplan bis 2030 festgesetzten Ziele beurteilt werden, gab Hofer zu

bedenken. Auch wenn er ein absoluter Verfechter der erneuerbaren Energien sei, so dürfe deren Ausbau nicht als Freibrief für die Beeinträchtigung von Orts- und Landschaftsbild, Arten-, Boden- und Wasserschutz verstanden werden, warnte Hofer. Kritisch stand er dem Import von Flüssigerdgas gegenüber, das nicht nur umweltschädlich produziert werde, sondern auch über Tausende Kilometer hin transportiert werden müsse. Als Alternative schlug er die Nutzung heimischen Erdgases vor, das für kurze Zeit „eine Brücke schlagen könnte“.

Viel stärker konzentrieren müsse man sich seiner Meinung nach auf den Wasserstoff, zeigte sich Hofer überzeugt. Gleichzeitig seien die hohen Standards in Österreich in den Bereichen Artenschutz, Bodenschutz und Wasserqualität nicht verhandelbar. Zudem könne durch die Schaffung von „Vorrang- und Tabuzonen“ der rasche Ausbau von Hochspannungsleitungen sichergestellt werden, ohne dass der Naturschutz ausgehöhlt werde, schlug Hofer vor. Auf diese Weise könne auch verhindert werden, dass Anlagen in sensiblen Habitaten errichtet würden. Für besonders wichtig erachtete er es auch, dass Österreich zur „Speicherrepublik“ werde, wobei vor allem die dezentralen Kapazitäten stark erweitert werden müssten. Weiteren Handlungsbedarf sah Hofer beim Ausbau der Elektrifizierung, der Sanierung, der Nutzung von Abwärme und der Digitalisierung.

Meran kritisiert Errichtung von Windkraftanlagen im alpinen Raum

Dem Thema „Forstwirtschaft im Spannungsfeld von Ökonomie und Naturschutz“ widmete sich der Präsident des Steirischen Jagdschutzvereins Franz Meran. Er sei der festen Meinung, dass die Besitzerinnen und Besitzer der Wälder, die zu 80 Prozent in privater Hand



Fotos:

(oben) Bundesratspräsident Peter Samt

(unten) Obmann des burgenländischen FPÖ-Klubs und Dritter Nationalratspräsident a. D. Norbert Hofer



seien, seit Generationen bewiesen hätten, dass sie die Natur schützen könnten. Nun sei man aber „mit sogenannten Biodiversitätsstrategien konfrontiert“, die darauf abzielten, 10 bis 15 Prozent der Flächen „aus der Nutzung zu nehmen“. Gerade angesichts der ohnehin schon sehr angespannten ökonomischen Situation der Forstbetriebe halte er dies für kontraproduktiv. Damit erreiche man nämlich genau das Gegenteil des heute Angestrebten, so Meran, der dabei den Erhalt von Biomasse und Artenschutz ins Treffen führte.



Meran plädierte generell für eine sachliche Debatte. Er spüre natürlich, dass es wärmer werde, dennoch solle man nicht in eine „Klimahysterie“ verfallen. Auch Schlagworte wie „klimafitter Wald“ seien wenig nützlich, da die Forstwirtschaft schon seit jeher in Zeiträumen von 100 Jahren denke, beklagte er. Nachdem die Forstwirtschaft aber unter einem großen ökonomischen Druck stehe, bestehe die Gefahr, dass in Hinkunft viele kleinstrukturierte Betriebe ihre Gründe verkaufen müssten. Kritische Worte fand Meran auch bezüglich der Errichtung von Windkraftanlagen im alpinen Raum, aus seiner Sicht eine „ökologische Katastrophe“.

Schlemper: Landwirtschaft als Schlüssel für Ernährungssicherheit



Wolf-Dietrich Schlemper, Referent in der Salzburger Landesregierung für Jagd und Fischerei, Natur- und Umweltschutz, Gewerbe und Feuerwehrewesen, ging zunächst auf den Wandel des Begriffs Naturschutz ein, der mittlerweile um Fragen des Arten- und des Lebensraumschutzes erweitert wurde. Demgegenüber stehe die Landwirtschaft, die – je nachdem, wie sie ausgeführt werde – einen negativen Effekt auf das Landschaftsbild und die Biodiversität haben könne. Positiv im Sinne der Landwirt-

schaft sei folgende Entwicklung: Wenn Flächen nicht bewirtschaftet werden, komme es zu Verwaldung, insbesondere auf Almwiesen, sowie zu einer Abnahme der Biodiversität.

Der Mensch brauche bestimmte Ökosysteme, um sich auf wandelnde Umweltbedingungen einstellen zu können, gab Schlemper zu bedenken. Gleichzeitig sei es im Sinne der Resilienz erforderlich, über eine vielfältige Lebensmittelproduktion zu verfügen. Gerade der Erhalt der vielen landwirtschaftlichen Betriebe sei der Schlüssel für mehr Biodiversität und für mehr Ernährungssicherheit, betonte er. Schlemper sprach in diesem Zusammenhang die sogenannte Wiederherstellungsverordnung der EU an, deren Inhalt seiner Ansicht nach im Widerspruch zur Schaffung von effizienteren Agrarsystemen in Österreich stehe. Damit werde nämlich der Naturschutz der eigenen Lebensmittelproduktion vorgezogen, beklagte Schlemper, der eine Beschleunigung des „Höfesterbens“ befürchtete.

Expertinnen und Experten über Herausforderungen für Bodenschutz

Im Anschluss debattierten Expertinnen und Experten über die komplexen Fragestellungen, mit denen Umwelt- und Energiepolitik konfrontiert sind. In ihren Beiträgen wurde deutlich, dass die politische Entscheidungsfindung sich in vielfältigen Spannungsfeldern zwischen Gesellschaft, Natur, Umwelt und Wirtschaft bewegt.

In vier Panels kamen Themen wie Forstwirtschaft, Ernährungssicherheit, die ökologischen und ökonomischen Folgen der Nutzung erneuerbarer Energien, Bodenverbrauch und Kosten der Klimapolitik sowie die Herausforderungen für Raumordnung und -planung zur Sprache. Ein besonderer Fokus lag dabei auf dem

Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG), das sich zum Zeitpunkt der Enquete noch in der Planungsphase befand.

Vahrenholt: Auch erneuerbare Energieträger belasten Umwelt

Der SPD-Politiker, Wissenschaftler und Buchautor Fritz Vahrenholt gab eine Stellungnahme zu den „ökologischen und ökonomischen Folgen der Nutzung erneuerbarer Energien“ ab. Vahrenholt zufolge hängen die ökologischen Auswirkungen von Windkraftanlagen stark vom Standort ab. Problematisch seien neben einer Lufterwärmung im Umfeld unter anderem auch der Abrieb in Form von Ewigkeitschemikalien der Rotorblätter und Gefahren für Insekten, Fledermäuse und Greifvögel. Die ökologischen Nachteile von Photovoltaik-Freiflächenanlagen seien demgegenüber deutlich geringer, würden aber auch zu einer Erwärmung der Umgebung führen.

In ökonomischer Hinsicht sei wichtig, dass Wind- und Solarenergie keinen zuverlässigen Strom erzeugten. Man werde ein Backup durch Gaskraftwerke nicht umgehen können, so Vahrenholt. Zudem müsse Solar- und Windenergie in Deutschland jedes Jahr bezuschusst werden. Was die Verpflichtung zur

Fotos:

(li. o.) Präsident des steirischen Jagdschutzvereins Franz Meran

(li. u.) Wolf-Dietrich Schlemper, Referent für Jagd und Fischerei in der Landesregierung Salzburg

(re.) SPD-Politiker, Wissenschaftler und Buchautor Fritz Vahrenholt



CO₂-Reduktion betreffe, würden die CO₂-Emissionen weltweit weiter steigen, egal was Deutschland oder Österreich täten. Man müsse auch für Arbeitsplätze in Österreich kämpfen. Produktion nach China mit dessen hohen CO₂-Emissionen zu vertreiben, erweise dem Klimaschutz „einen Bärendienst“.

Campidell: Verwaltung steht vor Zielkonflikten in Regelungen

Gerhard Campidell von der Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung in der Landesregierung Oberösterreich sprach zum Thema „Verfahrensturbo gegen die Wand – Energiegesetzgebung auf Kollisionskurs mit Natur- und Landschaftsschutz“. Das Spannungsfeld erneuerbare Energie und Landschaftsschutz stelle die Behörden vor unlösbare Probleme, so Campidell. Der Energiekrise stehe eine Biodiversitätskrise gegenüber. Die Frage sei, ob beide Krisen parallel bewältigt werden könnten. Der „Regelungsdschungel“ auf EU-Ebene setze etwa die Vogelschutzrichtlinie und die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur in Widerspruch zu den Vorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien. Im Entwurf des neuen Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG) sah Campidell „deutliches Gold-Plating“ und eine Abkehr von Landschafts- und Naturschutz.



Wohlgemuth: Kosten der erneuerbaren Energien im Auge behalten

„Schicken uns Wind und Sonne eine hohe Rechnung?“, fragte Norbert Wohlgemuth von der Universität Klagenfurt in den Saal. Noch machten fossile Energieträger 75 Prozent der gesamten Energieversorgung aus und die Versorgungssicherheit könne mit Sonne und Wind noch nicht gewährleistet werden. Es gelte, nicht nur auf die Strompreise, sondern auch



auf die Systemkosten einen Blick zu werfen. Dazu kämen „Opportunitätskosten“, wenn es nicht gelinge, Zielkonflikte aufzulösen. Bei der Bilanz der Energieversorgung aus Erneuerbaren, die man bis 2040 erreichen wolle, sei zu hinterfragen, ob es nicht ein „Etikettenschwindel“ sei, wenn ein Überschuss aus Solarstrom mit Importstrom aus Kohle im Winter gegengerechnet werde. Energiewende und Klimaschutz dürften auch nicht auf Kosten der alpinen Natur gehen, so Wohlgemuth. Es gelte, bei den unterschiedlichen Zielkonflikten nicht ein Ziel zu „verabsolutieren“, sondern ständig die Ziele gegeneinander abzuwägen. Auch er sehe das EABG kritisch, weil es „nach hinten losgehen“ und zu erhöhtem Widerstand der Bevölkerung führen könne, schloss er.

Stöglehner: Gesamtheitliche Planung der Energiewende fehlt

Gernot Stöglehner, Leiter des Departments für Landschaft, Wasser und Infrastruktur an der BOKU Wien, referierte zum Thema „Energiewende: Spannungsfelder und Lösungsansätze der Energieraumplanung“. Ein wesentlicher Aspekt für energieeffiziente Raum- und Siedlungsstrukturen sei die „Funktionsmischung“, und zwar von Arbeiten über Einkaufen bis zur Freizeitgestaltung, so Stöglehner. In belebten Ortskernen sei wichtig, dass diese Mischung gewährleistet sei. Dadurch würde nicht nur Lebensqualität erhöht, sondern auch Energie eingespart. Das derzeitige Auseinanderziehen der Raumstrukturen führe beispielsweise zu mehr Verkehr, der den größten Energieverbrauch aufweise. Aber auch die Raumnutzung im Zusammenhang mit der Naturverträglichkeit gelte es zu beachten. Wenn es um Freiland gehe, sei etwa bei Photovoltaikanlagen die wichtigste Frage jene der Mehrfachnutzung, wie beispielsweise Solaranlagen als Solarzäune zwischen landwirtschaftlichen Flächen.



Lughofer: Raumplanung als Schlüssel für Ausbau von Windkraft

Maximilian Lughofer, Umweltschützer und Leiter der Umweltschützer in der Landesregierung Steiermark, sprach zum Thema „Raumordnung und Naturschutz – der grün-weiße

Fotos:

(li. o.) Germar Campidell von der Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung in der Landesregierung Oberösterreich

(li. m.) Stellvertretender Institutsvorstand an der Universität Klagenfurt Norbert Wohlgemuth

(li. u.) Leiter des Departments für Landschaft, Wasser und Infrastruktur an der BOKU Wien Gernot Stöglehner

(re.) Umweltschützer und Leiter der Umweltschützer in der Landesregierung Steiermark Maximilian Lughofer



Weg“. Raumplanung könne viel richtig machen, indem etwa vorhandene Netzinfrastruktur genützt werde, könne aber, „Stichwort Zersiedelung“, auch viel falsch machen. Er sprach sich dafür aus, Synergien zu nutzen. In der Steiermark als Industrie- und Waldstandort bestehe sehr viel Potenzial dafür. Es gebe in dem Bundesland eine gute Ausstattung mit Windrädern, aber wenig Freiflächen, die geeignet seien, Photovoltaikanlagen zu errichten. Das Stichwort sei für ihn „Repowering“, mit Standortvergrößerung etwa dort, wo ein Weg zum Wald bereits angelegt sei – wobei der Schutz der Populationen etwa von Fledermäusen oder Vögeln zu beachten sei.

Längauer: Landwirtschaftliche Böden für Zukunft sichern



Martin Längauer vom Referat für Rechts- und Umweltpolitik der Landwirtschaftskammer Österreich legte den Fokus seines Beitrags auf den quantitativen Bodenschutz und den problematischen Bodenverbrauch. Die Gewährleistung der Ernährungssicherheit werde für Österreich eine immer größere Herausforderung, stellte er fest. Der 14. Umweltkontrollbericht stelle dem qualitativen Bodenschutz in Österreich hinsichtlich der Landwirtschaft zwar ein positives Zeugnis aus. Problematischer stehe es um den quantitativen Bodenschutz und die Ernährungssicherheit. Seit den 1960er-Jahren sei die landwirtschaftliche Nutzfläche Österreichs um 22 Prozent zurückgegangen. Pro Person gerechnet stünden nur mehr 65 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Jahres 1960 zur Verfügung.



Das Problem sah Längauer in der starken Flächenkonkurrenz um landwirtschaftliche Flächen. Die Tatsache, dass rund 30 Prozent der Flächen Österreichs einen Schutzstatus hätten, erhöhe den Druck auf die anderen Flä-

chen. Landwirtschaftliche Böden selbst seien in Österreich nicht geschützt, sondern würden „zur Flächenreserve degradiert“. Sie seien die Restfläche, die übrigbleibe, wenn alle anderen Nutzungsinteressen befriedigt seien.

Oberndorfer: Kosten des Klimawandels sozial gerecht verteilen

Lukas Oberndorfer, Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien, stellte die Position der AK Wien zur Klimakrise dar. Das Bewusstsein für die Klimakrise sei in der Bevölkerung angekommen, trotzdem gebe es oft Kritik am Klimaschutz. Untersuchungen hätten gezeigt, dass viele Menschen den Eindruck hätten, dass die Klimapolitik sie weiter belaste und ein Gerechtigkeitsproblem bestehe. Eine neue Studie zur Verteilung von Vermögen und klimaschädlichen Emissionen in Österreich gebe diesem „Bauchgefühl“ durchaus recht. Die „untere Hälfte der österreichischen Bevölkerung“ sei demnach nur für 17 Prozent, die „oberen 10 Prozent“ aber für 56,3 Prozent der Emissionen verantwortlich.

Vor diesem Hintergrund habe die Arbeiterkammer ihren sozialen und ökologischen Umbauplan präsentiert, sagte Oberndorfer. Er griff drei aus seiner Sicht konsensfähige Maßnahmen heraus. Erstens biete für die Senkung der Transitbelastung die Wegekostenrichtlinie der EU noch Spielräume, bei deren Ausnützung 650 Mio. Euro an jährlichen Einnahmen erzielt werden könnten. Zweitens müssten breite Teile der Bevölkerung besser an den öffentlichen Verkehr angebunden werden. Drittens wäre es volkswirtschaftlich sinnvoll, erneuerbare Energie auszubauen und vom Import fossiler Rohstoffe unabhängig zu werden, schloss er.

Amesbauer: Brauchen verantwortungsvolle Umweltpolitik

Landesrat Hannes Amesbauer forderte als Vertreter der steirischen Landesregierung, bei Visionen in der Umweltpolitik „Augenmaß und Bodenhaftung“ zu wahren. Politische Verantwortung müsse auch mögliche negative Auswirkungen von Maßnahmen mitbedenken. Umweltpolitik dürfe kein Selbstzweck sein, sondern müsse die Versorgungssicherheit, die Leistbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigen, auch aus sozialpolitischen Überlegungen.

Die aktuelle steirische Landesregierung bekenne sich daher zu einer Umweltpolitik, die Extreme vermeide. Genehmigungsverfahren müssten so einfach und effektiv wie möglich gehalten werden. Amesbauer kritisierte in diesem Zusammenhang das geplante EABG. Die Rechtsgrundlage für Verfahren müsse widerspruchsfrei und einfach anwendbar sein, forderte Amesbauer. Eine Aufblähung des administrativen Apparats und Zunahme der Vorschriften, wie sie das EABG befürchten lasse, nütze niemandem, ergänzte er.

Fotos:

(oben) Martin Längauer vom Referat für Rechts- und Umweltpolitik in der Landwirtschaftskammer Österreich

(Mitte) Leiter der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr in der Arbeiterkammer Wien Lukas Oberndorfer

(unten) Landesrat Hannes Amesbauer

ÖVP: Landwirtschaft sichert großen Teil der Biodiversität

Die oberösterreichische ÖVP-Bundesrätin Johanna Miesenberger meinte, die Flächenkonkurrenz sei in Österreich besonders stark, da viele Interessen – Landwirtschaft, Wirtschaft und Tourismus usw. – abzustimmen seien. Die Landwirtschaft sichere in Österreich einen großen Teil der Biodiversität und sei auch Teil der Lösung. Aus ihrer Sicht sollten für PV-Anlagen vor allem Dächer, nicht land- und forstwirtschaftliche Flächen genutzt werden. Die Umsetzung der Renaturierung müsse die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigen und praxistauglich sein.

SPÖ: Mehr Ernsthaftigkeit im Klimaschutz

SPÖ-Fraktionsvorsitzender Christian Fischer forderte „mehr Ernsthaftigkeit im Klimaschutz“. Österreich sei von der globalen Erwärmung besonders stark betroffen. Das bedeute etwa mehr Starkregenereignisse und Hochwässer mit hohen Schäden. „Klimaschutz ist Sozialpolitik“, betonte Fischer. Weltweit steige die Zahl der Menschen, die aufgrund von Wetterkatastrophen ihre Heimat verlassen müssten. Klimaschutz sei damit auch ehrliche Migrationspolitik. Der Bodenschutz müsse ernst genommen und der Bodenverbrauch reduziert werden. Das bedeute die Förderung der Sonnen- und Windenergie, aber auch des Energiesparens.

FPÖ: Naturschutz ist Heimatschutz

Fraktionsvorsitzender Andreas Arthur Spanring (FPÖ) meinte, die Debatte um die behandelten Themen verlange Ehrlichkeit und Hausverstand. Dass Österreich sich be-

sonders stark erwärme, zog er in Zweifel und meinte, hier werde „Zahlentrickserei“ betrieben. Umwelt- und Energiepolitik müssten mit Vernunft und Realismus betrieben werden. Spanring forderte eine technologieoffene Energiepolitik „ohne ideologische Scheuklappen“. Dabei müsse man auch die Schattenseiten erneuerbarer Energien ansprechen. Windkraft solle sinnvoll genutzt werden, dürfe aber nicht die Landschaft zerstören, die man vorgeblich schützen wolle. Österreich werde das Weltklima nicht retten können, meinte Spanring. Natur- und Umweltschutz seien jedoch aktiver Heimatschutz.

Grüne: Brauchen Fortschritt mit Verantwortung

Bundesrätin Simone Jagl (Grüne) merkte an, ein Podium, das nur mit Männern besetzt sei, sei für das Hohe Haus nicht mehr zeitgemäß. Bedauerlich sei auch, dass bis auf wenige positive Ausnahmen vor allem politisch und



ideologisch motivierte Redner zu Wort gekommen seien, die teilweise am wissenschaftlichen Konsens vorbei den Klimawandel geleugnet hätten. Die gegen die Windkraft vorgebrachten Einwände seien überzogen oder durch neue technische Entwicklungen obsolet. Tatsache sei, dass für die Energiewende nur mehr wenig Zeit bleibe. Jagl forderte daher „Fortschritt mit Verantwortung“.

NEOS: Müssen Flächenverbrauch weiter senken

Die Wiener Bundesrätin Julia Deutsch als Vertreterin der NEOS in der Länderkammer sagte, Flächenschutz und Bodenverbrauch müssten stärker zusammen gedacht werden. Das erfordere eine bessere Datengrundlage, um die Raumordnung über Gemeinde- und Landesgrenzen hinweg besser koordinieren und Flächen nachhaltig schützen zu können. Der Flächenverbrauch müsse weiter gesenkt werden. Weiters müsste die Energiewende

geschafft werden, die Planungssicherheit gebe und Österreich aus Abhängigkeiten befreie. Das EABG solle in diesem Sinne den Ausbau beschleunigen, aber auch den Interessen des Umwelt- und Naturschutzes Rechnung zu tragen.

Samt: Politik muss sich mit Widersprüchen auseinandersetzen

Die Enquete habe die Wichtigkeit des Themas aufgezeigt, aber auch die Gegensätze und Ungereimtheiten zwischen Naturschutzgesetzgebung und den Zielen und Vorgaben für die erneuerbare Energie, resümierte Bundesratspräsident Peter Samt. Das gelte auch für die österreichische Gesetzgebung. Die Politik sei gefordert, sich mit diesen Fragen weiterhin intensiv auseinanderzusetzen. Das brauche eine kontroverse Diskussion, bei der auch kritische Betrachtungen zulässig sein müssten.



80 Jahre Länderkonferenz mit Festsitzung des Bundesrates

Anlässlich des 80-jährigen Jubiläums der Länderkonferenz 1945 fand am 23. Oktober 2025 eine Festsitzung des Bundesrates statt. Die Veranstaltung erinnerte an die erste gesamtösterreichische Länderkonferenz nach dem Zweiten Weltkrieg, zu der Ende September 1945 Vertreter der Bundesländer im niederösterreichischen Landhaus in Wien zusammengekommen waren.

Bundesratspräsident Peter Samt, Nationalratspräsident Walter Rosenkranz, Bundesratspräsident a. D. Karl Bader sowie der Vorsitzende der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten Max Hiegelsberger hoben in ihren Reden die Bedeutung des Föderalismus und der Bundesländer hervor. Die Länderkonferenz habe die Grundlagen für ein demokratisches, ungeteiltes und föderalistisches Österreich geschaffen, betonten sie.





Samt: Bundesländer und Föderalismus sind Grundpfeiler der Republik

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus seien die Bundesländer maßgeblich an der Wiederherstellung Österreichs beteiligt gewesen, hielt Bundesratspräsident Peter Samt in seiner Rede fest. So seien mit der Länderkonferenz und dem dortigen Engagement der Bundesländer die Grundlagen für ein demokratisches, ungeteiltes und föderalistisches Österreich geschaffen worden. Damit sei der Tag der Länderkonferenz für ihn das eigentliche Gründungsdatum der Republik, so Samt. Die Bundesländer seien die Basis für Österreich. Der Föderalismus stehe für das Miteinander und den Interessenausgleich. Er sei kein Hemmnis, sondern eine große Stärke, wenn er gelebt werde, und da sei „noch Luft nach oben“.

Der Bundesrat habe eine wichtige repräsentative Funktion für die Bundesländer. Im Vergleich zum Nationalrat habe er aber bei der Gesetzgebung weniger Befugnisse und wirke in seiner Kompetenz „oftmals zahnlos“, bedauerte Samt. Hinsichtlich der halbjährlich wechselnden Präsidentschaft des Bundesrates regte Samt an, dies zu überdenken. Eine Reform würde dem Image und der Außenwirkung des Bundesrates „guttun“.

„Der Föderalismus ist einer der Grundpfeiler der Republik, genauso wie das Zweikammersystem, das wir mit dem Nationalrat und dem Bundesrat aktiv mit Leben befüllen.“

Bundesratspräsident Peter Samt



Rosenkranz: Bundesländer als Mitgestalter der Republik

„Was heute ist, musste vor 80 Jahren erst wieder werden“, erklärte Nationalratspräsident Walter Rosenkranz. 1945 seien das „Morden in den Konzentrationslagern, der Tod in den Schützengräben und die Opfer des Bombenterrors“ zu Ende gegangen. Damals sei klar gewesen, dass die Bundesländer nicht nur Teil, sondern Mitgestalter der Republik sein sollen. Das Zusammenwirken von Bund und Bundesländern halte Österreich zusammen. Dieses Zusammenspiel habe Österreich über Jahrzehnte Stabilität verliehen. Der Föderalismus sei dabei nicht ein Verwaltungsmodell, sondern ein Prinzip des wechselseitigen Vertrauens. Damit sei die Überzeugung verbunden, dass jene, die den Menschen am nächsten sind, auch am besten wissen würden, was diese benötigen. Föderalismus sei damit eine verfassungsmäßig verankerte Form des Miteinanders und bedeute nicht Macht, sondern, Verantwortung zu teilen.



Bader: Föderalismus muss gelebt und weiterentwickelt werden

Die Ergebnisse der Länderkonferenz hätten für ihn das Fundament der Republik gelegt, erklärte der ehemalige Bundesratspräsident Karl Bader. Österreich habe damals beweisen müssen, dass der Aufbau eines demokratischen föderalistischen Staates gelingen kann. Die Länderkonferenz sei Ausdruck des Gedankens gewesen, dass die Bundesländer bei den großen Fragen des Wiederaufbaus und der Neuordnung des Staates maßgeblich beteiligt werden sollen. Dabei sei allen Beteiligten bewusst gewesen, dass nur durch Zusammenarbeit die auf dem Spiel stehende Einheit Österreichs dauerhaft sichergestellt werden könne. Zu dem Ergebnis der Länderkonferenz habe der Wille zum Konsens, zum Zuhören

und zum Überwinden von Gegensätzen beigetragen. Dieses Vertrauen in die gemeinsame Kraft wäre auch heute für die Bewältigung der Herausforderungen wichtig, betonte Bader.

Der Föderalismus sei für ihn daher kein Auslaufmodell, sondern die Antwort für die Zukunft, fuhr Bader fort. Er sei das Fundament des Zusammenlebens, der wirtschaftlichen Stärke und des kulturellen Reichtums Österreichs. Der Föderalismus dürfe aber kein starres Prinzip sein, sondern müsse gelebt und ständig weiterentwickelt werden, um zukunftsfähig zu bleiben. Dazu sei es auch notwendig, Dinge zu hinterfragen und gegebenenfalls neu zu regeln. Hoffnung setze er hier in die von der Bundesregierung gestartete Reformpartnerschaft, betonte Bader. Dabei gelte es, ein Gleichgewicht zwischen Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung herzustellen.

Hiegelsberger: Wieder eine Gemeinschaft zu bilden, ist das Nobelste

„1945 galt es, geistige Sklaverei aufzubrechen und das Land nicht nur materiell, sondern auch geistig neu aufzubauen“, hob Max Hiegelsberger, oberösterreichischer Landtagspräsident und aktueller Vorsitzender der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten, hervor. Bei der Länderkonferenz hätten entsprechend viele Herausforderungen überwunden werden müssen und die Ergebnisse seien auf dem Weg zu einem wiedererstandenen Österreich maßgeblich gewesen. Dies sei dank der Verantwortung und des Willens der Vertreter der Bundesländer zur Zusammenarbeit über ideologische Gräben hinweg gelungen. Das solle heute als Vorbild dienen, sich für die Demokratie anzustrengen, Gemeinsames über Trennendes zu stellen und aus politisch Andersdenkenden keine Feindbilder zu machen. Aktuell würden aber Hass, Zwietracht,



Misstrauen, Spaltung, Falschinformationen und schnelle Scheinlösungen wieder an Stärke gewinnen, bedauerte Hiegelsberger. Etwas zu zerstören, gehe schnell, aber aus Feinden, Tätern und Opfern wieder eine Gemeinschaft zu bilden, sei wohl „das Nobelste“, was Menschen gemeinsam schaffen können.

Fotos:

(li. o.) Nationalratspräsident
Walter Rosenkranz

(li. u.) Bundesratspräsident a. D. Karl Bader

(re.) Oberösterreichischer Landtags-
präsident und aktueller Vorsitzender der
Konferenz der Landtagspräsidentinnen
und -präsidenten Max Hiegelsberger

Traditionelle Weihnachtsbaum- übergabe in der Säulenhalle

Am 21. November 2025 fand in der Säulenhalle die traditionelle Übergabe des Weihnachtsbaums sowie des Adventkranzes statt. In diesem Jahr widmete die Marktgemeinde Gössendorf dem Parlament den Weihnachtsbaum.

Bundesratspräsident Peter Samt übergab den festlich geschmückten Baum aus seiner Heimatgemeinde im Beisein des Nationalratspräsidenten Walter Rosenkranz und der Dritten Nationalratspräsidentin Doris Bures an das Hohe Haus.

Anschließend überreichte die Direktorin der Diakonie Österreich Maria Moser den beiden Präsidien den Adventkranz der Diakonie. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch den von der Nationalratsabgeordneten Fiona Fiedler initiierten Parlamentschor unter der Leitung von Thomas Dolezal.



Fotos:

(li., v. li.) Bundesratspräsident Peter Samt und der Gössendorfer Bürgermeister Gerald Wonner
(re.) Parlamentschor unter der Leitung von Thomas Dolezal

Anerkennung des Ehrenamts

Kurz vor Weihnachten luden Nationalratspräsident Walter Rosenkranz und Bundesratspräsident Peter Santl in Kooperation mit dem Österreichischen Blasmusikverband zum Weihnachtskonzert in den Bundesversammlungssaal.

In seinen Eröffnungsworten dankte Nationalratspräsident Walter Rosenkranz allen Ehrenamtlichen in Österreich, die jeden Tag im Jahr – auch zu Weihnachten – „Hunderttausende Stunden“ im Dienste der Allgemeinheit leisten würden. Dieses Ausmaß an Bereitschaft zur ehrenamtlichen Tätigkeit sei ein „österreichisches Spezifikum“, lobte auch Bundesratspräsident Santl.

Das Konzert spielte der Österreichische Blasmusikverband, den Gesang übernahm Anna Widmer, Günther Kleidosty dirigierte. Hauptstück des Konzerts war eine musikalische Collage samt multimedialer Aufbereitung von Arrangements und Kompositionen aus den Anfängen der Bläsermusik im Burgenland, die bis ins 8. Jh. v. Chr. zurückreichen.



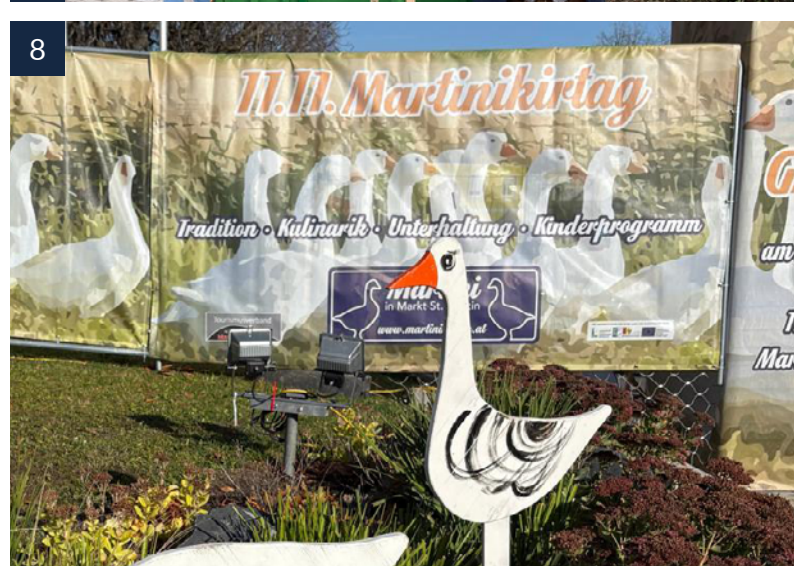
Gelebtes Brauchtum

Im Zuge seiner Präsidentschaft besuchte Bundesratspräsident Peter Samt Brauchtumsveranstaltungen in allen Bundesländern.

Besuchte Veranstaltungen (Auswahl)

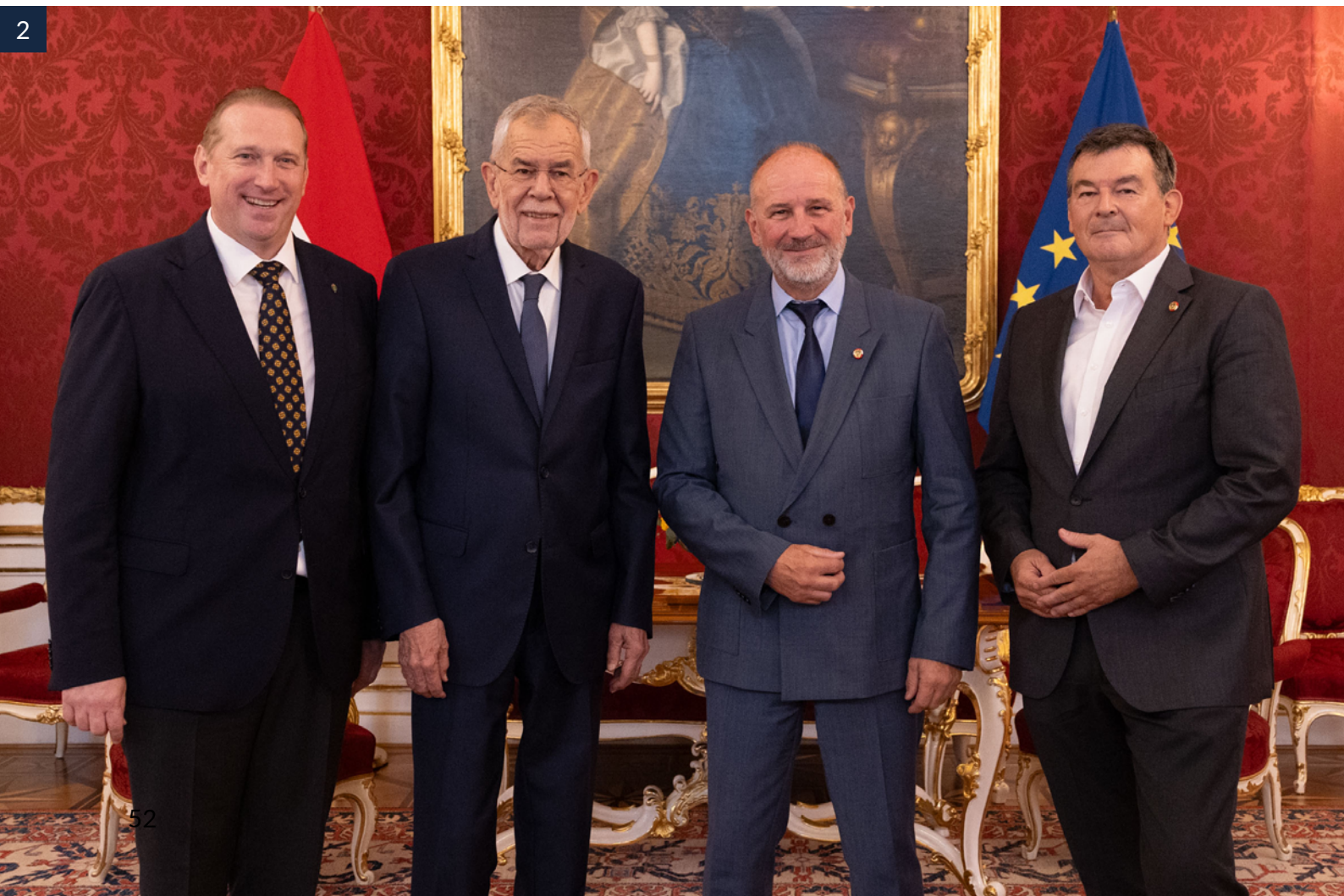
1. Altausseer Kirtag
2. Aufsteirern in Graz
3. Erntedankfest am Wiener Heldenplatz
4. Besuch bei Harmonikabauer Jamnik
5. Herbstmesse in Dornbirn
6. Lammertaler HeuART-Fest in Annaberg
7. Marillenfest in Spitz an der Donau
8. Martiniloben in Markt St. Martin im Burgenland
9. Villacher Kirchtag
10. Krampusspiele in Bad Mitterndorf
11. Internationales Traktorrennen in Reingers





Austausch über die Ländergrenzen hinweg: Der vernetzte Bundesrat

Mit dem Ziel, das Netzwerk des Bundesrates weiter zu stärken, pflegte Bundesratspräsident Peter Samt regen Austausch mit österreichischen und internationalen Politikerinnen und Politikern.





Bundesrat in Tirol und Südtirol

Am 19. November 2025 war Bundesratspräsident Samt zu Gast im Tiroler Landtag. In seiner Rede ging er insbesondere auf das Thema der Enquete des Bundesrates ein. Er sprach über Landschafts-, Natur- und Umweltschutz im Spannungsfeld von Bodennutzung, Bodenverbrauch und Energiegewinnung.

Am 20. November 2025 besuchte Samt den Präsidenten des Südtiroler Landtags Arnold Schuler in Bozen. Dabei konnten Einblicke in die Südtiroler Politik gewonnen werden.

Bundesrat im Bundesland

Im Rahmen von „Bundesrat im Bundesland“ wurde am 6. Oktober 2025 eine Delegation des Bundesrates im steirischen Landtag begrüßt. Landtagspräsident Gerald Deutschmann hieß die Mandatarinnen und Mandatare im historischen Landhaushof willkommen.

Vernetzter Bundesrat

Bundesratspräsident Samt empfing zahlreiche Botschafterinnen und Botschafter in seinen Amtsräumen und war bei diversen Botschaftsempfängen eingeladen. So waren etwa der ukrainische Botschafter Wassyl Chymynez, die ungarische Botschafterin Edit Szilágyiné Bátorfi, der italienische Botschafter Giovanni Pugliese, der kroatische Botschafter Daniel

Fotos:

1. Bundesratspräsident Peter Samt mit dem steirischen Landeshauptmann Mario Kunasek
2. (v. li.) Bundesratsvizepräsident Günther Ruprecht, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesratspräsident Peter Samt, Bundesratsvizepräsident Michael Wanner
3. Bundesrat im Bundesland: Delegation des Bundesrates im steirischen Landtag

Glunčić sowie der japanische Kiminori Iwama zu Besuch im Büro des Bundesratspräsidenten. Nach einem ersten Gesprächsaustausch am Rande der IPU-Konferenz in Genf fand außerdem ein zweites Treffen mit der mexikanischen Senatorin Cynthia López Castro in Wien statt. Zudem besuchte Bundesratspräsident Samt die Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten in Geinberg und das Staatsbankett

des Bundespräsidenten zu Ehren des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Weitere Rahmenpunkte seiner Präsidentschaft waren die Eröffnung von Parlament on Tour in Leibnitz, die Angelobung der österreichischen Rekrutinnen und Rekruten am Wiener Heldenplatz, der Empfang des Kinderrechteausschusses in Graz und zuletzt die feierliche Eröffnung der Koralmbahn.





Fotos:

4. Bundesratspräsident Peter Samt mit dem ukrainischen Botschafter Wassyl Chymynez
5. Bundesratspräsident Peter Samt mit der ungarischen Botschafterin Edit Szilágyiné Bátorfi
6. Bundesratspräsident Peter Samt mit dem kroatischen Botschafter Daniel Glunčić
7. Bundesratspräsident Peter Samt mit dem japanischen Botschafter Kiminori Iwama
8. Bundesratspräsident Peter Samt mit der mexikanischen Senatorin Cynthia López Castro und dem mexikanischen Botschafter José Antonio Zabalgoitia Trejo
9. Bundesratspräsident Peter Samt mit dem italienischen Botschafter Giovanni Pugliese
10. Bundesratspräsident Peter Samt bei der Auszeichnung der Zivildiennerinnen und Zivildienstler des Jahres, im Bild mit der Bundesministerin für Europa, Integration und Familie Claudia Bauer (3. v. li.) und den Auszeichnungsträgerinnen und -trägern
11. Bundesratspräsident Peter Samt mit dem Präsidenten des Südtiroler Landtags Arnold Schuler
12. Bundesratspräsident Peter Samt mit der Schweizer Nationalratspräsidentin a. D. Maja Riniker, Bundespräsident a. D. Heinz Fischer und Nationalratspräsident Walter Rosenkranz (v. li.) beim Symposium anlässlich 70 Jahre Neutralitätsgesetz am 20. Oktober 2025 im Parlament
13. Bundesratspräsident Peter Samt im Tiroler Landtag



Delegationsreise des Bundesrates nach Japan

Von 24. bis 27. November 2025 besuchte Bundesratspräsident Peter Samt in Begleitung der Vizepräsidenten Günther Ruprecht und Michael Wanner sowie weiterer Mitglieder des Bundesrates Japan, um die parlamentarischen Beziehungen zwischen Österreich und Japan weiter zu vertiefen.

Auf Einladung des Präsidenten des japanischen Oberhauses Masakazu Sekiguchi reisten Bundesratspräsident Samt, die beiden Vizepräsidenten des Bundesrates sowie die Fraktionsvorsitzenden von 24. bis 27. November 2025 nach Tokio und Kyoto. Ziel war es, den parlamentarischen Dialog weiter auszubauen.

Die Delegation führte Gespräche mit dem Präsidenten des Oberhauses Masakazu Sekiguchi sowie mit der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich-Japan.

Ein weiterer Programmpunkt war das Treffen mit dem japanischen Wirtschaftsminister Minoru Kiuchi. Mit ihm tauschten sich die Delegationsmitglieder über aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklungen aus.

Bundesrat zu Gast im japanischen Parlament

Zu den besonderen Höhepunkten der Reise zählte der Besuch des japanischen Parlaments. Dort führte die Delegation Gespräche mit dem Präsidenten des Oberhauses Masakazu Sekiguchi über die Zusammenarbeit beider Länder und die Rolle parlamentarischer Institutionen in einer sich wandelnden Welt. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Vizepräsidenten des Oberhauses Tetsuro Fukuyama im Namen des Bundesrates die offizielle Einladung zu einem Besuch in Wien überreicht.

Neben den politischen Terminen bot die Reise auch die Möglichkeit, Japan aus kultureller und gesellschaftlicher Perspektive kennenzulernen und Einblicke in die Traditionen des Landes zu bekommen. Mehrere Tempelbesuche ermöglichten ein unmittelbares Erleben der japanischen Kultur.

Einblicke in die Weitergabe von Traditionen an kommende Generationen

In Kyoto besuchte die Delegation die Agentur für kulturelle Angelegenheiten, wo sie umfassende Einblicke in die japanischen Bemühungen zur Erhaltung und Pflege immaterieller Kulturgüter erhielt – ein Thema, das in beiden Ländern einen hohen Stellenwert hat. Besonders beeindruckt zeigte sich die Delegation von Maßnahmen, mit denen der Erhalt tradi-



tioneller regionaler Feste und volkstümlicher darstellender Künste für die kommenden Generationen gefördert werden soll.

Auf dem Programm standen zudem Besuche des Testzentrums des österreichischen Mobilitätstechnologieunternehmens AVL in Kawasaki und der japanischen Niederlassung der Grazer Traditionsbäckerei Hofbäckerei Edegger-Tax in Kyoto, einem Beispiel für kulturelle und unternehmerische Verbundenheit zwischen Österreich und Japan.

Fotos:

(oben) Besuch im japanischen Parlament, Gruppenfoto mit der österreichischen Botschafterin in Japan Sigrid Berka (4. v. li.), dem Präsidenten des japanischen Oberhauses Masakazu Sekiguchi (5. v. li.) und dem Vizepräsidenten des Oberhauses Tetsuro Fukuyama (3. v. re.)

(unten) Besuch beim japanischen Wirtschaftsminister Minoru Kiuchi

Bundesratspräsident Peter Samt in Ungarn

Am 28. und 29. Oktober 2025 befand sich Bundesratspräsident Peter Samt auf Staatsbesuch in Budapest. Er führte dort mehrere Arbeitsgespräche, unter anderem mit dem Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung László Kövér.

Bei einem Besuch in Ungarn führte Bundesratspräsident Samt Arbeitsgespräche mit dem Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung László Kövér, dem Staatssekretär für Energie Attila Steiner, dem Regierungsbeauftragten für künstliche Intelligenz des Ministeriums für Energie László Palkovics, dem Minister für Kultur und Innovation

Balázs Hankó und dem Vorsitzenden der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Österreich-Ungarn Imre Vejkey. Zudem stand eine Besichtigung des Werks der ungarischen Produktionsgesellschaft des Elektrofahrzeugherstellers BYD, der auch auf dem österreichischen Markt präsent ist, auf dem Programm.

Die bilateralen Beziehungen mit Ungarn seien auf vielen Ebenen sehr eng, betonte Samt, und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, diese „gute Tradition“ mit seinem Besuch fortsetzen zu können. „Österreich und Ungarn teilen eine lange gemeinsame Geschichte und damit auch eine über viele Generationen mit- und nebeneinander gewachsene Kultur mit klaren Werten und Traditionen, die unsere Gesellschaften prägen und die wir selbstbewusst vertreten“, erklärte Samt. In den Arbeitsgesprächen hob Samt auch die engen Wirtschaftsbeziehungen mit Ungarn hervor.



Austausch über Demokratiebildung mit Schweizer Ständeratspräsident

Am 12. November 2025 empfing Bundesratspräsident Peter Samt den Präsidenten des Schweizer Ständerats Andrea Caroni im Parlament. Dabei standen die Angebote des Parlaments für Demokratiebildung und insbesondere das Besucherzentrum im Mittelpunkt.

Bei einem Rundgang durch das Parlament und im Rahmen eines anschließenden Gesprächs informierte sich Ständeratspräsident Andrea Caroni gemeinsam mit seiner Delegation über die Umsetzung von Besuchsangeboten und die Öffnung des Parlaments für Besucherinnen und Besucher. In der Schweiz gebe es Bestrebungen, ein ebensolches Besucherinformationszentrum einzurichten, und aktuell werde eine Machbarkeitsstudie als Entscheidungsbasis erstellt, erläuterte er.

Bundesratspräsident Peter Samt erklärte, dass mit den Demokratiebildungsangeboten breite Zielgruppen fast jeden Alters aus ganz Österreich angesprochen würden und dass diese insgesamt sehr gut angenommen würden. Die beiden Gesprächspartner zeigten sich beeindruckt von der hohen Zahl an Besucherinnen und Besuchern seit der Wiedereröffnung des

Parlaments 2023. Der Kontakt zwischen Politik und Menschen sei dabei besonders wichtig, betonte Samt. So habe er in Gesprächen die Erfahrung gemacht, dass die Jugend „alles andere als demokratie- und politikverdrossen“ sei. Caroni interessierte sich auch für die interaktive Gestaltung der Ausstellungen und für die mit einer Öffnung verbundenen Sicherheitsaspekte.

Im Gespräch hob Samt die Bedeutung der Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher Ebene hervor.



Fotos:

(li.) Bundesratspräsident Peter Samt mit dem Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung László Kövér

(re.) Bundesratspräsident Peter Samt mit dem Präsidenten des Schweizer Ständerats Andrea Caroni

Abschiedsrede und Vorsitzübergabe an Tirol

Am 18. Dezember 2025 hielt Bundesratspräsident Peter Samt seine Abschiedsrede in der Länderkammer, bevor er das Amt an seinen Nachfolger Markus Stotter übergab. In seiner Rede fasste Peter Samt die Höhepunkte seiner Präsidentschaft zusammen und regte zum Nachdenken über den halbjährlichen Wechsel des Vorsitzes im Bundesrat an.

Rückblickend berichtete Bundesratspräsident Samt von den zahlreichen offiziellen Terminen in seiner Amtszeit. Dabei rief er die Gedenkveranstaltung für Roma und Sinti am Heldenort und die feierliche Eröffnung der Koralmbahn ins Gedächtnis. Ein wenig überrascht habe ihn die internationale Dimension der Präsidentschaft, so Samt. So habe er gleich zu Beginn an der IPU-Konferenz in Genf teilgenommen und unter anderem zahlreiche Botschafter und Amtsträger anderer Länder in seinen Amtsräumen empfangen.

Der Föderalismus sei einer der Grundpfeiler der Republik, hielt Samt fest, genauso wie das Zweikammersystem aus Nationalrat und Bundesrat, eine Struktur, die auf 80 Jahre Erfolgsgeschichte zurückblicke. Dieses Prinzip

stehe für das Miteinander und den Interessenausgleich. Was die Außenwahrnehmung des Bundesrates betreffe, ortete Samt ein kleines Manko durch den halbjährlich wechselnden Vorsitz. Durch diesen ständigen Wechsel habe der Bundesrat keine Möglichkeit, ein „Gesicht“, eine „Stimme“ oder eine „Identifikationsfigur“ für die Öffentlichkeit zu generieren. Samt regte an, darüber nachzudenken, ob dieser Modus der Bestellung in Stein gemeißelt sei. Das Image und die Außenwirkung des Bundesrates würden aus seiner Sicht profitieren, wenn die



Menschen auch ein Bild der Länderkammer im Kopf hätten.

Samt brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass noch immer nicht jede Sitzung der Länderkammer im Fernsehen übertragen werde. Nach der Kritik seiner Vorgängerin Andrea Eder-Gitschthaler gebe es nun sechs bis sieben Übertragungen pro Jahr – bis zu einer gewissen Uhrzeit. Das sei aber weit davon entfernt, alle Bundesratssitzungen in voller Länge zu zeigen. Samt meinte dazu, man werde in dieser Sache nicht lockerlassen.

Enquete zum Spannungsfeld Bodennutzung und Energiegewinnung

Im Rahmen des für seinen Vorsitz gewählten Mottos „Brauchtum leben, Traditionen bewahren, Generationen verbinden“ habe er

„Der Föderalismus ist einer der Grundpfeiler der Republik, genauso wie das Zweikammersystem, das wir mit dem National- und Bundesrat aktiv mit Leben erfüllen.“

Bundesratspräsident Peter Samt

zahlreiche Brauchtumsveranstaltungen in allen Bundesländern besuchen können, so Samt. Er blickte auch auf die parlamentarische Enquete zum Thema „Landschafts-, Natur- und Umweltschutz im Spannungsfeld von Bodennutzung, Bodenverbrauch und Energiegewinnung“ zurück. Die Enquete habe die Wichtigkeit des Themas aufgezeigt, aber auch die Gegensätze und Ungereimtheiten zwischen Naturschutzgesetzgebung und den Zielen und Vorgaben für die erneuerbare Energie, befand er. Die Politik sei gefordert, sich mit diesen Fragen weiterhin intensiv auseinanderzusetzen. Das brauche eine Diskussion, und dabei müssten auch kritische Betrachtungen zulässig sein, zeigte sich Samt überzeugt.



Hinweis:

Sitzungen des Nationalrates und des Bundesrates können auch via Livestream mitverfolgt werden und sind als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar.







Tiroler Präsidentschaft 1. Halbjahr 2026

Tiroler Vorsitz: Zukunftsfähige, digital vernetzte Regionen

Am 1. Jänner 2026 übernahm der Tiroler Markus Stotter von seinem Vorgänger Peter Samt den Vorsitz in der Länderkammer. In seiner Antrittsrede hob er die Bedeutung der Regionen als „Kraftquellen“ Österreichs hervor und leitete damit den Schwerpunkt ein, unter den er seine Präsidentschaft gestellt hatte.

Der Tiroler Bundesratspräsident Markus Stotter legte zu Beginn der Bundesratssitzung am 5. Februar 2026 in seiner Antrittsrede die Schwerpunkte seiner Vorsitzführung im ersten Halbjahr 2026 dar. Er stellte seine Präsidentschaft unter das Motto „Starke Regionen: digital. engagiert. zukunftsorientiert.“ Österreich lebe von seiner föderalen Vielfalt und die Regionen seien die Kraftquellen, hielt Stotter fest. Starke Gemeinden, starke Städte und starke Regionen seien die Basis für sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und demokratische Stabilität. Starke Regionen würden dort entstehen, „wo Digitalisierung sinnvoll eingesetzt wird, wo sich Menschen engagieren und wo Politik Verantwortung übernimmt“, zeigte sich der Bundesratspräsident überzeugt. Er werde sich dafür einsetzen, dass der Bundesrat eine starke Stimme der Regio-

nen bleibe, denn „Demokratie muss von unten wachsen“, so Stotter.

Angesichts globaler Krisen, komplexer Herausforderungen und hoher Erwartungen an staatliche Leistungsfähigkeit werde vermehrt der Ruf nach mehr Zentralisierung laut, sagte Stotter weiter. Diese Debatte sei legitim und notwendig, dürfe aber nicht verkürzt geführt werden. Es sollte nicht ein einfaches Mehr an Zentralismus sein, sondern ein besser abgestimmtes, effizienteres Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen. „Nicht Zentralisierung, sondern Kooperation ist der Schlüssel“, bekräftigte der Bundesratspräsident.

Zukunftsfähigkeit und digital vernetzte Regionen

Auch auf das Thema Zukunftsfähigkeit ging Bundesratspräsident Stotter ein: Zukunftsfähigkeit bedeute auch, die Jugend ernst zu nehmen. Ein zentrales Thema seiner Präsidentschaft sei daher die aktive Einbindung junger Menschen. Zudem seien gut gestaltete, widerstandsfähige und digital vernetzte Regionen die Grundlage dafür, dass junge Menschen auch künftig attraktive Lebens- und Arbeitsräume vorfinden. Die Aufgabe sei es, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen junge Menschen sagen können: „Hier hat meine Zukunft Platz!“ Auch das Ehrenamt spiele eine zentrale Rolle in der Zukunftsfähigkeit des Landes, so der Bundesratspräsident. Eng verbunden mit der Zukunftsfähigkeit sei außerdem der

Ausbau digitaler Strukturen. Gerade die Regionen würden davon profitieren, wenn Digitalisierung nicht zentralistisch gedacht, sondern gemeinsam gestaltet werde.

Parlamentarische Enquete mit Themen wie Jugend und Ehrenamt

Ein zentrales Element des Tiroler Vorsitzes im Bundesrat werde eine parlamentarische Enquete sein, so Stotter. Die Themen dabei sollen Jugend, Ehrenamt, regionale Sicherheit sowie

die Aufgaben der Länder und Regionen umfassen. Das Ziel sei, den Austausch zwischen Politik, Wissenschaft, Praxis und engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu vertiefen. Ergänzend dazu werde ein Expertenforum unter dem Titel „Digitale Gemeinde 2035“ stattfinden. Dort werde diskutiert, welche Anforderungen moderne, digital unterstützte Kommunalstrukturen künftig erfüllen müssen. Denn digitale Gemeinden seien kein Zukunftsversprechen, so Stotter: „Sie sind ein Gestaltungsauftrag.“





Antrittsrede

Bundesratspräsident
Markus Stotter

„Digitale Gemeinden sind kein
Zukunftsversprechen, sie sind
ein Gestaltungsauftrag.“

Bundesratspräsident Markus Stotter

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Zuseherinnen und Zuseher hier im Saal und zu Hause vor den Endgeräten! Es ist mir eine große Ehre, in diesem Halbjahr den Vorsitz im Bundesrat für mein Heimatbundesland Tirol führen zu dürfen.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei allen Mandatarinnen und Mandataren des Tiroler Landtages für die Erstreihung bedanken und besonders auch bei unserem Landeshauptmann für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Dieses Vertrauen verstehe ich als Auftrag und als Verpflichtung.

Ebenso gilt mein aufrichtiger Dank meinem Vorgänger Peter Samt für seinen engagierten Einsatz im vergangenen Halbjahr. – Du hast das steirische Vorsitzhalbjahr unter das Motto „Brauchtum leben, Traditionen bewahren, Generationen verbinden“ gestellt; das ist ein Thema, das für unsere Regionen von großer Bedeutung ist. Auch die von dir initiierte Enquete zum Thema Landschafts-, Natur- und Umweltschutz hat zentrale Fragestellungen aufgegriffen, die uns auch in diesem Halbjahr begleiten werden. Lieber Peter, ein herzliches Dankeschön und Gratulation zu deiner Vorsitzführung.

Ich verstehe dieses Amt als Dienst, als Dienst an unserem föderalen System, an den Regionen und vor allem an den Menschen in unserem Land.

Der Vorsitz steht unter dem Motto „Starke Regionen: digital. engagiert. zukunftsorientiert.“ Dieses Motto ist kein bloßes Leitbild für ein halbes Jahr, es ist ein Anspruch an politisches Handeln und es ist ein klares Bekenntnis zur Stärke der föderalen Ebenen als Fundament unseres Staates. Die Regionen sind die Kraftquellen unseres Landes. Österreich lebt

von seiner föderalen Vielfalt: Starke Gemeinden, starke Städte, starke Regionen sind die Basis für sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und demokratische Stabilität. Dort erleben die Menschen Politik unmittelbar, dort entscheidet sich, ob Vertrauen entsteht oder verloren geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Demokratie muss von unten wachsen. Dieser Gedanke ist heute vielleicht aktueller denn je, denn Vertrauen in die Politik entsteht nicht durch Distanz, sondern durch Nähe, nicht durch anonyme Strukturen, sondern durch Verantwortung vor Ort.

Gleichzeitig erleben wir derzeit in Österreich eine intensive Debatte über die Weiterentwicklung unseres föderalen Systems. Angesichts globaler Krisen, komplexer Herausforderungen und hoher Erwartungen an staatliche Leistungsfähigkeit wird vermehrt der Ruf nach Zentralisierung laut. Diese Debatte ist legitim, sie ist notwendig, aber sie darf nicht verkürzt geführt werden. Föderalismus ist kein Selbstzweck, er ist ein Organisationsprinzip, das Nähe schafft, Verantwortung klar zuordnet und regionale Stärke ermöglicht. Die Antwort auf neue Herausforderungen kann daher nicht einfach sein: mehr Zentralismus!, sondern ein besser abgestimmtes, effizienteres Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen.

Genau in diesem Geist haben die Landeshauptleute von Tirol und Vorarlberg ein gemeinsames Papier zur Reformpartnerschaft zwischen Land und Bund vorgelegt. Dieses Papier ist ein wichtiges Signal: Es zeigt, Föderalismus heißt nicht Stillstand, Föderalismus heißt Reformbereitschaft.

Ziel dieser Reformpartnerschaft ist es, die staatlichen Organisationen effizienter zu

„Die Demokratie lebt davon, dass junge Menschen an sie glauben. Junge Menschen wollen Verantwortung übernehmen, sie wollen mitreden, mitentscheiden und mitgestalten.“

Bundesratspräsident Markus Stotter

gestalten, Doppelgleisigkeiten abzubauen, Zuständigkeiten klarer zuzuordnen und Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, ohne die Stärken der Regionen zu schwächen. Oder, um es mit einem Leitsatz zusammenzufassen: Nicht Zentralisierung, sondern Kooperation ist der Schlüssel.

Der Bundesrat ist genau jener Ort, an dem diese Reformpartnerschaft gelebt, diskutiert und weiterentwickelt werden kann. Als Länderkammer haben wir dabei eine besondere Verantwortung.

Wenn wir über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sprechen, dann müssen wir sagen, diese Zukunft beginnt nicht abstrakt in Strategiepapieren, sondern ganz konkret vor Ort: in den Gemeinden, in den Regionen, in den Ländern.

Zukunftsfähigkeit heißt auch, die Jugend ernst zu nehmen. Ein zentrales Thema meiner Präsidenschaft ist daher die aktive Einbindung junger Menschen. Die Jugend steht nicht am Rand politischer Prozesse, sondern im Zentrum künftiger Gestaltung.

Eine Demokratie lebt davon, dass junge Menschen an sie glauben. Junge Menschen wollen Verantwortung übernehmen, sie wollen mitreden, mitentscheiden und mitgestalten. Sie erwarten zu Recht, dass Politik ihnen

Perspektiven eröffnet, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt.

Gut gestaltete, widerstandsfähige und digital vernetzte Regionen sind die Grundlage dafür, dass junge Menschen auch künftig attraktive Lebens- und Arbeitsräume vorfinden. Ob Ausbildung, Arbeitsplatz, leistbares Wohnen, Mobilität oder Beteiligung: All das entscheidet darüber, ob junge Menschen bleiben, zurückkehren oder abwandern. Unsere Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, bei denen junge Menschen sagen können: Hier hat meine Zukunft Platz!

Auch das Ehrenamt spielt eine zentrale Rolle in der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ob Einsatzorganisationen im sozialen Bereich, im Kulturbereich, im Sport: Freiwilliges Engagement ist das Rückgrat unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es verdient Anerkennung, Unterstützung und zeitgemäße Rahmenbedingungen.

Die vergangenen Jahre haben uns vor Augen geführt: Krisen fordern uns, aber sie können auch Beschleuniger von Innovationen und Zusammenarbeit sein. Krisen sind oft der Moment, in dem Veränderung möglich wird.

Regionale Sicherheit bedeutet heute mehr als Einsatzkräfte und Zuständigkeiten, sie bedeutet Resilienz, die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen und handlungsfähig zu bleiben. Unser Anspruch muss daher sein, aus Erfahrungen zu lernen, Missstände laufend zu korrigieren, ohne ein negatives Gesamtbild zu zeichnen. Wir müssen den Menschen klar sagen, was Sache ist, aber wir dürfen keine Weltuntergangsszenarien entwerfen.

Eng verbunden mit der Zukunftsfähigkeit ist der Ausbau digitaler Strukturen. Digitale Infra-

struktur ist heute keine Zusatzleistung mehr, sie ist die Grundvoraussetzung für Chancengleichheit, Wettbewerbsfähigkeit und Teilhabe. Ob Verwaltung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Energie, Mobilität oder Sicherheit: Digitale Lösungen ermöglichen effizientere Abläufe, bessere Entscheidungen und neue Formen der Beteiligung. Dabei geht es nicht um Technik um ihrer selbst willen, es geht um Handlungsfähigkeit, es geht um Zugänglichkeit für alle Generationen und es geht um die digitale Souveränität auf regionaler Ebene. Gerade die Regionen profitieren davon, wenn Digitalisierung nicht zentralistisch gedacht, sondern gemeinsam gestaltet wird.

Ein zentrales Element des Tiroler Vorsitzes im Bundesrat ist eine parlamentarische Enquete zu den Themen Jugend, Ehrenamt, regionale Sicherheit sowie zu den Aufgaben der Länder und Regionen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen den Austausch zwischen Politik, Wissenschaft, Praxis und engagierten Bürgerinnen und Bürgern vertiefen – nicht übereinander reden, sondern miteinander, nicht Probleme verwalten, sondern Lösungen entwickeln, die unmittelbar den Regionen zugutekommen.

Ergänzend dazu findet ein Expertenforum zum Thema „Digitale Gemeinde 2035“ statt. Dort diskutieren wir, welche Anforderungen moderne, digital unterstützte Kommunalstrukturen künftig erfüllen müssen. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie werden Gemeinden technologiegestützt handlungsfähiger und wie eröffnen digitale Infrastrukturen neue Beteiligungsmöglichkeiten für alle Generationen, insbesondere für die Jugend? – Digitale Gemeinden sind kein Zukunftsversprechen, sie sind ein Gestaltungsauftrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade in herausfordernden Zeiten braucht unser

Parlament eine Kultur des Respekts. Unterschiedliche Positionen gehören zur Demokratie, aber der Ton macht den Unterschied; und ich spreche hier alle Parteien an. Unser gemeinsamer Auftrag ist größer als das Trennende und respektvoller Dialog keine Schwäche.

Österreich steht vor Herausforderungen – ohne Zweifel –, aber Österreich hat auch enorme Stärken: innovative Regionen, engagierte Menschen, leistungsfähige Gemeinden und ein starkes föderales System. Wir müssen Probleme benennen, aber lösungsorientiert handeln. Wir müssen reformieren, aber mit Zuversicht – oder um das Motto des Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, Anton Mattle, aufzugreifen: „Bergauf für Österreich“.

Dieses Motto ist kein Versprechen für einfache Wege. Es erinnert uns vielmehr daran, dass Fortschritt Anstrengung braucht, Orientierung erfordert und nur gelingt, wenn alle Ebenen des Staates zusammenwirken. Bergauf geht es nicht von selbst, aber es geht bergauf, wenn wir Verantwortung übernehmen, Kooperationen vor Zentralisierung stellen und gemeinsam an einer starken, zukunftsfähigen Republik arbeiten. Starke Regionen entstehen dort, wo Digitalisierung sinnvoll eingesetzt wird, wo sich Menschen engagieren und wo Politik Verantwortung übernimmt. Als Präsident des Bundesrates werde ich mich dafür einsetzen, dass dieses Haus eine starke Stimme der Regionen bleibt: digital, engagiert und zukunftsorientiert. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und freue mich auf eine konstruktive, respektvolle und zukunftsgerichtete Zusammenarbeit. – Herzlichen Dank.

Tiroler Landeshauptmann

Anton Mattle in der Länderkammer

Anlässlich des Vorsitzes des Landes Tirol in der Länderkammer des Parlaments gab Landeshauptmann Anton Mattle am 12. März 2026 eine Erklärung mit dem Titel „Bergauf für Österreich“ ab. Neben seiner Schwerpunktsetzung in der Landeshauptleutekonferenz ging es auch um die von den NEOS medial angestoßene Debatte über die Abschaffung des Bundesrates – für Mattle „reiner Populismus“.

Das Motto des Tiroler Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz, „Bergauf für Österreich“, verschränke sich mit den Schwerpunkten der Vorsitzführung im Bundesrat unter dem Titel „Starke Regionen: digital. engagiert. Zukunftsorientiert“, sagte Landeshauptmann Anton Mattle in seiner Rede in der Länderkammer. Genau diese Fähigkeiten brauche es, wenn es in Österreich aufwärts gehen soll. Bergauf zu gehen, bedeute Anstrengung und Durchhaltevermögen. Bergauf gehe es nur gemeinsam, nicht ohne die Bundesländer, so Mattle. Am Gipfel gelinge es, über den Tellerrand hinauszuschauen.

Mattle: „Bergauf geht es nur mit den Bundesländern“

Ohne den Bundesrat gäbe es kein föderales Korrektiv, sagte der Tiroler Landeshauptmann. Damit ging er auf die Forderung der NEOS ein, den Bundesrat abzuschaffen. Mattle wertete diese Forderung als „reinen Populismus“. Zweikammerparlamente seien fester Bestandteil zahlreicher repräsentativer Demokratien. Wer den Bundesrat abschaffen und dadurch die Bundesländer schwächen wolle, beschädige den Parlamentarismus und eine wertorientierte Demokratie, sagte er. Die Mehrheit der Bevölkerung stehe klar hinter der Struktur von Bund, Ländern und Gemeinden.

Als Schwerpunkte des Tiroler Vorsitzes in der Länderkammer nannte Mattle Wettbewerbsfähigkeit, Bürokratieabbau bzw. Prozessoptimierung und die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten, das Thema Ehrenamt, die Bewältigung von Klimakatastrophen, Medienpolitik sowie die Gemeinden. Erfolgreich sei Österreich dann, wenn mit gemeinsamer Stimme gesprochen und aufeinander zugegangen werde.

Stotter: Bundesrat wesentlicher Bestandteil des demokratischen Systems

Zuvor nahm auch Bundesratspräsident Markus Stotter zu der NEOS-Forderung Stellung. Er halte sie für höchst problematisch, immerhin erfülle der Bundesrat eine zentrale Aufgabe in der Republik Österreich. Er sei das einzige

Organ auf Bundesebene, das die Interessen der Bundesländer unmittelbar im Gesetzgebungsprozess repräsentiere. Die Bundesrätinnen und Bundesräte würden ihre Expertise früh dabei einbringen. Außerdem sei die Rolle wichtig für die Wahrung regionaler Interessen. Auch auf das umfassende Kontrollrecht gegenüber der Bundesregierung ging Stotter ein. Nicht zuletzt deswegen habe sich das Gremium als „Zukunftskammer“ etabliert, die langfristig Schwerpunktthemen setze, sagte er. Wer den Bundesrat – einen wesentlichen Bestandteil des demokratischen Systems – abschaffen wolle, schwäche nicht nur den Föderalismus sondern auch die Balance der gesamten Republik, so der Bundesratspräsident.

ÖVP, SPÖ und FPÖ unterstrichen Bedeutung des Bundesrates

In einer Zeit, die nach Klarheit, Tatkraft und einem neuen Miteinander verlange, übernehme Tirol Verantwortung für die gesamte Republik, betonte Bundesrat Christoph Stillebacher (ÖVP). Das von Tirol und Vorarlberg gemeinsam vorgelegte Konzept zur Reformpartnerschaft sah er als „großen Wurf“. Es fasse die Probleme an der Wurzel und sei eng mit dem neuen Stabilitätspakt verknüpft. Der Budgetpfad sei gelebte Generationengerechtigkeit, Reformen gebe es aber nicht zum Nulltarif, sagte er. Positiv strich er hervor, dass das Ehrenamt sowohl für den Vorsitzenden des Bundesrates als auch in der Landeshauptleutekonferenz ein Schwerpunktthema sei. Die NEOS-Vorstöße zur Abschaffung des Bundesrates und zur Zusammenlegung von Bundesländern wertete er als Frontalangriff auf die Identität Österreichs. Wer den Bundesrat abgeschafft sehen möchte, wolle den Bundesländern ihre Stimme nehmen, sagte Klara Neurauter (ÖVP). Zentralismus sei kein guter Ratgeber.

Der Bundesrat wirke als Länderkammer der Republik aktiv an der Bundesgesetzgebung mit und Sorge dafür, dass die Perspektive der Länder dabei nicht übergangen werde, sagte Bundesrat Daniel Schmid (SPÖ). Er sei nicht bloß ein „Einspruchsorgan“, sondern ein wesentlicher Bestandteil des föderalistischen Gleichgewichts zwischen Bund und Ländern und somit ein echter Schutzmechanismus bundesstaatlicher Ordnung. Die aktuelle Debatte über die Abschaffung des Bundesrates sei kein ernsthafter Reformbeitrag, sondern reinster Populismus zulasten einer wichtigen demokratischen Institution unserer Republik, sagte er in Richtung NEOS. Mattles Bergauf-Motto zeichne ein treffendes Bild, denn bergauf gehe es nur mit den Bundesländern, nicht gegen sie, meinte auch Schmid. Claudia Arpa (SPÖ) wies auf die Bedeutung des Kinderrechteausschusses hin, der nur in der Länderkammer verankert sei. Außerdem habe der Bundesrat die Möglichkeit, Themen zu setzen und die Bundesländer so gut nach außen vertreten zu können.

Bundesrätin Irene Partl (FPÖ) bezeichnete Mattle als „Landeshauptmann der Ankündigungen“. Den Tirolerinnen und Tirolern würde auffallen, dass zwischen seinen Worten und der Realität Täler liegen, meinte sie. Seit Jahrzehnten höre man dieselben Versprechen, die Reformpartnerschaft sei ihr zufolge aber ein „Kompetenzwirrwarr“. Das sei nicht der Föderalismus, den man brauche. Zu den ungelösten Problemen in ihrem Bundesland zählte Partl den Ausbau erneuerbarer Energien „mit Hausverstand“, die Einheimischentarife sowie den Transitverkehr. Angesichts der „Ungeheuerlichkeiten“ der NEOS sei es das Gebot der Stunde, den Bundesrat aufzuwerten, meinte Peter Samt. Das Zweikammersystem Österreichs sei „eine 80-jährige Erfolgsgeschichte“.

NEOS-Bundesrätin sieht Reformbedarf

Die NEOS forderten die Abschaffung des Bundesrates bereits seit ihrer Gründung, stellte Julia Deutsch (NEOS) klar. Die Frage nach dem Mehrwert sei ihrer Meinung nach zu stellen, da die Kompetenzen des Bundesrates sehr begrenzt seien. In den meisten Fällen könnten Gesetzesbeschlüsse nur aufgeschoben werden. Ein absolutes Veto sei seit dem Jahr 2000 nur zweimal getätigt worden. Der Bundesrat würde eher die Fraktionsinteressen vertreten, während die Länderinteressen faktisch eine untergeordnete Rolle spielten, meinte sie ferner. Die reale politische Macht liege in der Landeshauptleutekonferenz, einem informellen Gremium, das großen Einfluss habe, ohne in der Verfassung verankert zu sein. Ob es den Bundesrat brauche, sei ihrer Meinung nach keine respektlose, sondern eine demokratische Frage. Der Bundesrat sei reformbedürftig, sagte das einzige NEOS-Mitglied in der Länderkammer zusammenfassend. Außerdem ging Deutsch auf das Bildungssystem und den Stellenabbau in Tirols Pflichtschulen ein. Die Schulen bräuchten Stabilität und Planungssicherheit, forderte sie.

In einem föderalistisch organisiertem Staat sollten Reformen zu einem Gremium, das „bald zum tausendsten Mal tagt“, natürlich diskutiert werden können, meinte Claudia Hauschildt-Buschberger (Grüne). Grundsätzlich brauche Österreich aber einen Bundesrat, sagte sie. Tirol lebe von einer einzigartigen Landschaft und Tourismus, sei aber gleichzeitig stark durch Transitverkehr belastet. Das sei nicht nur ein Infrastrukturthema, sondern auch eine Frage von Lebensqualität, Gesundheit und Naturschutz. Bei dieser Problematik sah sie die Bundesregierung gefordert. Konkret forderte sie die Abschaffung des Dieselpriivs, die

konsequente Verlagerung auf die Schiene sowie europäische Zusammenarbeit entlang des gesamten Brennerkorridors.

Tirol-Abend anlässlich des Vorsitz- wechsels in der Länderkammer

Von Fanfarenklängen und Salven begleitet wurde am Vorabend von Mattles Ansprache die Fahne des Bundeslandes Tirol am Parlamentsdach gehisst. Anlässlich des Vorsitzwechsels in der Länderkammer hatte Bundesratspräsident Stotter gemeinsam mit Mattle zu einer Veranstaltung im Parlament eingeladen. Nach den Auftritten der Musikkapelle und der Schützenkompanie aus Oberlienz am Vorplatz des Hohen Hauses wurde der Tirol-Abend, an dem zahlreiche Ehrengäste teilnahmen, in der Säulenhalle fortgesetzt.

Stotter: Regionen sind Fundament des politischen Systems

Die Aufgabe, den Vorsitz im Bundesrat zu führen, verstehe er nicht als repräsentative Funktion allein, sondern als Verpflichtung, vor allem gegenüber den Menschen in den Regionen, unterstrich Markus Stotter in seinen Eröffnungsworten zum Tirol-Abend. Der Leitgedanke seiner Präsidentschaft solle zum Ausdruck bringen, dass insbesondere jene Themen im Mittelpunkt stehen, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes entscheidend seien – allen voran die aktive Einbindung junger Menschen und der Ausbau digitaler Strukturen. Weitere unverzichtbare Pfeiler seien das Ehrenamt sowie die Digitalisierung, die gerade für ländliche Räume enorme Möglichkeiten eröffne.

Österreich verdanke seine Stabilität, seine wirtschaftliche Stärke und seine gesellschaftliche Vielfalt maßgeblich seinem föderalen Aufbau, urteilte Stotter. Die Regionen seien nicht

der Rand des politischen Systems, sondern das Fundament. Dies komme auch in der Initiative der Landeshauptleute von Tirol und Vorarlberg zum Ausdruck, die gemeinsam ein Konzept zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern vorgelegt hätten. Für Stotter gehe davon das klare Signal aus, dass Föderalismus nicht Stillstand bedeute, sondern Reformbereitschaft. Für ihn liege die Zukunft des Staates jedenfalls nicht in mehr Zentralisierung, sondern „in kluger Kooperation“.

Fotos:

Tirol-Abend mit traditioneller Flaggenhissung

(li. u.) Tiroler Landeshauptmann
Anton Mattle (li.) bei seiner Ansprache



Jugend im Fokus: Buchpräsentation „Ben und die Demokratie“

Mit „Ben und die Demokratie“ brachte das Parlament im Jänner 2026 ein neues Erklärbuch für junge Leserinnen und Leser der Sekundarstufe 1 heraus. Am 20. Jänner 2026 wurde das Buch im Parlament präsentiert. Bundesratspräsident Markus Stotter sprach im Rahmen einer Podiumsdiskussion über seine Erfahrungen als Klassensprecher und hob die Bedeutung von Demokratiebildung für junge Menschen hervor.



Was ist Demokratie? Wer arbeitet in einem Parlament? Wie entsteht ein Gesetz? Diese und weitere Fragen werden in „Ben und die Demokratie“ behandelt. Die Publikation ist eine Eigenproduktion der Parlamentsdirektion und erweitert das Demokratiebildungsangebot des Hohen Hauses. Nationalratspräsident Walter Rosenkranz, die Dritte Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsident Markus Stotter präsentierten das Buch am 20. Jänner 2026 vor Schülerinnen und Schülern im Parlament. Die Buchpräsentation markierte den Auftakt für den Jahresschwerpunkt 2026 „teilhaben teilsein“, dem das Parlament

2026 eine Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten widmet.

Zu Beginn der Veranstaltung las die zwölfjährige Schülerin Charlotte ausgewählte Passagen aus „Ben und die Demokratie“. Leserinnen und Leser lernen darin eine Schulklasse rund um Ben, Adele, Isabel, Mario und Milan kennen. In der Rahmenhandlung erleben die Jugendlichen im Alltag immer wieder Situationen, in denen Fragen zu Demokratie und Parlamentarismus auftauchen. Erklärkapitel beantworten diese Fragen mit kurzen Texten und Grafiken.



Parlamentsspitze über Demokratie und Teilhabe

Über die Demokratie seien schon zahlreiche Bücher geschrieben worden, sagte Nationalratspräsident Walter Rosenkranz im anschließenden Gespräch mit der Dritten Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsident Markus Stotter unter der Moderation von Melanie Flicker, die aus dem ORF-Kinder- und Jugendfernsehen bekannt ist. Wichtig sei, dass sich Demokratie überall abspiele, auch etwa bei Wahlen zu Klassen-

Fotos:

(li.) Bundesratspräsident Markus Stotter zeigt das neue Jugendbuch „Ben und die Demokratie“

(re. o.) Schülerin Charlotte liest aus „Ben und die Demokratie“

(re. u.) Podiumsdiskussion mit der Dritten Nationalratspräsidentin Doris Bures, Nationalratspräsident Walter Rosenkranz und Bundesratspräsident Markus Stotter



oder Schulsprecherinnen bzw. -sprechern. Den anwesenden Schülerinnen und Schülern riet er, den Themen nachzugehen, die ihnen wichtig seien. Rosenkranz erläuterte auch, dass es neben den 183 Nationalratsabgeordneten und den 60 Bundesratsmitgliedern zahlreiche weitere Personen gebe, die im Parlament arbeiten. „Wenn alle Rädchen ineinandergreifen, funktioniert etwas so Großes wie Parlamentarismus und auch so etwas wie dieses tolle Buch“, so Rosenkranz.

„Wir müssen junge Menschen davon überzeugen, dass Demokratie die beste Form ist, in der man leben und gestalten kann.“

Bundesratspräsident Markus Stotter

Bundesratspräsident Markus Stotter erzählte, er habe als Klassensprecher zum ersten Mal gespürt, was es bedeute, sich für andere Menschen einzusetzen und ihren Alltag zu verbessern. Im Bundesrat vertrete er die Standpunkte der Regionen, erklärte er den Schülerinnen und Schülern. Weil die Zeiten und die Herausforderungen immer komplexer würden, könne man gar nicht früh genug mit Demokratiebildung anfangen, zeigte Stotter sich überzeugt. „Wir müssen junge Menschen davon überzeugen, dass Demokratie die beste Form ist, in der man leben und gestalten kann“, so der Bundesratspräsident.

Die Dritte Nationalratspräsidentin Doris Bures sprach über die Repräsentation. Es sei wichtig, dass die 183 gewählten Abgeordneten zum Nationalrat so vielfältig seien wie die Bevölkerung, die sie vertreten. Deshalb kämen im Parlament Menschen mit unterschiedlichen

Weltanschauungen zusammen. Demokratie bedeute aber auch, respektvoll miteinander umzugehen und andere Meinungen zu akzeptieren, betonte Bures. Ihr Rat an die Schülerinnen und Schülern lautete: „Wenn ihr wo mitbestimmen dürft, macht davon Gebrauch!“ Schließlich zähle in einer Demokratie jede Stimme.

Infobox:

Jahresschwerpunkt des Parlaments 2026

Unter dem Titel „teilhaben teilsein“ rückt das Parlament die gesellschaftspolitische Teilhabe von jungen Menschen im heurigen Jahr in den Mittelpunkt. Gesetze, die heute gemacht werden, wirken sich direkt und am längsten auf junge Menschen aus. Das Parlament möchte sich insbesondere ihnen weiter öffnen und Einblicke in den Gesetzgebungsprozess gewähren.



Mehr Informationen zum Jahresschwerpunkt 2026 finden Sie unter www.parlament.gv.at/jahresschwerpunkt

Fotos:

(oben) Bundesratspräsident Markus Stotter (1. v. li.) und Nationalratspräsident Walter Rosenkranz (1. v. re.) mit Teilnehmenden des Lehrlingsparlaments am 26. Mai 2026

(unten) Bundesratspräsident Markus Stotter mit Teilnehmenden der Demokratiewerkstatt am 7. April 2026

Welt ohne Barrieren: Zero Project Conference 2026

Zur Stärkung des Dialogs über Inklusion von Menschen mit Behinderungen fand am 17. Februar 2026 die Auftaktveranstaltung zur Zero Project Conference im Parlament statt. Dabei wurden preisgekrönte Projekte präsentiert. In seinen Schlussworten betonte Bundesratspräsident Markus Stotter, dass Inklusion bereits in den Gemeinden, Bezirken und Bundesländern beginne.

Bei der Auftaktveranstaltung zur Zero Project Conference präsentierten Nationalratsabgeordnete aller fünf Parlamentsparteien von ihnen von ihnen ausgewählte, preisgekrönte Innovationen, die zur Stärkung von Inklusion in Österreich beitragen können. Die Abgeordneten verpflichteten sich dazu, die von ihnen präsentierten Innovationen bei ihrer Umsetzung in Österreich bestmöglich zu unterstützen. Lesungen von Schauspielerinnen Maria Hofstätter und Schauspieler Gregor Seberg begleiteten die Vorstellung der Projekte.

Michael Fembeck, CEO von Zero Project, berichtete von knapp 600 Nominierungen aus knapp 100 Ländern in diesem Jahr für Zero Project. Daraus seien 75 Awardees sowie eine kleine Zusatzgruppe als Arts Awardees ausgewählt worden.

Inklusion von Menschen mit Lernschwierigkeiten

Eines der von den Nationalratsabgeordneten vorgestellten Projekte war ASI (Asistencia Sanitaria Integral), das Menschen mit Lernschwierigkeiten bei Krankenhausaufenthalten begleitet. Das Programm wurde von der NGO Fundación Personas in Spanien in Zusammenarbeit mit dem regionalen Gesundheitswesen entwickelt. Zu den zentralen Elementen gehören ID-Karten, automatische Meldungen, spezielle Protokolle, barrierefreie Unterlagen sowie Pflegekräfte als Fallverantwortliche.



KI-gestützte App ermöglicht Menschen zu kommunizieren

„Talk to Me, Goose!“ ist eine KI-gestützte Text-to-Speech-App, die von Mundell Designs, einem Start-up-Unternehmen aus Pennsylvania, entwickelt wurde. Die App wandelt Eingaben über Tastatur, Touchscreen, Sprache oder Hilfstasten in natürliche Sprache um. Damit wird es Menschen mit ALS oder anderen nonverbalen Beeinträchtigungen ermöglicht, unabhängig zu kommunizieren. Die Stimme sei wie ein Fingerabdruck, hielt David Betts (Mundell Designs) fest, und decke 31 Sprachen ab.

Besserer Zugang zur Gesundheitsversorgung

Ein weiteres Projekt, das von den Nationalratsabgeordneten vorgestellt wurde, geht auf die Europäische Plattform für Rehabilitation (EPR) aus Belgien zurück – ein europäisches Netzwerk von Dienstleistern für Menschen mit Behinderungen, das mehr als 30 Mitglieder in über 18 Ländern umfasst. 2022 startete EPR das Projekt „Equal Treatment“, um die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu verbessern.

App für nonverbale Notrufe

Zu den preisgekrönten Projekten zählt auch die aus Großbritannien stammende App TapSOS. Diese ermöglicht nonverbale Notrufe und nutzt dabei Technologien wie Live-GPS-Sharing und kryptografische Gesundheitsprofile. Entwickelt wurde TapSOS vom britischen Tech-Unternehmen Inclutech Ltd., das an Lösungen für die Krisenkommunikation mit Fokus auf Menschen mit Behinderungen und Hochrisikogruppen arbeitet.

Sprachtherapie-Tool mit Spielen und Musik für Kinder

Auch die in Montenegro entwickelte App „Sofi Sova“ wurde bei der Konferenz vorgestellt. Diese ist kosten- sowie werbefrei und unterstützt Kinder beim Spracherwerb. Entwickelt wurde sie vom Start-up Solutaria Doo. Bei dieser App handelt es sich um eine digitale Sprachtherapie in Form eines elektronischen Spiels für Kinder von drei bis neun Jahren. Sie trainiert Sprach- und Lesefähigkeiten mithilfe von Spielen und Musikmodulen und wurde gemeinsam mit Eltern und Fachleuten entwickelt. Derzeit ist die App in montenegrinischer Sprache erhältlich, Übersetzungen sollen folgen.

Stotter: „Inklusion ist kein urbanes Projekt“

In seinen Schlussworten betonte Bundesratspräsident Markus Stotter, dass Inklusion kein „urbanes Projekt“ sei, sondern „vor Ort“ in den Gemeinden, Bezirken und Bundesländern beginne. Er rief dazu auf, die Stimmen der Menschen mit Behinderungen nicht nur zu hören, sondern sie aktiv in Entscheidungen und Prozesse einzubeziehen. Eine inklusive Gesellschaft sei keine Vision für die Zukunft, sondern eine Aufgabe für das Hier und Jetzt, so Stotter.

Konferenz in der Wiener UNO-City

Zero Project ist eine Initiative der Essl Foundation, die sich für eine Welt ohne Barrieren einsetzt. An der diesjährigen Zero Project Conference von 18. bis 20. Februar 2026 in der Wiener UNO-City nahmen über 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus rund 100 Ländern teil. Im Fokus standen die Themen Barrierefreiheit, IT-Lösungen sowie Krisen- und Katastrophenmanagement.

Solidaritätsveranstaltung am Familienfasttag

Anlässlich des Familienfasttages der Katholischen Frauenbewegung Österreichs (kfbö) fand am 25. Februar 2026 im Parlament auf Einladung von Bundesratspräsident Markus Stotter eine Veranstaltung zu den Themen Partizipation und Solidarität mit Frauen im globalen Süden statt.

Die kfbö organisiert jedes Jahr in der Fastenzeit Benefizsuppenessen und unterstützt mit den Erlösen Frauenprojekte im globalen Süden. Modellprojekt 2026 war die Organisation

Seeds, die mit indigenen Frauen im Osten von Indien arbeitet.

Stotter: Verantwortung für eine gerechtere Welt übernehmen

Die Aktion Familienfasttag der Katholischen Frauenbewegung Österreichs und des Fördervereins „Teilen spendet Zukunft“ verbinde spirituelle Reflexion mit konkretem gesellschaftlichem Engagement, sagte Bundesratspräsident Markus Stotter in seinen Begrüßungsworten. Dieser Akt der Nächstenliebe fordere dazu heraus, Verantwortung für eine gerechtere Welt zu übernehmen. Gerade im Parlament, dem Ort der demokratischen Willensbildung, sei dieses Zeichen von besonderer Bedeutung – denn Politik und Zivilgesellschaft seien gemeinsam gefordert, soziale Gerechtig-





keit zu fördern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Leben in Würde ermöglichen, so Stotter.

Die kfbö-Vorsitzende Angelika Ritter-Grepl betonte, dass Teilhabe das Fundament einer Demokratie bilde, doch diese ungleich verteilt und zunehmend bedroht sei. Gleichberechtigung bedeute nicht, alle gleich zu behandeln, sondern Machtverhältnisse zu erkennen und Macht bewusst zu teilen.

Der Familienfasttag der kfbö unterstütze Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe, sagte Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner. Sie dankte der kfbö für ihr Engagement zur Stärkung der Teilhabe von Frauen und würdigte den Mut und Einsatz der kfbö, den es brauche, um patriarchale Machtstrukturen immer wieder zu hinterfragen.

Impulsvortrag und Expertinnen-Talk

In einem Impulsvortrag unter dem Titel „Mit Spannungen leben“ teilte Sozialethikerin Linda Kreuzer Gedanken zum politischen Engagement christlicher Frauen. Über Solidarität mit Frauen im globalen Süden diskutierten mit

Moderatorin Clivia Blümel in einem Expertinnengespräch First Lady Doris Schmidauer, Anna Raab (Verantwortliche für die Aktion Familienfasttag der kfbö), Eva Wallensteiner (Expertin für Projektarbeit und feministische Entwicklungszusammenarbeit) und Sara Soltani (Expertin für Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit). Nach den Schlussworten von Wilhelm Krautwaschl, Bischof der Diözese Graz-Seckau, servierten Schülerinnen und Schüler der Tourismusschulen Modul zwei von ihnen zubereitete Fastensuppen.

Fotos:

(links) Bundesratspräsident Markus Stotter bei seiner Begrüßungsrede

(rechts) Gruppenfoto: Bischof der Diözese Graz-Seckau Wilhelm Krautwaschl (5. v. li.), Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner (6. v. li.), Doris Schmidauer (Mitte), kfbö-Vorsitzende Angelika Ritter-Grepl (6. v. re.), Bundesratspräsident Markus Stotter (5. v. re.), Verantwortliche für die Aktion Familienfasttag der kfbö Anna Raab (4. v. re.), Expertinnen und Experten

Gedenkdienst als tragende Säule der Erinnerungskultur

Am 5. Mai 2026 erinnerte das Parlament mit einer Gedenkveranstaltung an den 5. Mai 1945, den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Nebenlager. Im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltung stand im Jahr 2026 der Gedenkdienst. Bundesratspräsident Markus Stotter hob die Bedeutung des Gedenkdienstes als „eine der wichtigsten tragenden Säulen der österreichischen Erinnerungsarbeit“ hervor.

Der 5. Mai 1945 war der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner Nebenlager. Aus Anlass dieses Datums erinnert das österreichische Parlament jedes Jahr an das dunkelste Kapitel der österreichischen Geschichte und setzt ein Zeichen der Erinnerung. Im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Bundesversammlungssaal des Parlaments, zu der die Präsidien des Nationalrates und des Bundesrates gemeinsam eingeladen hatten, stand im Jahr 2026 der Gedenkdienst.

Haubner: Erinnerung braucht Verantwortung und Haltung

Der Zweite Nationalratspräsident Peter Haubner stellte an den Beginn seiner Eröffnungsrede ein Zitat von Richard von Weizsäcker: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“ Angesichts eines neuen Höchststandes von antisemitischen Vorfällen sei diese Warnung höchst aktuell. Die Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde habe zuletzt 1.532 antisemitische Vorfälle in nur einem Jahr verzeichnet, mehr als vier pro Tag. Angesichts dieser Entwicklungen könne es keinen Schlussstrich unter die Erinnerung an das Leid der Opfer und die Schrecken des Nationalsozialismus geben.

Haubner erinnerte an Artikel 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.“ Dieser Satz sei das Fundament des gemeinsamen Europa. Würde sei jedoch kein Versprechen, das sich von alleine halte. Sie brauche Erinnerung, und Erinnerung brauche Haltung.

Der Nationalsozialismus habe die Opfer auslöschen wollen, als hätten sie nie existiert. Darum gebe es die moralische Verantwortung, diesen beispiellosen Zivilisationsbruch niemals zu relativieren, zu verharmlosen oder zu vergessen. Seit über dreißig Jahren trage der Nationalfonds der Republik Österreich dazu bei, die Erinnerung lebendig zu halten. Seine

Tätigkeit sei ein Zeichen einer klaren Haltung. Die Erinnerungsarbeit, die viele Menschen für den Nationalfonds leisteten, könne daher gar nicht genug geschätzt werden.

Schnabl Argent: Jeden Tag etwas Gutes tun

Hedi Schnabl Argent, die als Kind vor dem Nationalsozialismus aus Wien nach England flüchten musste, widmete ihre Gedenkrede ihren Eltern, Lisa and Dr. Max Schnabl. „Meine Mutter hat mir immer gesagt, dass es keine guten oder schlechten Menschen gibt – nur normale Menschen, die Schlechtes oder Gutes tun können – oder beides“, sagte sie. Die Rednerin erinnerte auch an die Maxime des Retters vieler jüdischer Kinder, Nicholas Winton: „Sei nicht zufrieden, nichts Schlechtes zu machen, schau, jeden Tag etwas Gutes zu tun.“ Am Tag der Erinnerung an sechs Millionen ermordete Jüdinnen und Juden und angesichts des wieder erstarkenden Antisemitismus in der Welt sei es vielleicht „der richtige Moment, auch vom Guten zu sprechen“.

In ihrer persönlichen Geschichte habe sie Gutes und Schlechtes erlebt. Im Jahr 1933, im Alter von vier Jahren, habe sie erfahren, dass es Antisemitismus gebe, „dass es Menschen gibt, die mich nicht mögen, weil ich Jüdin bin.“ Mit diesem Wissen sei sie aufgewachsen. Bereits ab dem ersten Schultag habe sie die Ausgrenzung der Klasse erlebt. Das habe sich erst geändert, als ein Mädchen namens Gerti sie am Spielplatz gefragt habe: „Willst du mit mir spielen?“ Gerti habe von ihrer Mutter gelernt, nicht das zu tun, was andere vorgeben, sondern zu tun, was sie richtig finde. Für Gerti wäre es einfacher gewesen, sich wie die anderen Kinder zu benehmen und so zu tun, als ob sie schlimme Dinge nicht bemerken würde. „Gerti und ihre Mutter waren Menschen, die Gutes tun“, sagte Schnabl Argent.

Der 13. März 1938 habe das Leben der Familie für immer geändert. Bereits am nächsten Tag sei sie von der Schule verwiesen worden. Innerhalb einer Woche sei die Kanzlei des Vaters von einem Nazianwalt übernommen und noch vor Ende des Monats die Familie aus ihrer Wohnung vertrieben worden. 17 Mitglieder ihrer Familie seien im Holocaust ermordet worden. Ihr Vater sei 1938 regelmäßig mitten in der Nacht aufgeweckt und im Schlafanzug auf die Straße gebracht worden, um Gehsteige und öffentliche Toiletten zu putzen. Sogar in dieser Zeit habe es kleine Zeichen von Menschlichkeit gegeben, einmal sogar von einem Mann in NS-Uniform, erinnerte sich Schnabl Argent. Nach einem Unfall habe eine christliche Freundin der Familie sie in einem Krankenhaus behandeln lassen, wo Jüdinnen und Juden nicht mehr zugelassen waren, und ihren Posten und eine harte Bestrafung riskiert.





Ihr Vater sei schließlich verhaftet worden, weil er einen Mann verteidigt habe, der beschuldigt war, einen gefälschten Pass zu haben. In den sechs Wochen der Haft habe ihn ein Wärter, der ihn als angesehenen Anwalt gekannt habe, vor der schlimmsten Behandlung geschützt und während des Novemberpogroms vom 9. auf 10. November 1938 sogar für zwei Tage in einem Kohlenkeller versteckt. Ihr Vater sei zurückgekommen, während die meisten seiner Freunde und Kollegen verschwunden seien. Am 17. Juli 1939 kam die Familie schließlich nach England. „Wir gehören zu den wenigen, die Glück gehabt haben“, betonte Schnabl Argent. Ihr Cousin Bubi, der wie ein großer Bruder für sie gewesen sei, seine Eltern und die Großmutter hätten kein solches Glück gehabt.

In den letzten Jahren habe sie auch Menschen kennengelernt, die ihr geholfen hätten, sich mit ihrem Vaterland zu versöhnen. Gemeinsam hätten sie einen Gedenkstein für Bubi am Friedhof in Wels aufgestellt. Er sei am 5. Mai 1945 aus Günskirchen befreit worden und am Tag darauf, zwei Monate vor seinem 17. Geburtstag, im Krankenhaus Wels gestorben. Auf seinem Gedenkstein stehe der Anfang eines Gedichts von Heinrich Heine: „Mein Kind, wir waren Kinder, zwei Kinder, klein und froh“.

Gedenkdienerinnen und Gedenkdiener berichten über Erfahrungen

Über die Bedeutung des Gedenkdienstes unterhielt sich der Vizedirektor des Museums Auschwitz-Birkenau Andrzej Kacorzuk mit ehemaligen Gedenkdienerinnen und Gedenkdienern. In dem Podiumsgespräch teilten sie ihren Erfahrungen.

Der Auslandsdiener des Jahres 2025 Noah Elias Jakovljević absolvierte seinen Gedenkdienst in Portugal, wo er eine Ausstellung über Simon Wiesenthal kuratierte. Gregor Ribarov erzählte von Begegnungen im Rahmen einer Wanderausstellung über Anne Frank in Deutschland. Um gegen das Vergessen zu arbeiten und junge Menschen zu erreichen, müssten sie mit Fakten konfrontiert werden, meinte Jakovljević. Insbesondere, da persönliche Begegnungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen immer seltener würden, sei es wichtig, Geschichten weiterzuerzählen bzw. mit aufgeschriebenen Geschichten weiterzuarbeiten, so Ribarov. Auch Museumsvizedirektor Andrzej Kacorzuk sah diesbezüglich neue Aufgaben. Im Museum Auschwitz-Birkenau werde nun vermehrt die emotionale und historische Bedeutung von geschichtlichen Gegenständen aufgearbeitet. Die österreichischen Gedenkdienerinnen und Gedenkdiener würden bei

„Der Gedenkdienst ist eine der wichtigsten tragenden Säulen der österreichischen Erinnerungsarbeit. Junge Menschen, die sich hier engagieren, halten die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus lebendig und setzen mit ihrem Einsatz ein klares Zeichen für Menschlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Solidarität.“

Bundesratspräsident Markus Stotter

Restaurationsarbeiten ebenso mitarbeiten wie bei Gedenkzeremonien oder Ausstellungen, in der Bibliothek, beim Verlag, in der Bildungsarbeit oder zumeist im digitalen Archiv, erzählte er.

Brigitte Landesmann entschied sich nach ihrer aktiven Berufslaufbahn für den Gedenkdienst in einem Museum in Rom. Für sie sei es wichtig, die Geschichte in die Gegenwart zu transportieren und die Jugend darauf hinzuweisen, dass Prozesse wiederholbar seien. Es gelte, Ähnlichkeiten aufzuzeigen, etwa wenn rechtspopulistische Parteien belastete Begriffe nutzten, meinte sie. Außerdem sah sie den Bedarf für ein Holocaustmuseum in Österreich.

Stotter betont Bedeutung der Erinnerungsarbeit

Der 5. Mai sei ein Tag des Innehaltens und des Erinnerns, sagte Bundesratspräsident Markus Stotter zum Abschluss der Veranstaltung. Er führe eindringlich vor Augen, wohin Ausgren-

zung, Hass und Menschenverachtung führen können und mahne zugleich, dass Demokratie und Menschenrechte niemals selbstverständlich seien. Der Gedenkdienst sei eine der wichtigsten tragenden Säulen der österreichischen Erinnerungsarbeit, meinte Stotter. Junge Menschen, die sich hier engagierten, würden die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus lebendig halten und mit ihrem Einsatz ein klares Zeichen für Menschlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Solidarität setzen. Insbesondere da antisemitische Vorfälle in den vergangenen Jahren zugenommen haben, brauche es eine klare Haltung, fundierte Aufklärung, nachhaltige Bildungsarbeit sowie Menschen, die widersprechen, wenn Grenzen überschritten werden, und Institutionen, die Verantwortung übernehmen. Erinnerungsarbeit sei lebendig und habe Zukunft, schloss der Bundesratspräsident. „In diesem Sinne: Erinnern wir! Aber noch viel wichtiger: Handeln wir!“, so sein Appell.

Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung erfolgte durch das Streichtrio des Alma Rosé Instituts der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien in Kooperation mit dem Exilarte Zentrum für verfolgte Musik der mdw. Gespielt wurden Werke von jüdischen Komponisten, die im Holocaust ermordet wurden.

Fotos:

(S. 85) Bundesratspräsident Markus Stotter bei seiner Abschlussrede

(S. 86) Überlebende Hedi Schnabl Argent

Enquete zum Thema starke Regionen

„Starke Regionen: digital.engagiert.zukunftsorientiert“ lautete der Titel der parlamentarischen Enquete, zu der Bundesratspräsident Markus Stotter am 6. Mai 2026 ins Parlament einlud. Nach einer Keynote des Tiroler Landeshauptmanns Anton Mattle hielten Expertinnen und Experten Vorträge zu den Themen regionale Sicherheit, Jugend und Ehrenamt.

Die Regionen würden vor großen Herausforderungen stehen, sagte Stotter zu Beginn der Enquete – etwa im Hinblick auf Digitalisierung, den demografischen Wandel und neue Anfor-

derungen an die Sicherheit und Daseinsvorsorge. Es gehe darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu sichern, betonte er. Starke Regionen würden dort entstehen, wo entschlossen gehandelt, Kooperation gelebt und aktiv gestaltet werde, zeigte sich der Bundesratspräsident überzeugt.

Mattle: Zukunftsfähige Regionen im Wandel

Tirol als drittgrößtes Bundesland Österreichs habe 777.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Auf mehr als 350.000 Gästebetten kämen 50 Mio. Nächtigungen jährlich, hielt der Tiroler Landeshauptmann Anton Mattle in seiner Eröffnungsrede fest. Es gebe gutes Wirtschaftswachstum, eine Höchstzahl an unselbstständig Beschäftigten und geringe Arbeitslosigkeit. Tirol sei ein wachsendes, attraktives Bundesland, war der Landeshauptmann überzeugter, das sei nicht immer so gewesen, sagte der Landeshauptmann mit Verweis auf Höhen und Tiefen seit der Zeit von Kaiser Maximilian. Nicht nur Tirol – alle Regionen würden starkem Wandel unterliegen. Einerseits gehe es darum, im ländlichen Raum ähnliche Lebensbedingungen zu schaffen wie im städtischen Raum. Um Chancengleichheit zu schaffen, brauche es den Breitbandausbau, zeigte er in seiner Rede auf.

Andererseits gelte es, den Wanderungssaldo sowie den Geburtensaldo in den Regionen positiv zu halten. Dafür brauche es Kinderbildung und -betreuung. Denn junge Paare würden sich

Fotos:

(oben) Tiroler Landeshauptmann
Anton Mattle

(Mitte) Chief Information Officer der
österreichischen Bundesregierung
Reinhard Posch

(unten) Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes Johannes Pressl

bei der Wahl des Wohnortes an Arbeitsplätzen und Kinderbetreuung orientieren. Von der Elementarpädagogik über die Lehre bis zum Studium: Durch entsprechendes Bildungsangebot werden Wahlmöglichkeiten geschaffen. Jede Region solle das machen, wofür sie gut geeignet sei, zeigte sich Mattle überzeugt. Tirol habe 2026 zum „Jahr des Ehrenamts“ gemacht. Es müsse gelingen, der Freiwilligenarbeit entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen und Angebote für junge Menschen zu schaffen.

Regionale Sicherheit im Kontext von Digitalisierung und Krisenprävention

IT-Sicherheit sei keine Routineaufgabe, sondern eine strategische Herausforderung. Wichtig seien dabei klare Zuständigkeiten von Bund, Ländern, Regionen und auch Unternehmen, sagte Reinhard Posch, Chief Information Officer der österreichischen Bundesregierung, in seinem Vortrag. „Wir können nicht davon ausgehen, dass sich ein Staat morgen so verhält, wie er es heute tut“, so der Experte. Digitalisierung bringe Chancen, aber auch Risiken. Damit der Ausfall einzelner Elemente nicht zum Ausfall des Gesamtsystems führe, schlug er vor, die Systeme „legoartig“ zusammenzustellen, um Unabhängigkeit zu gewährleisten. Im Fokus stehe dabei die Reduktion der Abhängigkeiten von Komponenten untereinander, so Posch.

Zusammenarbeit zwischen Ländern, Gemeinden und Zivilgesellschaft

Johannes Pressl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, hielt fest: Im Gegensatz zum Bundesland Tirol liege Österreich insgesamt beim Glasfaserausbau weiterhin auf den hinteren Plätzen. Es gebe keine digitale Gleichberechtigung zwischen Stadt und Land. Jedes Haus müsse digital an die Höchstleistungskapa-





zitäten angeschlossen werden. Es brauche den Glasfaserausbau als Daseinsvorsorge und eine Anschlussverpflichtung analog zum System von Kanal, Wasser und Strom, so Pressl.

Die Nahversorgung werde zusehends zum Problem. 389 Gemeinden in Österreich hätten keinen Lebensmittelnahversorger mehr. Digitalisierung könne einen Lösungsansatz bieten, der ohne oder mit wenig Personal auskommt. Dazu seien gesetzliche Rahmenbedingungen erforderlich, wie die Erweiterung des Öffnungszeitengesetzes.



Ehrenamt als Fundament regionaler Stärke

Nach der Behandlung des Themas regionale Sicherheit widmeten sich in zwei weiteren Panels die Expertinnen und Experten der Rolle des Ehrenamts und der Frage der Jugendbeteiligung in den Regionen.

Andrea Fink von der Freiwilligenpartnerschaft Tirol sprach darüber, wie das Land Tirol die Zukunft des Ehrenamts in ländlichen und urbanen Regionen sichern wolle. Eine wichtige Motivation dafür sei, dass ohne Freiwillige vieles im Land nicht funktioniere. Um das freiwillige Engagement zu stärken und zukunftsfit zu gestalten, müsse man auf die Bedürfnisse der Freiwilligen, Vereine, Verbände und Initiativen eingehen und gute Rahmenbedingungen schaffen, betonte Fink. Sie stellte die Freiwilligenpartnerschaft Tirol vor, die seit 2015 Schritte zur Stärkung des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements setzt.

Digitale Werkzeuge für das Ehrenamt – Chancen und Risiken

André Meißner vom hessischen Ministerium für Digitalisierung und Innovation referierte

Fotos:

(li. oben) Andrea Fink, Freiwilligenpartnerschaft Tirol

(li. unten) André Meißner, hessisches Ministerium für Digitalisierung und Innovation

(re.) Moritz Mittermann, Vorsitzteam der Bundesjugendvertretung

darüber, wie digitale Werkzeuge das Ehrenamt stärken können. Die Digitalisierung unterstütze, schaffe aber auch Herausforderungen. So würden die Anforderungen an digitale Kenntnisse immer weiter ansteigen. Auch spezielle Vereinssoftware setze entsprechende Kompetenzen voraus. Die Bedienung von Social-Media-Plattformen oder Vereinswebseiten verlange Medienkompetenzen. Das bedeute, dass digitale Kenntnisse weiter gefördert und gefestigt werden müssten, um auf neue Anforderungen, wie etwa die künstliche Intelligenz, reagieren zu können.

Zu beachten sei dabei, dass das Ehrenamt vielfältig sei. Die Digitalisierung dürfe nicht dazu führen, dass „weniger digitale“ Menschen ihren Platz darin verlieren. Digitale Angebote müssten das Ehrenamt unterstützen. So könnten Onlinetools den Umgang mit Behörden beschleunigen und Ehrenamtliche damit entlasten. Eine digitale Dokumentation erhöhe auch Transparenz und Nachvollziehbarkeit für beide Seiten. Auch die Vernetzung von Organisationen untereinander und die Fortbildung könnten gefördert werden.

Mitbestimmung der Jugend, um Herausforderungen zu bewältigen

Im Mittelpunkt des dritten Panels der Enquete stand die Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozesse, die die Regionen betreffen. Moritz Mittermann vom Vorsitzteam der Bundesjugendvertretung sagte, es sei ein wichtiger Teil des Erlernens von Demokratie, junge Menschen früh an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Die Bundesjugendvertretung biete in diesem Zusammenhang partizipative Prozesse und qualitätsvolle Beteiligungsangebote für junge Menschen, zum Beispiel den EU-Jugenddialog, den Klimajugendrat und regionale Dialoge zur EU-Wahl. Auch der



Kinderbeirat und der Inklusionsbeirat würden Inputs für die Arbeit der Bundesjugendvertretung geben.

Gerade im lokalen und regionalen Umfeld gebe es viele Themen, die junge Menschen ansprechen und zu denen sie sich im Rahmen von freiwilligem Engagement einbringen könnten. Aber auch die klassische Politik sei für sie interessant. Zukunftsfähige Lösungen würden die Einbindung von Jugendlichen erfordern. Eine solche Einbindung stärke auch die Identifikation mit einer Region und das Verantwortungsbewusstsein steige. Allerdings fehle oft das Angebot, um sich politisch einzubringen, gab er zu bedenken.

Einsatz digitaler Werkzeuge in der Jugendarbeit

Die Medienwissenschaftlerin und Beraterin für Jugendpolitik und Jugendbeteiligung Anna Grebe sprach über den Einsatz digitaler Werkzeuge zur Stärkung von Jugendbeteiligung. Die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen seien von Digitalität geprägt und durchdrungen. Insofern erscheine es jugendgerecht, die Beteiligung junger Menschen mithilfe digitaler



Tools voranzubringen. Jugendbeteiligung dürfe aber nicht auf digitale Abstimmungen reduziert werden. Digitale Tools könnten analoge Beteiligungsprozesse, insbesondere auf kommunaler oder regionaler Ebene, nicht ersetzen. Sie seien vielmehr eine Unterstützung und Ergänzung, so Grebe.



Jugendbeteiligung könne grundsätzlich in allen Prozessabschnitten vom gezielten und bewussten Einsatz digitaler Tools profitieren, konstatierte Grebe. Ein niedrigschwelliger Einstieg und Möglichkeiten der Vernetzung würden Lust darauf machen, sich im fortlaufenden Prozess zu engagieren. Tools, die Abstimmungen ermöglichen, könnten an vielen Stellen im Prozess eingesetzt werden. Allerdings sei transparent zu machen, wie mit Umfrage- oder Abstimmungsergebnissen umgegangen werde. Die Tools müssten eine echte Machtabgabe erwachsener Entscheidungstragende in Politik und Verwaltung an die Jugend bedeuten. Das brauche auch Ressourcen für die personelle Begleitung von Beteiligungsverfahren durch pädagogische Fachkräfte und eine angemessene Ausstattung analoger Angebote. Notwendig seien zudem echte Räume für das, was ein digitales Tool alleine nicht leisten könne, nämlich demokratische Aushandlungsprozesse für lebenswerte Gemeinden und Regionen.

Junge Menschen ernsthaft in die Gestaltung der Regionen einbinden

Die Vizepräsidentin des österreichischen Verbands der Internet Provider (ISPA) Julia Seitlinger betonte, dass die digitale Teilhabe längst Realität sei. Nun gelte es, sie sicher, inklusiv und frei zu gestalten. Die ISPA biete hier Angebote an. Allerdings plädiere sie dafür, Medienbildung strukturell zu verankern. Ein Social-Media-Verbot müsse europäisch koordiniert und datenschutzkonform organisiert werden.

Fotos:

(oben) Medienwissenschaftlerin und Beraterin für Jugendpolitik und Jugendbeteiligung Anna Grebe

(unten) Vizepräsidentin des österreichischen Verbands der Internet Provider (ISPA) Julia Seitlinger

Digitale Souveränität und Teilhabechancen

Helmut Leopold vom Austrian Institute of Technology (AIT) referierte über digitale Souveränität als Voraussetzung für Sicherheit, Innovation und Resilienz in Europa und damit für Demokratie und wettbewerbsfähige Wirtschaft. Digitalisierung sei die Vollvernetzung unserer Gesellschaften dieser Welt, so Leopold. Er sprach sich in der Souveränitätsfrage unter anderem dafür aus, den Datenhaushalt weltweit zu reorganisieren. Dazu gebe es bereits Initiativen, etwa Standards für Kombi- nierbarkeit zu schaffen und Open-Source-Tools zu entwickeln. Als Handlungsfelder für digitale Souveränität identifizierte Leopold außerdem etwa hohe Cybersicherheit, berufliches „Ups- killing“, souveräne Cloud-Infrastrukturen und ebensolche EU-Datenräume sowie Kompetenzen und Werkzeuge für den Kampf gegen Desinformation und Fake News.

Effizientere, transparentere und bürgernahe Verwaltung

Chancen in der Digitalisierung der Verwaltung ortet Mara Verlic von der Arbeiterkammer Wien etwa darin, dass diese effizienter, transparenter und bürgernaher gestaltet werden könne. Voraussetzungen seien dabei die Einhaltung des Datenschutzes, die Unabhängigkeit von großen Konzernen, Barrieren durch inklusivere Lösungen abzubauen sowie auch analoge Alternativen beizubehalten. Es gebe Ungleichheiten in digitalen Kompetenzen hinsichtlich Alter, Geschlecht und Bildung, so Verlic. Die digitale Kluft werde oft „vererbt“ und politische Onlinebeteiligung verstärke zum Teil bestehende Ungleichheiten. Als Erfolgsfaktoren für digitale Teilhabe erachtet die Expertin niederschwellige Angebote vor Ort und das Erreichen der richtigen Zielgruppen. Die Rolle



Fotos:

(oben) Helmut Leopold, Austrian
Institute of Technology (AIT)

(unten) Mara Verlic, Arbeiterkammer



von Gemeinden und Regionen sei daher entscheidend. Damit die digitale Teilhabe gelinge, brauche es unter anderem einen leistbaren Zugang zum Internet und zu den Geräten, Unterstützungsleistungen und aktive Einbindung sowie einen Ausbau der digitalen Grundbildung. Analoge Angebote gelte es zudem zu sichern, so Verlic.

Die Menschen in den Mittelpunkt stellen

Lukas Reutterer, Geschäftsführer der ecoplus Digital GmbH, ging unter anderem auf die digitalen Verwaltungsdienste des Bundes und auf die Digitalisierungsstrategie Niederösterreichs ein. Es sei wichtig, dass die Regionen beim Thema Digitalisierung aufzeigen, so Reutterer. Es gelte, im Strukturwandel – der beschleunigt sei durch KI – die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, sie mitzunehmen und die Chancen zu nutzen. Als „Leuchtturmprojekt“

bezeichnete er das Haus der Digitalisierung in Tulln, das Bewusstseinsbildung und Unterstützung von KMU als Schwerpunkte habe. Man setze dabei auf eine multimediale Themengestaltung. Neben wechselnden Ausstellungen, derzeit zum Thema „Ist digital die Lösung?“, und dem Science Center im Haus der Digitalisierung würden Roadshows und Workshops in Niederösterreich durchgeführt, so Reutterer. Bereits über 65.000 Besucherinnen und Besucher zähle das Haus seit der Eröffnung 2023, berichtete er.

Stellungnahmen der im Bundesrat vertretenen Parteien

Als Politiker könne er viel aus der Enquete mitnehmen, sagte Harald Himmer (ÖVP) – etwa welche monopolistischen Strukturen in der digitalen Welt entstanden seien und welche Implikationen das auf die Sicherheit habe. Gesehen habe man außerdem, dass die Gemeinden innovativ, kreativ, zukunftsorientiert und strukturiert an die Digitalisierungsthematik herangehen. Wichtig sei aus seiner Sicht, bei der Digitalisierungsstrategie einen Konsens über alle Parteigrenzen hinweg zu finden, um den Weg gemeinsam und langfristig zu gehen.

Als Bürgermeister trage er bei diesem Thema die „kommunale Brille“, meinte Dominik Reisinger (SPÖ). Es seien die Gemeinden und Städte, denen der zentrale Gestaltungsauftrag zukomme, und es seien die Kommunen, die in erster Linie Veränderung initiieren und das Lebensumfeld der Menschen unmittelbar gestalten. Man wolle den Fortschritt, dafür brauche es aber das nötige Geld, so Reisinger. Etwa beim Thema Breitband sei nach wie vor ein Stadt-Land-Gefälle erkennbar, das es rasch auszugleichen gelte. Dass aber etwa ein analoger Zugang zu Amtsgeschäften erhalten bleibe, sei unerlässlich, um niemanden zurückzulassen.

Foto:

Geschäftsführer der ecoplus Digital GmbH
Lukas Reutterer

Entwicklungen in der Realität – wie etwa das Zusperren von Postämtern oder Gasthäusern – würden dazu führen, dass junge Menschen aus den Regionen abwandern, gab Andreas Arthur Spanring (FPÖ) zu bedenken. Man müsse diese Probleme ansprechen, zumal die Regionen mit immer mehr Aufgaben betraut, aber nicht mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet würden. Ähnlich wie Reisinger sprach er von einem Stadt-Land-Gefälle etwa beim Internetzugang oder Handyempfang. Die Freiheitlichen würden sich für moderne digitale Möglichkeiten, aber auch für analoge Verlässlichkeit aussprechen.

Die Digitalisierung sei längst im „Hier und Jetzt“ angekommen und ein Wirtschafts- und Sicherheitsfaktor, so Simone Jagl (Grüne). Viele Entscheidungsträger hätten allerdings kein ausreichendes Verständnis für die Entwicklungen, das stelle aus ihrer Sicht ein Risiko dar. Gemeinden würden Unterstützung etwa bei der Vereinheitlichung der Systeme brauchen, so Jagl. Sie hielt außerdem fest, dass digitale Souveränität kein Luxus, sondern die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie sei. Es wäre ihr zufolge wichtig, Digitalisierung auf allen Verwaltungsebenen souverän zu denken. Auch wenn die Abkehr von Tech-Giganten kurzfristig schwierig erscheine, sei sie aus Sicht einer sicheren und digital souveränen Verwaltung anzustreben.

Julia Deutsch (NEOS) gab zu bedenken, dass im Nationalrat und im Bundesrat junge Menschen unterrepräsentiert seien. Umso wichtiger sei es, sich für ihre „echte“ Mitsprache einzusetzen. Was starke Regionen betrifft, würden diese dort entstehen, wo die Strukturen funktionieren, wo Verantwortung klar ist und es die Bereitschaft gibt, die Dinge wirklich zu verändern. Ein Problem seien unklare Zuständigkeiten und dass der Handlungsspielraum

immer weiter schrumpfe. Wenn es um den Zugang zu öffentlichen Leistungen gehe, dürfe es außerdem keinen Unterschied machen, „ob Stadt oder Land“. Wichtig sei beim Thema Digitalisierung außerdem, dass überregional gedacht werde. Man dürfe Digitalisierung nicht als einzigen Weg wählen, müsste diese aber als sinnvolle und hilfreiche Möglichkeit sehen, junge Menschen einzubinden.

Stotter: Digitale Daseinsvorsorge „geht nur gemeinsam“

Man habe gesehen, wie eng Jugend, Ehrenamt und Digitalität zusammenliegen, hielt Bundesratspräsident Markus Stotter in seinen Schlussworten fest. Starke Regionen würden sich dort finden, „wo die Jugend eine Stimme hat, wo sich Menschen engagieren“, ohne sich vor digitalen Hilfsmitteln zu verschließen. Zusammengefasst gehe es um die digitale Daseinsvorsorge – „und es geht nur gemeinsam“, so Stotter.

Expertinnen- und Expertenforum: Digitale Gemeinde 2035

Zu einem Expertinnen- und Expertenforum mit dem Titel „Digitale Gemeinde 2035“ lud Bundesratspräsident Markus Stotter Fachleute aus verschiedenen Bereichen ein. Das Forum befasste sich mit Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels für Gemeinden und Regionen.

Stotter: Der Nutzen für die Menschen soll im Mittelpunkt stehen

Wie Gemeinden den digitalen Wandel aktiv, sicher und gemeinwohlorientiert gestalten, sei keine abstrakte Zukunftsfrage, sondern betreffe ganz unmittelbar das tägliche Leben der Menschen, zeigte sich Bundesratspräsident Stotter überzeugt. Gemeinden und Regionen sollten die digitale Entwicklung nicht bloß begleiten, sondern selbstbewusst und verantwortungsvoll mitgestalten. Dabei müssen moderne

Gemeinden und Regionen sollten die digitale Entwicklung nicht bloß begleiten, sondern selbstbewusst und verantwortungsvoll mitgestalten, betonte Bundesratspräsident Stotter im Rahmen des von ihm initiierten Expertinnen- und Expertenforums mit dem Titel „Digitale Gemeinde 2035“ am 2. Juni 2026 im Parlament. Im Anschluss erläuterten Fachleute aus Theorie und Praxis, wie Gemeinden den digitalen Wandel aktiv, sicher und gemeinwohlorientiert gestalten können, wobei es unter anderem um digitale Infrastruktur, Datenkompetenz und Vernetzung ging. Zudem werden Beispiele aus der Praxis vorgestellt. Im zweiten Teil des Expertinnen- und Expertenforums standen die digitale Infrastruktur und die Datenkompetenz von Gemeinden und Regionen im Mittelpunkt.



Technologien laut Stotter dazu beitragen, das Leben der Menschen zu erleichtern, die Verwaltung zu stärken sowie neue Möglichkeiten der Teilhabe zu eröffnen. So könnten digitale Instrumente – etwa in Bereichen wie Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Energie, Mobilität und Sicherheit – Abläufe vereinfachen, Entscheidungsgrundlagen verbessern und Bürgerinnen und Bürger stärker einbinden. Entscheidend dabei sei, dass nicht die Technik, sondern der Nutzen für die Menschen im Mittelpunkt stehe. Dazu braucht es für den Bundesratspräsidenten einfache Zugänge für alle Generationen und die Fähigkeit, digitale Entwicklungen – ausgehend von den lokalen Bedürfnissen und Herausforderungen – auf regionaler Ebene selbstbestimmt zu gestalten.

Gut vernetzte, krisenfeste und digital handlungsfähige Regionen würden zudem Lebens-

und Arbeitsräume mit Perspektive für junge Menschen schaffen. Es gehe darum, dass durch die digitale Transformation auch kleinere Gemeinden, ländliche Räume und regionale Zentren leistungsfähig, lebenswert und zukunftssicher blieben, unterstrich der Bundesratspräsident.

Thinius über positive Gestaltungsmöglichkeiten durch neue Technologien

Der Futurologe Max Thinius sprach sich in seiner Keynote grundsätzlich für ein positives Zukunftsbild aus, das durch neue Technologien wie die künstliche Intelligenz gestaltet werden könne. So wird es laut Thinius künftig KI-Tools geben, bei denen die Menschen nicht merken, dass sie in allen ihren Lebensbereichen angewendet werden. Dies könne beim Vernetzen von Regionen und Nachbarschaften helfen und zu einer anderen Qualität des Zusammenlebens beitragen.

Wichtig dabei sei jedoch, nicht auf digitale Selbstbestimmung und Datenautonomie zu vergessen, damit jede und jeder ihre oder seine Daten selbst besitzen könne. Thinius hob in diesem Zusammenhang die heimische elektronische Gesundheitsakte ELGA positiv hervor. Hier sei Österreich weltweit führend. Grundsätzlich werde durch den digitalen Wandel und KI nicht mehr das Motto „Made in Austria“, sondern „Made from Austria“ ausschlaggebend sein. Es gehe darum, Ideen zu generieren, die weit über Österreich hinausgehen, so Thinius.



Foto:

Bundesratspräsident Markus Stotter
bei seinem Vortrag

„Digitale Botschafter“ und Ausbau der regionalen Datensouveränität

Der Unternehmensberater Ernst-Olav Ruhle ortete in seinem Vortrag Rückstände in Bezug auf den Ausbau der digitalen Daseinsvorsorge in Österreich. Beim Ausbau der digitalen Infrastruktur liegt Österreich laut Ruhle im europäischen Vergleich zurück. Hier benötige es trotz der etablierten Förderprogramme mehr Anstrengungen aller Beteiligten, um die EU-Ziele bis 2030 zu erreichen. Beim zweiten Teilaspekt, den digitalen Dienstleistungen, befinde sich Österreich im europäischen Mittelfeld, „mit Luft nach oben“, so Rule. Dabei gehe es um die digitale Durchdringung der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitswesens, der Energieinfrastruktur oder der Bildung.

Für Gemeinden würden sich daraus einerseits wirtschaftliche Nachteile bei der Standortansiedlung sowie eine schwach ausgeprägte Datensouveränität ergeben. Zudem komme es zu einer wachsenden Abhängigkeit von digitalen Dienstleistungen internationaler Konzerne aus den USA und China. Als Konsequenz daraus empfahl Ruhle den Ländern und Gemeinden

die Einrichtung von „digitalen Botschaftern“, Anreizmodelle für regionale Rechenzentren zum Ausbau der Datensouveränität sowie die verstärkte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger bei der digitalen Daseinsvorsorge.

Regionen als „Reallabor“ für den digitalen Wandel

Oskar Januschke, Geschäftsführer von Raumprozess Public Consulting und Experte für Stadt-, Regional- und Standortentwicklung, sprach sich dafür aus, Digitalisierung als digitale Transformation zu verstehen. Grundlage dafür müsse eine demokratiepolitische Diskussion und Definition sowie ein Aushandlungs- bzw. Dialogprozess über räumliche und gesellschaftliche Zielsetzungen der digitalen Daseinsvorsorge sein. Dazu brauche es jedoch noch die gesetzlichen Rahmenbedingungen, hielt Januschke fest. Regionen könnten so zu einem „Reallabor“ und lokalen Transformator der Digitalisierung werden und damit Vertrauen, Akzeptanz und Teilhabe der Bevölkerung auf dem Weg Richtung digitaler Gesellschaft aufbauen. Als größte Restriktionen ortete Januschke budgetäre Einschränkungen, „konventionelle Pfadabhängigkeiten“ sowie eine hierarchische Steuerung.

Digitale Daseinsvorsorge und ihre Bedeutung für die Demokratie

Kommunale Unternehmen seien das Rückgrat der digitalen Daseinsvorsorge, erklärte Maria Rost, Bereichsleiterin Digitales vom Verband kommunaler Unternehmen in Deutschland. Die digitale Daseinsvorsorge umfasse digitale Leistungen, die für gleichwertige Lebensverhältnisse, soziale Teilhabe und Wettbewerbsfähigkeit notwendig seien. Viele der kommunalen Unternehmen seien aktuell von mehreren Transformationen, insbesondere von der Energie-,

Foto:

(v. li.) Franz Zeller (Ressortleiter Wissenschaft und Innovation, ORF), Oskar Januschke (Geschäftsführer Raumprozess Public Consulting, Lehrender für Stadt-, Regional- und Standortentwicklung), Bundesratspräsident Markus Stotter (ÖVP), Max Thinius (Futurologe), Regina Wiedl (Amtsleiterin der Gemeinde Neuhaus), Maria Rost (Bereichsleiterin Digitales, Verband kommunaler Unternehmen), Ernst-Olav Ruhle (Geschäftsführer SBR-net Consulting)



Wärme- und Digitalwende betroffen. Mit der Digitalwende seien teils hohe Investitionen in die Infrastruktur verbunden. Diese Summen seien notwendig, da die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger nach zuverlässig funktionierenden digitalen Angeboten und der damit verbundenen Infrastruktur gestiegen sei. Die digitale Infrastruktur sei daher heute das Fundament der kommunalen Leistungsfähigkeit. Hier entscheide sich auch, als wie verlässlich und handlungsfähig die Bürgerinnen und Bürger den Staat wahrnehmen würden. Die digitale Daseinsvorsorge sei damit das Versprechen für gleichwertige Lebensverhältnisse und digitale Teilhabe für alle. Damit stärke sie das Vertrauen in die Demokratie.

Digitalität am Beispiel der Gemeinde Neuhaus

Die Amtsleiterin der Kärntner Gemeinde Neuhaus, Regina Wiedl, erklärte in ihrem Beitrag, wie in ihrer Gemeinde digitale Angebote in der Verwaltung genutzt werden. Das Fundament dafür seien die Angebote des kärntenweiten Gemeinde-Servicezentrums wie ein regionales Rechenzentrum. Außerdem sei die Gemeinde Partnerin in Forschungsprojekten mit der Universität Wien, der Hochschule Campus Wien,

der Universität der Bundeswehr München und mit dem Software Competence Center Hagenberg. So sei im Bereich der Wasserversorgung die aufwendige Ablesung der Wasserzähler durch eine automatische digitale Lösung abgelöst worden, erläuterte Wiedl. Die damit verbundenen Echtzeitdaten würden außerdem helfen, etwaige Probleme wie bei einem Rohrbruch rasch zu erkennen und zu beheben. Die Krisenkommunikation in Notfällen wie bei Blackouts oder Naturkatastrophen, wenn klassische Kommunikationsmittel nicht mehr funktionieren, sei in einem gemeinsamen Projekt mit der Universität der Bundeswehr München thematisiert worden. Das dabei entwickelte Kommunikationssystem basiere auf zehn energieautarken Telefonzellen, eigenen Endgeräten für Bürgerinnen und Bürger sowie einer zentralen Headquarter-Software. Insgesamt mahnte Wiedl mehr Mut zu Innovation ein.

In seinen Abschlussworten betonte Bundesratspräsident Markus Stotter, wieviel Kraft in „echter Zusammenarbeit“ liege. Damit Innovation gelingen könne, müssten Dinge neu gedacht und nicht nur Bestehendes optimiert werden, fasste er zusammen.

Austausch über die Ländergrenzen hinweg: Der vernetzte Bundesrat

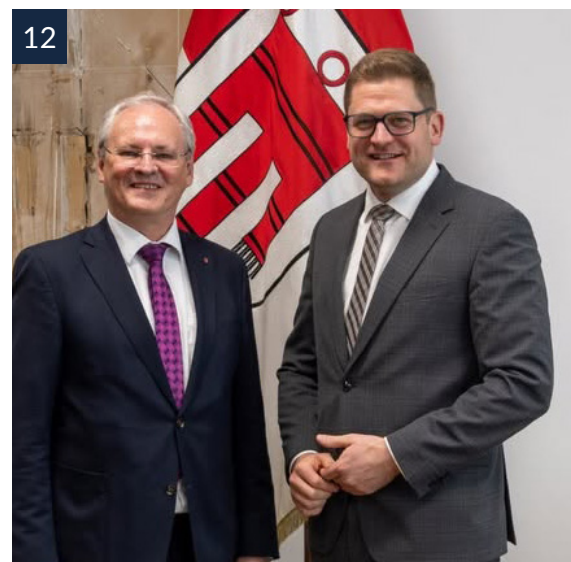
Während seiner Präsidentschaft pflegte Bundesratspräsident Markus Stotter einen intensiven Austausch mit Politikerinnen und Politikern innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen. Die Kontaktpflege eines aktiven Bundesrates trägt maßgeblich zur regionalen und internationalen Vernetzung bei.





Fotos:

1. Bundesratspräsident Markus Stotter mit dem Vizepräsidenten des Hauses der Räte des Nationalen Diet Japans Fukuyama Tetsuro
2. Bundesratspräsident Markus Stotter mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola
3. Bundesratspräsident Markus Stotter (Mitte) bei der Ehrenzeichenvergabe an Bundesrätin a. D. Doris Hahn (2. v. li.), Bundesrätin a. D. Elisabeth Grimling (3. v. li.) und Bundesrat a. D. Adi Gross (1. v. li.)
4. Bundesratspräsident Markus Stotter (Mitte) mit dem Tiroler Landtagspräsidenten Anton Mattle (li.) und dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft Norbert Totschnig (re.)
5. Bundesratspräsident Markus Stotter (3. v. li.) mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission Raffaele Fitto (Mitte) und Mitgliedern des EU-Ausschusses des österreichischen Parlaments
6. Bundesratspräsident Markus Stotter mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch





Fotos:

7. Bundesratspräsident Markus Stotter bei der Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der EU-Mitgliedsstaaten in Kopenhagen

8. (v. li.) Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner, Bundesratsvizepräsidentin Christine Schwarz-Fuchs, Bundesratspräsident Markus Stotter und Bundesrat Christoph Thoma

9. Bundesratspräsident Markus Stotter bei einer Baustellenbesichtigung des Brennerbasistunnels

10. Bundesratspräsident Markus Stotter mit Finanzminister Markus Marterbauer

11. Bundesratspräsident Markus Stotter mit dem Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur Peter Hanke

12. Bundesratspräsident Markus Stotter mit dem Vorarlberger Landtagspräsidenten Harald Sonderegger

13. Bundesratspräsident Markus Stotter mit dem ukrainischen Botschafter Wassyl Chymynez

14. Bundesratspräsident Markus Stotter mit dem Präsidenten des Parlaments der Republik Moldau Igor Grosu

15. Bundesratspräsident Markus Stotter mit dem König des Königreichs Dänemark Frederik X.

16. Bundesratspräsident Markus Stotter mit der Leiterin der usbekischen Präsidialverwaltung Saida Mirsiyoyewa



Delegation der Länderkammer zu Besuch in Irland

Mit einer Delegation der Länderkammer absolvierte Bundesratspräsident Stotter von 18. bis 22. Mai 2026 einen offiziellen Besuch in Irland. Im Mittelpunkt des Arbeitsbesuchs stand der parlamentarische Austausch mit dem Parlament der Republik Irland, insbesondere zu Fragen der Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung.

Die Delegation führte Gespräche mit Senatspräsident Mark Daly, Senator Tom Clonan, Mitgliedern der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Irland-Österreich und David Moloney, Generalsekretär des Ministeriums für öffentliche Ausgaben, Infrastruktur, Reform des öffentlichen Dienstes und Digitalisierung. Ein besonderer europapolitischer Schwerpunkt des Besuchs lag auf der Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union, die Irland von 1. Juli bis 31. Dezember 2026 innehat.

Austausch mit Präsidenten des Ober- und Unterhauses Irlands

Ein zentraler Programmpunkt war der Besuch des irischen Parlaments (Oireachtas). Die österreichische Delegation führte dort ein Arbeits-

gespräch mit Senatspräsident Mark Daly und Senator Tom Clonan. Dabei standen aktuelle demokratie- und gesellschaftspolitische Herausforderungen im Zusammenhang mit digitalen Plattformen und neuen Technologien im Vordergrund.

Im Rahmen des Besuchs im Oireachtas nahm die Delegation zudem an einer Sitzung des irischen Senats und des irischen Repräsentantenhauses teil. Dabei trafen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch mit der Präsidentin des Repräsentantenhauses, Verona Murphy, zusammen.

Aussprache mit Bilateralen Parlamentarischer Gruppe Irland-Österreich

Ein weiterer Schwerpunkt war die Aussprache mit der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe Irland-Österreich. Dabei wurden Fragen der Infrastruktur und der politischen Rahmenbedingungen in beiden Ländern behandelt. Im Zentrum standen unter anderem der Ausbau der Glasfaserversorgung, die angespannte Wohnsituation in Irland und daraus resultierende politische Herausforderungen sowie verteidigungspolitische Fragen.

Besuch irischer Tech-Unternehmen

Auch außerhalb des parlamentarischen Programms standen Digitalisierung und die Modernisierung öffentlicher Dienstleistungen im



Zentrum des Besuchs. Die Delegation besuchte das Unternehmen OpenSky Data Systems in County Kildare. Das Unternehmen ist auf Govtech-Lösungen spezialisiert und entwickelt prozessautomatisierte Anwendungen für öffentliche Einrichtungen, unter anderem in den Bereichen Transport, Abfallwirtschaft, Wohnungswesen und Gesundheit. Dabei stellte Michael Cronin, CEO und Co-Founder von OpenSky Data Systems, Digitalisierungsprojekte in der irischen und britischen Verwaltung vor.

Beim Kildare City Council tauschte sich die Delegation mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Verwaltung aus. Das Council ist die lokale Gebietskörperschaft des County Kildare und für lokale öffentliche Aufgaben zuständig, etwa Infrastruktur, kommunale Services und Verwaltungsmodernisierung. Im Mittelpunkt standen kommunale Verwaltungsstrukturen, digitale Services und technologische Entwicklungen auf regionaler Ebene. Auch Fragen der Unternehmensförderung sowie der praktischen Umsetzung von Digitalisierung in lokalen Behörden wurden behandelt.

Treffen mit Generalsekretär des Digitalisierungsministeriums

Zentrales Thema des Austausches mit David Moloney, dem Generalsekretär des irischen Ministeriums für öffentliche Ausgaben, Infrastruktur, Reform des öffentlichen Dienstes und

Digitalisierung, war der „Digital Public Services Plan 2030“. Dieser strategische Fahrplan Irlands sieht eine umfassende Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen bis 2030 vor. Zentrale Punkte des Gespräches betrafen die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie Leitlinien für den Einsatz von künstlicher Intelligenz im öffentlichen Sektor.

Darüber hinaus besuchte die Delegation den IT-Anbieter Ergo in Dublin. Das Unternehmen unterstützt die digitale Transformation in zentralen und lokalen Behörden sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen und bietet unter anderem Managed Services, Cloud-Dienste und Anwendungsentwicklung an.

Foto:

Gruppenfoto: (v. li.) Bundesrat Thomas Karacsony, Bundesrat Michael Wanner, Bundesratsvizepräsidentin Christine Schwarz-Fuchs, irischer Senatspräsident Mark Daly, Bundesratspräsident Markus Stotter, Präsidentin des irischen Repräsentantenhauses Verona Murphy, irischer Senator Tom Clonan, Bundesratsvizepräsident Daniel Schmid, Bundesratsfraktionsvorsitzender Harald Himmer, österreichische Botschafterin in Irland Melitta Schubert

Bundesrat im Bundesland: Besuch in Osttirol

Im Rahmen der Initiative „Bundesrat im Bundesland“ besuchte am 8. Juni 2026 eine Delegation von 27 Bundesrätinnen und Bundesräten Osttirol. Der Besuch stand im Zeichen von Digitalisierung, Sicherheit und regionaler Innovationskraft.

Im Mittelpunkt des Programms standen zentrale Zukunftsfragen des ländlichen Raums: digitale Daseinsvorsorge, Resilienz, Schutzwaldmanagement sowie die Bedeutung innovativer regionaler Unternehmen für den Wirtschafts- und Technologiestandort Österreich.

In der Bezirkshauptmannschaft Lienz begrüßten Bundesratspräsident Markus Stotter, Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und Bezirkshauptfrau Bettina Heinricher die Mitglieder des Bundesrates. Einen ersten fachlichen Schwerpunkt bildete das Thema „Digitale Daseinsvorsorge und Resilienz im ländlichen Raum“, zu dem Oskar Januschke von Raumprozess referierte.

Anschließend standen die aktuellen Herausforderungen im Schutzwald im Fokus. Hubert Sint, Leiter der Forstinspektion Osttirol, und Hanspeter Pussnig, Gebietsbauleiter der Wildbach- und Lawinenverbauung, berichteten

über die Folgen von Sturmschäden, Schneebruch und Borkenkäferbefall sowie über notwendige Schutzmaßnahmen für Bevölkerung, Siedlungsräume und Infrastruktur. Eine Exkursion zu Schutzbauten im Schutzwald bot praxisnahe Einblicke in die Bedeutung dieser Maßnahmen für die Sicherheit in den Regionen.

Ein weiterer Programmschwerpunkt war der Besuch der Micado Smart Engineering GmbH in Oberlienz. Im Rahmen des Unternehmensbesuchs erhielten die Bundesrätinnen und Bundesräte umfassende Einblicke in die Arbeit eines international tätigen Tiroler Technologieunternehmens. Geschäftsführer Edwin Meindl präsentierte die Entwicklung von Micado sowie aktuelle Herausforderungen und Chancen der heimischen Industrie. Im Mittelpunkt standen internationale Großprojekte für die Luftfahrtindustrie, darunter komplexe Engineering- und Fertigungslösungen für Kunden in China, ebenso wie die aktuelle Situation der österreichischen Automatisierungsbranche. Weitere Themen des Austauschs waren der Fachkräftemangel, die Förderung technischer Berufe sowie die Rolle von Frauen in technischen Berufen und Führungspositionen.

Stotter: Osttirol zeigt Potenzial der Regionen

„Osttirol zeigt eindrucksvoll, welches Potenzial in unseren Regionen steckt. Innovative Unternehmen wie Micado verbinden internationale

Wettbewerbsfähigkeit mit regionaler Verankerung und schaffen damit Wertschöpfung und qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort. Für die Zukunft des Wirtschafts- und Technologiestandortes Österreich ist es entscheidend, gerade solche Standorte weiter zu stärken, Fachkräfte zu sichern und bestmögliche Rahmenbedingungen für Innovation und Produktion zu schaffen“, betonte Bundesratspräsident Markus Stotter.

Im Anschluss an die Präsentation besichtigten die Bundesrätinnen und Bundesräte die Produktions- und Entwicklungshallen von Micado. Dabei erhielten sie Einblicke in aktuelle Projekte aus den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Automobilindustrie und Produktentwicklung. Der Besuch bot Gelegenheit für einen intensiven Austausch zwischen Politik und Industrie über die Zukunft des Wirtschafts- und Technologiestandorts Österreich.

Mit dem Besuch in Osttirol unterstrich der Bundesrat die Bedeutung starker Regionen für die Zukunft Österreichs. Der direkte Austausch vor Ort machte sichtbar, welche Leistungen in den Bezirken erbracht werden und welche Rahmenbedingungen notwendig sind, um ländliche Räume, innovative Betriebe und regionale Wertschöpfung weiter zu stärken.



Foto:

Gruppenfoto der Delegation: Exkursion zu Schutzbauten im Schutzwald der Forstinspektion Osttirol

EP-Präsidentin Roberta Metsola zu Gast im Parlament

Anlässlich eines Besuchs in Wien stattete die Präsidentin des Europäischen Parlaments (EP) Roberta Metsola am 16. Jänner 2026 auch dem Hohen Haus einen Besuch ab. Bundesratspräsident Markus Stotter sprach die EP-Präsidentin unter anderem auf Bemühungen zur Entbürokratisierung an.

Im Mittelpunkt der Gespräche mit Nationalratspräsident Walter Rosenkranz und Bundesratspräsident Markus Stotter stand das bevorstehende EU-Mercosur-Abkommen, dessen Unterzeichnung zum Zeitpunkt des Besuchs der EP-Präsidentin noch bevorstand.

Integrationsprozess von Westbalkanstaaten für Rosenkranz bedeutend

Nationalratspräsident Walter Rosenkranz brachte außerdem die Erweiterung der Europäischen Union um Staaten des Westbalkans zur Sprache. Er betonte, dass Österreich sich seit vielen Jahren für die Integration der Westbalkanstaaten engagiere und verwies vonseiten des Parlaments unter anderem auf Twinning-Projekte und das Westbalkan-Stipendium für Bedienstete der jeweiligen Parlamente.



Austausch mit Stotter über Entbürokratisierung und Migration

Bundesratspräsident Markus Stotter sprach die EP-Präsidentin insbesondere auf Bemühungen zur Entbürokratisierung an. Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen hätten sich von der EU Vereinfachungen gewünscht, so Metsola. Das Ziel sei nun, bis 2030 durch weniger Regulation über 40 Mrd. Euro einzusparen. Man sei auf einem guten Weg, sagte sie.

Im Bereich der Migration stellte die EP-Präsidentin eine emotionale und ideologisch geprägte Debatte fest, obwohl der Migrationsdruck abgenommen habe. Die EU habe viele Fortschritte etwa in der Identifizierung von sicheren Drittstaaten gemacht, so Metsola. Bundesratspräsident Stotter führte insbesondere die Sicherung der EU-Außengrenzen und die Verteilung von Geflüchteten auf die Mitgliedstaaten als wesentliche Themen an.

Austausch über Demokratie- vermittlung mit Woo Won-shik

Der Vorsitzende der Nationalversammlung der Republik Korea, Woo Won-shik, traf am 24. März 2026 Nationalratspräsident Walter Rosenkranz und Bundesratspräsident Markus Stotter zu Arbeitsgesprächen im Parlament.

Woo Won-shik sprach sich für die kontinuierliche Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Länder aus. Österreich sei für die Republik Korea ein zentraler Logistik-Hub, der West- und Osteuropa miteinander verbinde, erklärte Woo Won-shik. Auch zur Bekämpfung der globalen Klimakrise schlug Woo Won-shik eine vertiefte Partnerschaft vor. Denn Österreich habe eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Umwelttechnologien wie beispielsweise Müllverbrennungsanlagen und Korea habe Expertise bei der Entwicklung hocheffizienter Speichersysteme.

Demokratievermittlung: Vorteile von Social Media nutzen

Auf das Thema Demokratievermittlung insbesondere mit Fokus auf junge Menschen ging Bundesratspräsident Markus Stotter ein. Er informierte über Initiativen des österreichischen Parlaments wie die Demokratiewerk-

statt und das Lehrlingsparlament und erkundigte sich nach ähnlichen Angeboten in Korea. Woo Won-shik sagte, dass auch die Nationalversammlung der Republik Korea Bildungsprogramme anbiete, um die politische Teilhabe zu fördern und Jugendliche über demokratische Prozesse zu informieren. Social Media spiele bei der öffentlichen Meinungsbildung in Korea eine große Rolle, sagte er. Dies bringe auch Gefahren mit sich. Es sei Aufgabe der Nationalversammlung, die passenden Rahmenbedingungen zu etablieren, sodass die Vorteile von Social Media bestmöglich genutzt werden könnten, so Woo Won-shik.

Weitere Themen der Arbeitsgespräche waren der kulturelle Austausch zwischen Österreich und der Republik Korea, Tourismus sowie die Kandidatur eines koreanischen Vertreters bei der Wahl zum Generalsekretär der IPU.

Foto:

Aussprache. Linke Tischhälfte: Österreichische Bundesratsdelegation unter der Leitung von Bundesratspräsident Markus Stotter (3. v. li.). Rechte Tischhälfte: Europäische Delegation unter der Leitung der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola (2. v. re.)

Abschiedsrede in der Länder- kammer

Bevor Bundesratspräsident Markus Stotter am 1. Juli 2026 den Vorsitz in der Länderkammer abgab, hielt er am 25. Juni 2026 seine Abschiedsrede im Bundesrat. Das Motto seiner Präsidentschaft „Starke Regionen: digital. engagiert. zukunftsorientiert“ sei für ihn in erster Linie ein Arbeitsauftrag gewesen, hielt Stotter fest.

Starke Regionen würden nicht von selbst entstehen, betonte der Bundesratspräsident in seiner Rede: „Sie brauchen moderne Infrastruktur, digitale Kompetenz, politisches Engagement, gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Mut, Zukunft aktiv zu gestalten“, sagte er. Die von ihm veranstaltete Enquete habe gezeigt, wie breit das Thema sei. Es gehe um digitale Verwaltung, Teilhabe, Ehrenamt, Standortentwicklung, Bildung, regionale Resilienz und die Frage, wie man Gemeinden und Länder für die kommenden Jahrzehnte fitmachen kann. Eine digitale Gemeinde sei nicht einfach eine Gemeinde mit mehr Technik, sondern eine Gemeinde, in der digitale Werkzeuge den Menschen dienen – indem sie Wege verkürzen, Verwaltung erleichtern und Beteiligung ermöglichen.



Digitalisierung müsse verständlich, zugänglich und gerecht gestaltet werden, so Stotter. Die Zukunftsfähigkeit eines Landes hänge wesentlich davon ab, wie stark seine Regionen, Gemeinden und lokalen Strukturen sind, zeigte er sich überzeugt.

Der Bundesratspräsident sprach auch ein Treffen mit ORF-Generaldirektorin Ingrid Thurnher an, bei dem er sich für mehr TV-Übertragungen von Bundesratssitzungen eingesetzt habe. Denn mangelnde Sichtbarkeit in der Öffent-



lichkeit, die mitunter zur „skurrilen“ Forderung nach seiner Abschaffung führe, habe auch mit unzureichender Berichterstattung zu tun. Sichtbarkeit sei auch auf internationaler Ebene wesentlich, betonte Stotter. Der europäische Austausch sei daher ein wichtiger Bestandteil seiner Präsidentschaft gewesen.

Die Stärke der Regionen liege in den Menschen, etwa den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, den Freiwilligen, den Unter-

nehmerinnen und Unternehmern, den Personen in Vereinen und Einsatzorganisationen sowie den Pflegekräften. Auch wenn seine Präsidentschaft im Bundesrat zu Ende sei, gehe die Arbeit für starke Regionen weiter, schloss Stotter.

Am 1. Juli 2026 übernahm Christine Schwarzfuchs aus Vorarlberg den Vorsitz in der Länderkammer.

Zahlen und Fakten

2. Halbjahr 2025

Sitzungen	6
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-

In Verhandlung genommen	
Gesetzesbeschlüsse	83
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	6
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
davon Zustimmung nach Art. 30a B-VG	1
davon Zustimmung nach § 58 Abs. 5 GO-BR	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	7
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	3
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	-
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	1
sonstige Zustimmungen	-
Beschlüsse des Nationalrates gemäß § 35b Datenschutzgesetz	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	1
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbständige Anträge	5
davon Gesetzesanträge	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	3

Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
Eine dem Ausschussbericht angeschlossene EntschlieÙung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Petitionen	-

Eingebracht	
Schriftliche Anfragen	16
davon Dringliche Anfragen	3
davon Anfragen an den Präsidenten des Bundesrates	-
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Selbständige Anträge	1
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige EntschlieÙungsanträge	-
Unselbständige EntschlieÙungsanträge	34
davon angenommen	-
Anträge, Einspruch zu erheben	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
Petitionen	-

Sonstiges	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	5
Durchführung einer Enquete	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates	
EU-Ausschuss	4
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	1
Aktuelle Aussprache	1
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	3
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	-
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	-
Ausschuss für Familie und Jugend	1
Finanzausschuss	4
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	3
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	4
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	-
Justizausschuss	3
Kinderrechteausschuss	4
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	1
Umweltausschuss	-
Unterrichtsausschuss	2
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	4
Ausschuss für Verkehr	2
Wirtschaftsausschuss	2
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	1
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Zahlen und Fakten

1. Halbjahr 2026

Sitzungen	7
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-

In Verhandlung genommen	
Gesetzesbeschlüsse	45
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	4
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
davon Zustimmung nach Art. 30a B-VG	-
davon Zustimmung nach § 58 Abs. 5 GO-BR	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	2
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	1
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	-
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	1
sonstige Zustimmungen	-
Beschlüsse des Nationalrates gemäß § 35b Datenschutzgesetz	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	4
Berichte der Volksanwaltschaft	2
Selbständige Anträge	1
davon Gesetzesanträge	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-

Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
Eine dem Ausschussbericht angeschlossene EntschlieÙung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Petitionen	-

Eingebracht	
Schriftliche Anfragen	21
davon Dringliche Anfragen	4
davon Anfragen an den Präsidenten des Bundesrates	-
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Selbständige Anträge	1
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige EntschlieÙungsanträge	-
Unselbständige EntschlieÙungsanträge	17
davon angenommen	2
Anträge, Einspruch zu erheben	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
Petitionen	-

Sonstiges	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	1
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	6
Durchführung einer Enquete	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates	
EU-Ausschuss	6
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	1
Aktuelle Aussprache	2
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	3
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	1
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	2
Ausschuss für Familie und Jugend	-
Finanzausschuss	5
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	1
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	1
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	-
Justizausschuss	3
Kinderrechteausschuss	-
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	2
Umweltausschuss	1
Unterrichtsausschuss	2
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	2
Ausschuss für Verkehr	1
Wirtschaftsausschuss	3
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	1
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Bildverzeichnis

- © **Parlamentsdirektion/Michael Buchner:** S. 76 (unten)
- © **Parlamentsdirektion/Jana Haze:** S. 105
- © **Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser:** S. 103
- © **Parlamentsdirektion/Arman Rastegar:** S. 14–15, 59, 76 (oben)
- © **Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger:** S. 83, 84
- © **Parlamentsdirektion/Bernadette Sattler-Remling:** S. 8, 78, 94–95, 97, 98 (2), 99 (5), 101 (16), 106, 108–109
- © **Parlamentsdirektion/Thomas Topf:** Cover, S. 11, 12, 13, 17, 20, 23, 24, 32, 33 (re. u.), 48 (beide), 49, 60–61, 62–63, 65, 66, 73 (alle), 74, 75 (beide), 80, 81, 98 (1) 99 (3, 4), 101 (14)
- © **Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser:** S. 44–45, 46 (beide), 47
- © **Parlamentsdirektion/Johannes Zinner:** S. 2–3, 18 (alle), 31, 33 (oben, Mitte, li. u.), 35 (beide), 36 (alle), 38 (alle), 39, 40 (alle), 42–43, 55 (12), 87 (alle), 88 (beide), 89, 90 (beide), 91 (beide), 92, 118–119

- © **Bundespräsidentenamt:** S. 52 (2)
- © **Flickr/IPU/Antoine Tardy:** S. 26–27, 28
- © **Flickr/The Danish Parliament/Ólafur Gestsson and Nikolai Linares:** S. 100 (7), 101 (15)
- © **IKG/Schmidl:** S. 99 (6)
- © **Land Vorarlberg/7PRO.TV:** S. 100 (8, 12)
- © **Thomas Neuhauser:** S. 100 (9, 10)
- © **Martin Glier:** S. 50 (alle), 51 (alle), 53 (3), 54 (4, 5, 6, 7, 8, 9, 10), 55 (11, 13), 57 (beide)
- © **Országgyűlés Hivatala/Dávid Pólya-Pető:** S. 6, 58
- © **Privat:** S. 52 (1), 54 (9), 100 (11), 101 (13)

Impressum

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: 4.2 – Corporate Identity | Tamara Oberleiter, Susanne Roth

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): 4.2 – Corporate Identity | Pia Wiesböck

Korrektorat: 1.4/2.4 – Stenographische Protokolle

Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im Juli 2026

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.



andesrat



Das Bundesratspräsidium und die Fraktionsvorsitzenden des Bundesrates im 1. Halbjahr 2026 (v. li. u. im Uhrzeigersinn): Bundesratsdirektorin Susanne Bachmann, FPÖ-Fraktionsvorsitzender Andreas Arthur Spanring, Bundesratsvizepräsident Daniel Schmid, Bundesratspräsident Markus Stotter, Bundesratsvizepräsidentin Christine Schwarz-Fuchs, ÖVP-Fraktionsvorsitzender Harald Himmer, SPÖ-Fraktionsvorsitzender Christian Fischer

